



[Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes Katalog]

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

1. die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verhältnisse des Schutzes der Zivilbevölkerung;
2. die Staatsangehörigkeit im Bunde;
3. die Freizügigkeit, das Paßwesen, die Ein- und



Verfassungsschutzbericht 1995

4. ...
5. ...
6. ...
7. ...
8. ...

9. den gewerblichen Rechtsschutz, das Urheberrecht, das Patentrecht, das Markenrecht, das Erbschaftsteuerrecht, das Erbschaftsteuerrecht, das Erbschaftsteuerrecht;

10. die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder
 - a) in der Kriminalpolizei,
 - b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und des Landes (Verfassungsschutz) und
 - c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Handlungen aus Anlass der Verfassungsschutzbelange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,



Aufklärung

Neben der Information in Form von Veröffentlichungen und Pressearbeit fördert der Verfassungsschutz die geistig-politische Auseinandersetzung der Bevölkerung mit den Themen des Extremismus durch

- Vorträge an Schulen, vor Vereinen, Gewerkschaften, vor Parteien usw.,
- Teilnahme an "Runden Tischen" zur inneren Sicherheit und an Sitzungen von Jugendausschüssen und
- eigene Veranstaltungen, zum Beispiel Ausstellungen.

Auch 1995 ist die Nachfrage nach Vorträgen gegenüber 1994 weiter gestiegen.

Im Mittelpunkt dieser Aufklärungsarbeit stand die Präsentation der gemeinsamen Wanderausstellung der fünf neuen Bundesländer "Demokratie – aber sicher!". Die Ausstellung, die sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren richtet, will Fragen nach den Grundrechten, ihrer Bedrohung durch verfassungsfeindliche Bestrebungen und den damit verbundenen Aufgaben des Verfassungsschutzes beantworten. Sie wurde in neun Kommunen des Landes gezeigt, etwa 4.000 Besucher informierten sich, vor allem Schüler und Auszubildende. Die Wanderausstellung wurde auch im politischen Unterricht eingesetzt. Über den jeweiligen Ausstellungsort informierte die örtliche Presse rechtzeitig.

Die Ausstellung "Demokratie – aber sicher!" ist zugleich Teil der bundesweiten Aufklärungskampagne der Innenminister des Bundes und der Länder "FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß". Dazu wurden neue Mittel, zum Beispiel das Poster "Annäherung statt Gewalt", erarbeitet. Im Sinne der FAIRSTÄNDNIS-Kampagne beteiligte sich der brandenburgische Verfassungsschutz an der "Pop-Tour" der Deutschen Bahn AG. Diese Tour führte im Land Brandenburg durch Frankfurt (Oder), Cottbus, Brandenburg an der Havel und Potsdam und brachte allein an den Stand des Innenministeriums etwa 500 Besucher. Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde war mit ihren Informationen auch bei Aktionen wie der "Woche des ausländischen Mitbürgers" in Cottbus vertreten. Darüber hinaus wurden bei Veranstaltungen des Verfassungsschutzes, wie schon 1993 und 1994, das Schülerheft "basta – Nein zur Gewalt!", das Computerspiel "Dunkle Schatten" und weitere Informationen der FAIRSTÄNDNIS-Kampagne verteilt.

*"Demokratie –
aber sicher!"*

*FAIRSTÄNDNIS –
Menschenwürde
achten – Gegen
Fremdenhaß"*

Das Ministerium des Innern ist die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages wird mit dem vorliegenden Jahresbericht 1995 die Öffentlichkeit über die Arbeitsergebnisse unterrichtet.

1995

Verfassungsschutzbericht
Land Brandenburg

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg,
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13, 14467 Potsdam

Auflage: 5.000

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und
Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Redaktion und Layout: Abteilung Verfassungsschutz,
Referat V/2

Telefon: (0331) 866 2567

Februar 1996

VORWORT

Mit dem jetzt vorliegenden Jahresbericht 1995 legt die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg zum dritten Mal eine Bilanz ihrer Arbeit vor. Sie erfüllt damit ihren gesetzlichen Auftrag, die Öffentlichkeit über politische extremistische Bestrebungen und Organisationen zu informieren, und legt zugleich Rechenschaft über eigene Aufgaben und Befugnisse ab.



Der Aufbau der für den Verfassungsschutz zuständigen Abteilung V meines Hauses wurde im vergangenen Jahr so gut wie abgeschlossen. Wie schon in den Jahren zuvor, trug die junge Behörde als "Frühwarnsystem" zur inneren Sicherheit des Landes und damit des Bundes bei. Nach dem Verbot von acht neonazistischen Organisationen in den Jahren 1992 bis 1994 wurden 1995 in der Bundesrepublik Deutschland erneut drei rechtsextremistische Vereinigungen verboten, darunter die im Land Brandenburg aktive "Direkte Aktion/Mitteldeutschland".

Trotz der im Bericht dokumentierten verfassungsfeindlichen Aktivitäten ist unsere Demokratie nicht in Gefahr. Dennoch müssen wir - der Staat, aber auch der einzelne Bürger - wachsam bleiben.

Mit dem im Dezember 1995 verabschiedeten brandenburgischen Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz verfügt die Verfassungsschutzbehörde über ein weiteres Instrument zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Umfassende Kontrollmechanismen sorgen dafür, daß niemand eine unerlaubte Einsicht in seine Privatsphäre befürchten muß. Über die Verwendung nachrichtendienstlicher Mittel werden wir die Öffentlichkeit uneingeschränkt unterrichten.

Die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg wird die Verfassungsschutzbehörden künftig vor neue Aufgaben stellen. Ich bin zuversichtlich, daß uns der Zusammenschluß zugunsten der inneren Sicherheit gelingen wird.

A handwritten signature in black ink, reading "Alwin Ziel". The signature is written in a cursive style with a large, stylized 'Z'.

Alwin ZIEL

Minister des Innern des Landes Brandenburg

Potsdam im Februar 1996

Inhaltsverzeichnis

Verfassungsschutz und Demokratie	7
Das Grundgesetz - eine wehrhafte Verfassung	7
Die Brandenburgische Verfassungsschutzbehörde - Aufgaben und Befugnisse	8
Die Kontrolle über die Brandenburgische Verfassungs- schutzbehörde	9
Organisationsstruktur und Haushaltsmittel	10
Verfassungsschutz durch Aufklärung	11
Information	11
Aufklärung	12
Beteiligung an jugendpolitischer Arbeit	13
Anfragen zu Vorträgen	14
Politischer Extremismus	16
Rechtsextremismus	16
Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland	16
Rechtsextremismus im Land Brandenburg	22
Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene	26
Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten	30
Neonazis	34
verbotene "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF)	34
verbotene "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP)	40
Gefangenenhilfsorganisationen	42
"Die Nationalen e.V."	45
"Nationales Pressearchiv" (N.P.A.)	51
Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	52
"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)	52
"Deutsche Volksunion" (DVU)	57
"Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH)	59
"Die Republikaner" (REP)	62
Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten	65
Ausblick	68

Linksextremismus	74
Linksextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland	74
Linksextremismus im Land Brandenburg	79
Linksextremistisch orientierte Jugendszene	80
Linksextremistisch motivierte Gewalttaten	83
Anarchisten	89
Linksextremistischer Terrorismus	90
"Das K.O.M.I.T.E.E."	90
"Revolutionäre Zellen"/"Rote Zora" (RZ)	91
"Antiimperialistische Zelle" (AIZ)	92
"Rote Armee Fraktion" (RAF)	93
Marxistisch-leninistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	94
"Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)	94
"Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)	95
"Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)	96
Trotzkisten	97
Ausblick	97
Ausländerextremismus	102
Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland	102
Sicherheitslage im Land Brandenburg	103
Ausblick	106
Spionageabwehr	107
Überblick	107
Nachrichten- und Sicherheitsdienste in Rußland	107
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens	108
Ausblick	109
Geheimchutz	109
Anhang und Beilage	
Abkürzungsverzeichnis	
Gesetzestexte	

VERFASSUNGSSCHUTZ UND DEMOKRATIE

Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung

Die erste demokratische Verfassung in Deutschland, die Weimarer Reichsverfassung von 1919, war den Angriffen ihrer Gegner von rechts und links ohne verfassungsrechtlichen Schutz ausgesetzt und wurde von den Nationalsozialisten schließlich ausgeschaltet. Diese Erfahrungen führten dazu, daß 1949 in die neue demokratische Verfassung – das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – ein komplexes Schutzsystem zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eingefügt wurde:

- die Verwirkung bestimmter Grundrechte, wenn diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden (Artikel 18 Grundgesetz);
- das Recht, Parteien und sonstige Vereinigungen zu verbieten, wenn sie darauf gerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen (Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz);
- die Unabänderlichkeit wesentlicher Grundsätze der Verfassung, zum Beispiel der Schutz der Menschenwürde und anderer fundamentaler Verfassungsprinzipien (Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz).

Darüber hinaus ermächtigt das Grundgesetz den Bund, eine Zentralstelle zur Sammlung von Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Sicherheit von Bund und Ländern einzurichten (Artikel 73 Nr. 10 b und Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz). Daraufhin wurde 1950 das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (Bundesverfassungsschutzgesetz) erlassen, das Bund und Länder zur Errichtung von Verfassungsschutzbehörden verpflichtet. Dieses Gesetz wurde 1990 durch ein neues Bundesverfassungsschutzgesetz abgelöst.

Am 5. April 1993 hat der Landtag das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (BbgVerfSchG) beschlossen.

*Bestandteil der
Verfassung:
ein komplexes
Schutzsystem*



*Bundes-
verfassungs-
schutzgesetz*

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Aufgaben und Befugnisse

*Schutz der
freiheitlichen
demokratischen
Grundordnung*

Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist das Ministerium des Innern. Auftrag der Behörde ist nach § 1 Absatz 2 BbgVerfSchG die Unterrichtung der Landesregierung und anderer zuständiger Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder. Zur Erfüllung dieses Auftrags sammelt der Verfassungsschutz Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben;
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht;
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.



Solche Informationen wertet die Verfassungsschutzbehörde aus. Sie darf jedoch nur dann tätig werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte das Vorhandensein einer der genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten belegen.

Ferner wirkt die Behörde auf Ersuchen der zuständigen Stellen beim personellen und materiellen Geheimschutz mit. Es handelt sich dabei um Sicherheitsüberprüfungen von bestimmten Personen und um technische Sicherheitsmaßnahmen.

Ein grundlegendes Prinzip der Verfassungsschutzarbeit ist die Bindung an Recht und Gesetz (§ 6 Absatz 1 BbgVerfSchG). Daraus folgt unter anderem, daß im Rahmen der Verfassungsschutzarbeit keine Straftaten begangen werden dürfen.

Den überwiegenden Teil ihrer Informationen, mehr als vier Fünftel, erhält die Verfassungsschutzbehörde aus offenen, meist jedermann zugänglichen Quellen, wie Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Flugblättern und anderen Publikationen sowie Rundfunk- und Fernsehsendungen, ferner durch Mitteilungen anderer Behörden. Da jedoch eine offene Informationserhebung nicht immer möglich

*Bindung an
Recht und Gesetz*

oder effektiv ist, darf der Verfassungsschutz in bestimmten Fällen die in § 6 Absatz 3 BbgVerfSchG abschließend aufgezählten sogenannten nachrichtendienstlichen Mittel einsetzen. Hierzu gehören unter anderem der Einsatz von Informanten und verdeckten Ermittlern, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen außerhalb des Schutzbereichs der Wohnung im Sinne des Artikel 13 Grundgesetz sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz und des entsprechenden Ausführungsgesetzes für das Land Brandenburg (G10AGBbg vom 14. Dezember 1995).

Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde

Die Verfassungsschutzbehörde in Brandenburg unterliegt einer mehrfachen Kontrolle. Zum einen besteht eine parlamentarische Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages. Die Kommission hat einen Anspruch darauf, von der Landesregierung umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Verfassungsschutzes, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen auch über Einzelfälle unterrichtet zu werden.

*mehrfache
Kontrolle*

Auch einzelne Bürgerinnen und Bürger können den Verfassungsschutz mittelbar kontrollieren, indem sie sich an die Parlamentarische Kontrollkommission wenden. Darüber hinaus hat jeder das Recht, Auskunft und Akteneinsicht von der Verfassungsschutzbehörde zu verlangen (§ 12 BbgVerfSchG). Sie erteilt jedem unentgeltlich über die zu seiner Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage dieser Speicherung grundsätzlich Auskunft. Auf Antrag wird auch Akteneinsicht gewährt. Auskunft und Akteneinsicht dürfen nur dann versagt werden, wenn das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung der Erkenntnisse sowie der nachrichtendienstlichen Arbeitsmethoden und Mittel der Behörde gegenüber dem Interesse der betroffenen Person überwiegt.

Datenschutz

Im Jahre 1995 haben 101 Bürgerinnen und Bürger Auskunft erhalten.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz kontrolliert die Verfassungsschutzbehörde ebenfalls. Er hat Zugang zu allen Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten. Der Datenschutzbeauftragte kann auch wegen der Anfrage einer Bürgerin oder eines Bürgers tätig werden. Er überprüft auf der

Grundlage der geltenden Regeln des Datenschutzgesetzes die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch die Verfassungsschutzbehörde.

Organisationsstruktur und Haushaltsmittel

Das Ministerium des Innern unterhält für seine Aufgabe als Verfassungsschutzbehörde des Landes eine besondere Abteilung. Diese gliedert sich in sieben Referate.

Im Haushaltsjahr 1995 waren für die Verfassungsschutzabteilung 89 Planstellen vorgesehen.

An Sachmitteln standen 1995 – abzüglich von Sperrungen und einer globalen Minderausgabe – 1.210.000 DM zur Verfügung; davon wurden 1.191.092,38 DM ausgegeben.

Die Personalkosten, errechnet unter Zugrundelegung von Durchschnittswerten, umfaßten rund 4.370.000 DM.

VERFASSUNGSSCHUTZ DURCH AUFKLÄRUNG

Zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes gehört die Unterrichtung der Öffentlichkeit über extremistische Ideologien und Bestrebungen sowie über die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde. Damit wird die Auseinandersetzung mit politisch extremistischen Entwicklungen gefördert. Nur der aufgeklärte Bürger kann die wahren Absichten verfassungsfeindlicher Bestrebungen erkennen und kritisch bewerten.

Über diese Information hinaus, die das Handeln der Behörde für jeden Bürger transparent machen soll, wird der brandenburgische Verfassungsschutz nach dem Grundsatz "Bürgernähe" und in extensiver Auslegung des Begriffes "Schutz" auch auf anderen Feldern, zum Beispiel Beteiligung an kommunaler Jugendsozialarbeit, präventiv tätig.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes, umschrieben mit "Verfassungsschutz durch Aufklärung", umfaßte 1995 im einzelnen folgende Aufgaben:

Information

Vielfache Kontakte mit Presse und Rundfunk (telefonische Auskünfte, Interviews, Pressegespräche) haben 1995 die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes bestimmt. Ferner wurde der Verfassungsschutzbericht 1994, der umfassend über politisch extremistische Entwicklungen, Spionagetätigkeit und Geheimschutz Auskunft gibt, in einer Auflage von 5.000 Exemplaren an Behörden, Schulen, Verbände und Parteien sowie an einzelne Bürgerinnen und Bürger versandt.

Umfangreiches Material, so über Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus, wurde verteilt. Darüber hinaus wurden eigene Publikationen, wie das Faltblatt zur Fairständniskampagne im Land Brandenburg und das Begleitheft zur Wanderausstellung "Demokratie – aber sicher!", herausgegeben.



Beteiligung an jugendpolitischer Arbeit


Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde nutzt die Aufgabe "Verfassungsschutz durch Aufklärung", sich auch mit den Ursachen des politischen Extremismus und der Gewaltbereitschaft Jugendlicher zu befassen. Dabei steht das Mitwirken an gezielten Projekten der kommunalen Jugendsozialarbeit im Vordergrund:

Integrierende Jugendarbeit ist das Stichwort eines Projektes in Rathenow. Mit Unterstützung des brandenburgischen Verfassungsschutzes wurde ein beim Arbeitskreis "Neues Leben Dreieck Rathenow e.V." entwickeltes medienpädagogisches Projekt gestartet, das der Aufklärungsarbeit unter rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen dienen soll. Die ergebnisorientierte sozialwissenschaftliche Untersuchung will durch freiwillige Teilnahme Jugendlicher Verhaltensnormen und Verhaltensauffälligkeiten erkennen.



*Mitwirken
an Projekten
in Guben und
Rathenow*

Der im Januar 1995 gegründete Verein "Senftenberger Regenbogen e.V." will mit sozial-pädagogisch und handwerklich orientierten Projekten Jugendliche gesellschaftlich reintegrieren. Hier unterstützt der Verfassungsschutz mit Fördergeldern den Aufbau einer Fahrrad- und Kleingerätewerkstatt.

 Auch in Guben wurden mit Fördergeldern verschiedene Projekte der kommunalen Jugendsozialarbeit gefördert. Dazu gehören das Präventivprojekt "Puppenbühne" und das Präventivprogramm "Graffiti". Mit der inzwischen sehr erfolgreichen "Puppenbühne" werden vor allem auf dem Sektor "Gewalt in der Familie" und "Politischer Extremismus" in den Schulen und Kindergärten Veranstaltungen durchgeführt. Das Graffiti-Programm soll illegalen Schmierereien in der Stadt Guben entgegenwirken.

Im Jahr 1995 fand erstmals ein deutsch-polnisches Jugendtreffen statt. Mit diesen Begegnungen sollen vor allem bei Jugendlichen das

DuPlo nr 2

Krzyzowa, 13.-18. November 1995

deutsch-polnische Schülergruppe Gesamtschule 1, Guben

MIĘDZYNARODOWY
DOM
SPOTKAN
MŁODZIEŻY

"KRZYŻOWA"
s.a.

*Titel der zweiten
deutsch-polnischen
Schülerzeitung*

Völkerverständnis und die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen gefördert werden. Die Anschauung geschichtlicher Ereignisse vor Ort, wie das Wirken des Nationalsozialismus in den Konzentrationslagern, trägt dazu bei, daß junge Menschen Ursache und Wirkung solcher Entwicklungen besser verstehen lernen und sich damit der Verführung durch neonazistische Ideologen besser entziehen können.

Anfragen zu Vorträgen

Die von der Verfassungsschutzbehörde herausgegebenen Broschüren (zum Beispiel Verfassungsschutzberichte) können kostenlos bestellt werden. Außerdem werden Referentinnen und Referenten des Verfassungsschutzes zu Vorträgen und Diskussionen vermittelt. Interessenten wenden sich an:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Referat V/2

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

14467 Potsdam

Telefon: (0331) 866 2567

Telefax: (0331) 866 2585

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Verfassungsschutz
geht alle an

Aufklären
Vorbeugen
Schützen



- Grundrechte
- Extremismus
- Verfassungsschutz

DUNKLE SCHATTEN



POLITISCHER EXTREMISMUS

1. Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland stellt kein einheitliches Phänomen dar, sondern wird im wesentlichen von drei unterschiedlichen Personengruppen repräsentiert: von unorganisierten Cliques gewalttätiger Jugendlicher (oft Skinheads), die als Schläger rechtsextremistische Schlagworte in aggressives Handeln umsetzen, von den Anhängern des "neuen Nationalsozialismus" (Neonazis) und von den Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien. Diese Dreiteilung schließt personelle und ideologische Überlappungen im Einzelfall nicht aus.

Skinheads

Neonazis

*rechts-
extremistische
Parteien*

Im Jahr 1995 haben sich diese Teilbereiche des Rechtsextremismus jeweils unterschiedlich entwickelt: Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten geht insgesamt weiter zurück. Die Angst vor Strafverfolgung und das Wissen darum, daß solche verbrecherischen Taten von der breiten Öffentlichkeit entschieden verurteilt werden, schrecken offenbar rechtsextremistisch orientierte Jugendliche zunehmend davon ab, die Schwelle der Gewaltanwendung zu überschreiten.

Der sprunghafte Anstieg solcher Gewalttaten zwischen 1991 und 1993 zeigt aber, daß die Kurve rechtsextremistischer Militanz stark auch vom allgemeinen Stimmungsklima abhängig ist. Eine mindestens latente Gewaltbereitschaft ist im Submilieu solcher Jugendcliquen weiterhin vorhanden. Den größten Teil der Straftaten, die rechtsextremistisch orientierte Jugendliche verüben, bilden jedoch sogenannte Propagandadelikte, das heißt die Verwendung und Verbreitung nazistischer Symbole. Propagandadelikte werden allerdings oft um der reinen Provokation willen begangen; von den Jugendlichen, die sich solcher Taten schuldig machen, sind nur wenige fest in einer rechtsextremistischen Ideologie verwurzelt.

*rechts-
extremistische
Jugendcliquen*

Ein großer Teil der **rechtsextremistischen Jugendcliquen** besteht aus Skinheads. Die rechtsextremistische Skinheadszone schafft sich durch eigene Publikationen ("Fanzines"), Vertriebsdienste und Skinhead-Konzerte überregionale Kommunikationsstrukturen.

Die Zahl der Skinhead-Konzerte – die als Maßstab für die Aktionsfähigkeit der Szene angesehen werden können – stieg sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa an. Allerdings sind nicht sämtliche dieser Konzerte als rechtsextremistische Veranstaltungen zu werten: Ihr Charakter wird von den jeweils auftretenden Bands und den Absichten der Organisatoren geprägt. Einzelne Neonazis, die zum Teil selbst in der Skinheadszene verwurzelt oder aus ihr hervorgegangen sind, versuchen den Aufwärtstrend für sich zu nutzen, indem sie die Vorbereitung von Skinhead-Konzerten in die Hand nehmen.

Skinhead-Konzerte

*

Nachdem in den Jahren 1992, 1993 und 1994 bereits acht neonazistische Organisationen verboten worden waren, traf 1995 dieser härteste Schlag des Rechtsstaates drei weitere Vereinigungen: Die “Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei” (FAP) wurde vom Bundesminister des Innern, die “Nationale Liste” (NL) vom Hamburgischen Innensenator und die “Direkte Aktion/Mitteldeutschland” (JF) vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten und aufgelöst.

Verbote

Das Gesetz stellt die Fortführung verbotener Organisationen unter Strafe. Ehemalige Angehörige solcher Vereinigungen, die beschuldigt werden, ihre Organisation unter einem anderen Namen weiterzuführen, müssen sich dafür vor Gericht verantworten. So liefen 1995 Prozesse wegen des Verdachts der Fortführung der “Deutschen Alternative” (DA) und der “Nationalistischen Front” (NF), die beide 1992 verboten worden waren.

Deshalb sieht sich das **neonazistische Spektrum** gezwungen, neue Organisations- und Aktionsformen zu entwickeln. Schon in den vergangenen Jahren versuchten neonazistische Aktivisten, durch anlaßbezogene Kampagnen verschiedene rechtsextremistische Gruppen unabhängig von ihrer Organisationsbindung zusammenzuführen. Die wichtigste war die “Anti-Antifa”-Kampagne, die das rechtsextremistische Spektrum durch ein gemeinsames Feindbild und die entsprechende “Feindaufklärung” (Sammlung von Daten, Anlegen und Veröffentlichen von Personenlisten sowie aggressive, zum Teil verleumderische Polemik) einen sollte. Die “Anti-Antifa”-Kampagne hatte 1995 eine eindeutig rückläufige Tendenz. Der sporadischen “Ausspähung” von Personen folgten in der Regel keine weiteren Aktionen, insbesondere keine Anschläge.

neonazistisches Spektrum

Stagnierend bis rückläufig ist auch die Zahl von Rechtsextremisten, die sich an bestimmten, für Neonazis symbolträchtigen Gedenktagen zu Großveranstaltungen mobilisieren lassen. Die

“Rudolf-Heß-Gedenkwoche”

“Rudolf-Heß-Gedenkwoche” 1995 (12. bis 20. August) kulminierte in einem kurzen Aufmarsch, den etwa 150 bis 200 Neonazis am 19. August in der niedersächsischen Kleinstadt Schneverdingen veranstalteten. Etwa 25 weitere deutsche Neonazis trafen sich am gleichen Tage mit Kameraden aus anderen europäischen Ländern



Aufmärsche

zu einem Gedenkmarsch in Roskilde/Dänemark. Zwei Jahre zuvor waren noch über 800 Rechtsextremisten an der Rudolf-Heß-Gedenkaktion in Fulda beteiligt gewesen. Dennoch bewerten führende Neonazis die Aktionen des Jahres 1995 als relativen Erfolg.

“Heldengedenkfeiern”

Eine zentrale neonazistische “Heldengedenkfeier” zum Volkstrauertag, wie sie 1990 und 1991 auf dem Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe stattgefunden hatte, konnte – wie in den Vorjahren – auch 1995 durch Verbote verhindert werden. Die rechtsextremistische Szene mußte sich mit kleinen, unspektakulären Aktionen auf Friedhöfen, vornehmlich in anderen Bundesländern, begnügen.

Aus ihrer bedrängten Lage suchen die Neonazis dadurch einen Ausweg, daß sie neue Organisationsformen konzipieren. Neonazis aus verschiedenen verbotenen Vereinigungen entwickelten in “Strategiepapieren” Ideen und Vorschläge, wie man lockere, rechtlich nicht greifbare Strukturen aufbauen und damit ein Netzwerk relativ eigenständiger Aktionszentren bilden könne. Ein führender Neonazi brachte dieses Projekt mit folgender Forderung auf den Punkt: “Wir müssen aus den alten und verkrusteten Strukturen der Szene eine Art Volksfront, ähnlich APO: (alle machen mit, keiner ist verantwortlich) bilden. – Wo keine erkennbare Organisation vorhanden ist, kann man diese auch nicht

zerschlagen!“ (“Nachrichten der HNG”, Nr. 159 vom April 1994, S. 17)

Bundesweit haben sich nach den Vereinsverboten der letzten Jahre entsprechend den eben zitierten Überlegungen neue lokale und regionale neonazistische Personenzusammenschlüsse gebildet, die sich “autonome Kameradschaften”, “Stammtische” oder “Freundeskreise” nennen und ihre Zusammenkünfte konspirativ vorbereiten. An solchen Treffen nehmen zum Teil auch Personen aus dem Spektrum der rechtsextremistischen Parteien und der Skinheads teil.

Die Vernetzungsstrategie der Neonazis setzt zwangsläufig auf funktionierende Kommunikationsstrukturen, die den notwendigen Informationsaustausch untereinander und eine gegebenenfalls rasche Mobilisierung zu gemeinsamen Aktionen gewährleisten sollen. Die gegenseitige Unterrichtung erfolgt teils halböffentlich, teils geheim über “Nationale Info-Telefone”, Mailboxen, Mobilfunktelefone usw. Momentan sind sechs “Nationale Info-Telefone” (NIT) in Betrieb (“Berlin”, “Hamburg”, “Schleswig-Holstein”, “Franken”, “Westfalen” und “Rheinland”). Die Betreiber stimmen ihre Ansagen zumeist untereinander ab. Im organisationsübergreifenden “THULE-Netz” sind die rechtsextremistischen Mailboxen “Widerstand BBS” (“Widerstand Bulletin Board System”), “Germania BBS”, “Elias BBS” und andere zusammengeschlossen.

Die Umstellung auf neue Aktionsformen bereitet der neonazistischen Szene allerdings große Schwierigkeiten. Die latent vorhandenen persönlichen Rivalitäten regionaler “Führer”, ideologische Differenzen, aber auch die mangelnde Eigeninitiative vieler befehlsgewohnter Mitläufer stellen dem Konzept miteinander vernetzter “autonomer Kameradschaften” erhebliche Hindernisse in den Weg. Dennoch bedeuten die neuen Strategien im neonazistischen Spektrum für die Sicherheitsbehörden eine neue Herausforderung.

Von vielen Seiten war befürchtet worden, daß die neonazistische Szene den staatlichen Verfolgungsdruck mit verzweifelter Aggressivität beantworten könnte; selbst von der Gefahr einer rechtsterroristischen “Braunen Armee Fraktion” war die Rede. Diese Besorgnisse haben sich 1995 nicht bestätigt. Es liegen auch keine Hinweise darauf vor, daß deutsche Rechtsextremisten etwa an den vermutlich von österreichischen Rechtsextremisten initiierten Briefbombenserien beteiligt sind. Zwei Briefbomben einer solchen Serie wurden 1995 auch an Personen in Deutschland versandt.

“Stammtische”

“Freundeskreise”

“Nationale Info-Telefone”

neue Strategien

*schlechte
Wahlergebnisse*

Führende Neonazis, darunter Peter NAUMANN und Meinolf SCHÖNBORN, haben sich öffentlich gegen terroristische Anschläge ausgesprochen, nachdem NAUMANN den Sicherheitsbehörden einen Teil seiner in der Vergangenheit angelegten Waffendepots übergeben hat: "Wer bombt, unterstützt die Feinde Deutschlands. [...] Rechtsterrorismus führt uns in eine endgültige politische und völkische Sackgasse." (Erklärung SCHÖNBORNs, verbreitet durch das "Nationale Info-Telefon Rheinland" am 28. August 1995)

Diesem Personenkreis ist allerdings ein taktisches Verhältnis zur Gewalt zu unterstellen, das heißt bei einer anderen innenpolitischen Situation könnte sich die Einstellung zu terroristischen Anschlägen wieder wandeln: "...dem Versuch, uns zur Unzeit zu einem Kampf zu provozieren, der von Anfang an darauf angelegt ist, daß wir ihn verlieren, müsse gewaltfrei entgegengetreten werden". (ebenda)

Der zahlenmäßig größte Anteil des rechtsextremistischen Spektrums ist nach wie vor in vier **rechtsextremistischen Parteien** organisiert. Im Wettstreit mit demokratischen Parteien sind sie bei den Wahlen 1995 allerdings erneut gescheitert.

Die vier Landtags-, Bürgerschafts- und Abgeordnetenhauswahlen brachten den rechtsextremistischen Parteien, sofern sie überhaupt kandidierten, nur enttäuschende Ergebnisse. Besonders "Die Republikaner" verloren weiter an Boden. Interne Querelen, die auch seit dem Austritt des ehemaligen Parteivorsitzenden Franz SCHÖNHUBER nicht nachgelassen haben, lähmen die in der jüngsten Vergangenheit relativ gewichtigste rechtsextremistische Partei zusätzlich.



Die anhaltenden Mißerfolge dieser Parteien, die mit einem substantiellen Mitgliederschwund einhergehen, führen bei etlichen Funktionären regelmäßig zu Überlegungen, wie man zu bestimmten Wahlen oder auch langfristig das rechtsextremistische Wählerpotential bündeln könne. Bündnisbestrebungen dieser Art werden insbesondere unterstützt von rechtsextremistischen Zeitschriften wie "Nation und Europa" und "Europa Vorn", die die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienspektrums beklagen. Obwohl 1995 eine Vielzahl von parteiübergreifenden Gesprächen ("Runden Tischen") stattgefunden hat, sind konkrete Schritte in Richtung auf Bündnisse nicht zustande gekommen. Bei "Runden Tischen" wird regelmäßig auch die Einbindung des neonazistischen Spektrums kontrovers diskutiert.

"Runde Tische"

*

Ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen, Organisationen bilden wie in der Skinheadszene einschlägige **Publikationen und Vertriebsdienste**. Mit deren Hilfe können sich rechtsextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen nationalsozialistisches und neonazistisches Schriftgut beschaffen und mit szenetypischen Fahnen, Aufnähern und T-Shirts ausstatten.

*Publikationen
und
Vertriebsdienste*

Alle drei Personengruppen des deutschen Rechtsextremismus unterhalten mehr oder weniger intensive Kontakte zu Gleichgesinnten im Ausland.

Rechtsextremistisches Gedankengut findet sich mitunter auch in Organisationen und Personenzusammenschlüssen, die sich keiner



Immer wieder wird bei Polizeieinsätzen nationalsozialistisches und neonazistisches Schriftgut sichergestellt.

der drei manifesten Erscheinungsformen des deutschen Rechtsextremismus zuordnen lassen. Denn solche Organisationen bewegen sich in der Regel noch innerhalb des demokratischen Rahmens, dulden aber gelegentlich rechtsextremistische Tendenzen in ihren Reihen. Dazu zählen unter anderem einzelne studentische, weltanschauliche und landsmannschaftliche Verbände.

In der auf diese Weise entstehenden Grauzone zwischen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Nationalkonservatismus agieren auch Publikationen, die sich eine "Scharnierfunktion" zuschreiben und versuchen, die Grenzen zwischen Rechtsextremisten und dem äußersten "rechten" Rand des demokratischen Spektrums durch einen weltanschaulichen und zugleich politisch-strategischen Diskurs zu verwischen.

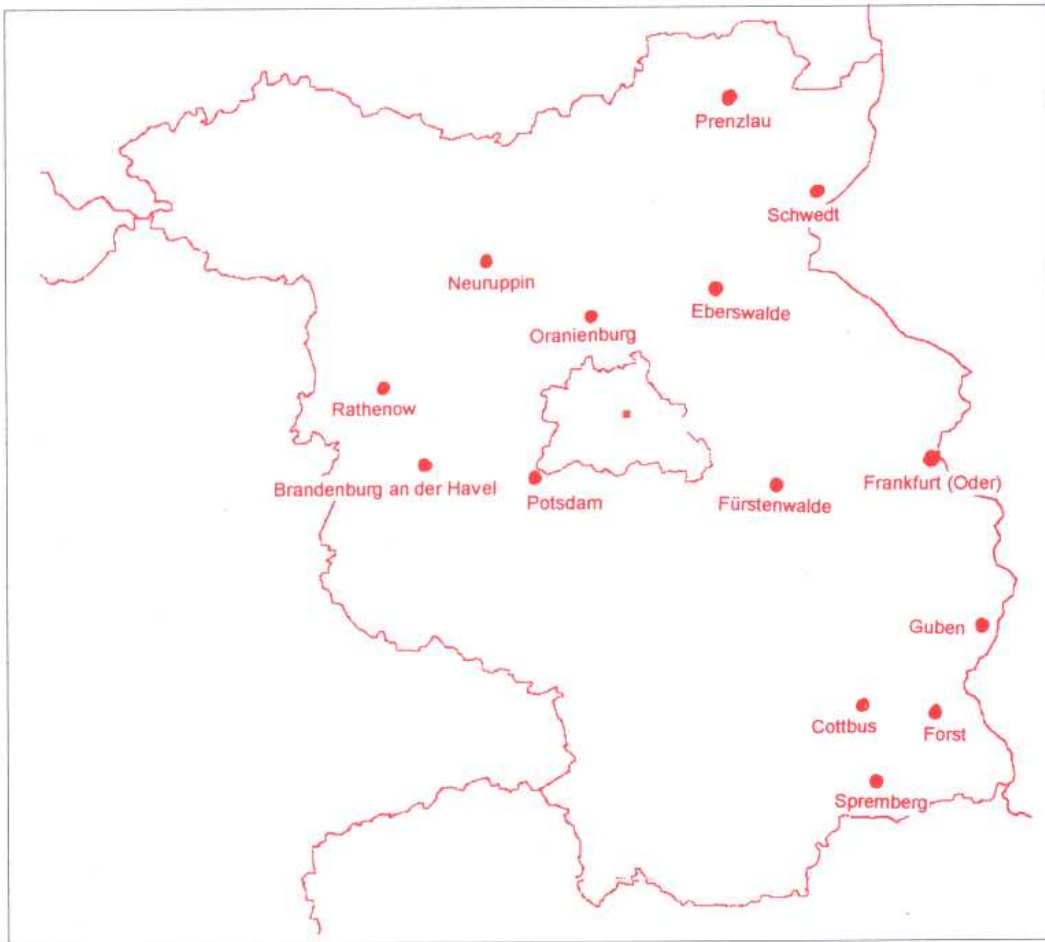
Eine vorschnelle Stigmatisierung solcher Zwischenphänomene als "rechtsextremistisch" ist jedoch unangemessen, da nicht eine nivellierende, sondern nur die sorgfältig differenzierende Bewertung einer sachgerechten und gezielten politischen Auseinandersetzung mit derartigen Erscheinungen dienlich sein kann.

Rechtsextremismus im Land Brandenburg

Im Lande Brandenburg lassen sich die erwähnten unterschiedlichen Erscheinungsformen des deutschen Rechtsextremismus gleichfalls beobachten.

Auch für Brandenburg gilt der bundesweite Abwärtstrend bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten, die bekanntlich vor allem aus der **rechtsextremistisch orientierten Jugendszene** begangen werden. Die Zahlen der Gewalttaten und Propagandadelikte haben abgenommen. Allerdings ist der Umfang des Personenkreises, der sich der rechtsextremistischen Jugendszene zurechnet, konstant geblieben, wenn auch seine Zusammensetzung weiterhin einer deutlichen Fluktuation unterliegt. Offenbar haben der in Brandenburg besonders starke Druck der Strafverfolgung und die öffentliche Empörung über rechtsextremistische Aktionen jedweder Art die Szene zu größerer Vorsicht veranlaßt. Die rechtsextremistische und militante Gesinnung ist aber noch nicht aus den Köpfen verschwunden.

In dieser Szene erfreuen sich Skinhead-Konzerte wachsender Beliebtheit. Die Zahl der geplanten und der tatsächlich veranstalteten Skinhead-Konzerte in Brandenburg ist ebenso gestiegen wie die Zahl der brandenburgischen Besucher von Skinhead-Konzerten im In- und Ausland.



*Schwerpunkte
rechts-
extremistischer
Jugendcliquen
im Land
Brandenburg*

Auch in Brandenburg versuchen **Neonazis**, ihren Einfluß auf die Skinhead- und Hooliganszene zu erweitern.

Das repressive Vorgehen gegen die neonazistische Szene in Brandenburg fand mit dem Verbot der bis dahin größten neonazistischen Organisation im Lande, der "Direkten Aktion/Mitteldeutschland" (JF), seinen vorläufigen Höhepunkt. Dieses Verbot trug dazu bei, daß das neonazistische Spektrum 1995 weder ungehinderte Aktivitäten entfalten noch offen für sich werben konnte.

Bei der Organisation "Die Nationalen e.V." wurden in Brandenburg immer stärker neonazistische Tendenzen deutlich, so daß es gerechtfertigt erscheint, diese Gruppierung nunmehr unter den Sammelbegriff "Neonazis" zu subsumieren. Allerdings versuchen die "Nationalen" weiterhin, ihre neonazistische Ausrichtung zu kaschieren, so daß diese für die Öffentlichkeit, aber auch für die von den "Nationalen" stark umworbenen Jugendlichen nicht immer leicht erkennbar ist. "Die Nationalen e.V." sind insofern keine neonazistische Organisation herkömmlicher Prägung.

Weder die "Rudolf-Heß-Aktionswoche" vom 12. bis 20. August noch der "Heldengedenktag" am 19. November konnten die neonazistische Szene in Brandenburg mobilisieren.

*Aktionen zum
"Volkstrauertag"*

Obwohl "Die Nationalen e.V." neben dem "Wunsiedel-Koordinationsbüro" als Organisatoren der "Rudolf-Heß-Gedenkwoche" auf einschlägigen Flugblättern genannt wurden, haben sich die Brandenburger Aktivisten dieser Organisation kaum im Sinne dieser Aufrufe engagiert. Die Anmeldung des bekannten Cottbuser Rechtsextremisten Frank HÜBNER für eine Demonstration am 13. August in Frankfurt (Oder), die von vornherein als Scheinanmeldung zur Verwirrung der Sicherheitsbehörden erkannt und vom zuständigen Polizeipräsidenten verboten wurde, blieb somit in diesem Zusammenhang die einzige nennenswerte Unternehmung.

Im Rahmen der geplanten "Heldengedenkaktionen" zum Volkstrauertag wurden 1995 drei Veranstaltungen im Land Brandenburg angemeldet. Die für den 19. November vorgesehenen Kranzniederlegungen der JN und der DLVH in Gusow bzw. Schwedt wurden von den zuständigen Polizeipräsidenten verboten. Eine wie in den Jahren zuvor von der "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" (BKP) für den 19. November angemeldete Aktion in Halbe ist durch den Potsdamer Polizeipräsidenten unterbunden worden.

Alle drei Verbote wurden von den Betroffenen beachtet. Die Polizei kontrollierte großräumig und konnte Ersatzveranstaltungen an diesem Tage wie schon in den Jahren zuvor landesweit verhindern. Erst am 26. November, also mit zeitlichem Abstand zum eigentlichen "Heldengedenktag", gelang es etwa 25 Berliner Neonazis, am Kriegerdenkmal in Rauen einen Kranz niederzulegen. Die Aktion fand jedoch in der Öffentlichkeit keine Beachtung.

Solche Aufmärsche konnten in den vergangenen Jahren in Brandenburg verhindert werden.



Die bundesweit im neonazistischen Spektrum erkennbaren Tendenzen (informationelle Vernetzung, Auflösung fester Organisationsstrukturen) sind in Ansätzen auch in Brandenburg festzustellen. Noch immer existiert in Brandenburg allerdings kein "Nationales Info-Telefon", so daß sich die rechtsextremistische Szene weiterhin auf die Ansagen des "Nationalen Info-Telefons Berlin" stützen muß. Auch die Zahl der Zugänge zu rechtsextremistischen Mailboxen scheint zu stagnieren.

Die auch nach dem JF-Verbot weiterexistierenden "Stützpunkte" oder "Kameradschaften", die von ehemaligen JF-Mitgliedern gebildet werden, folgen dem Konzept der unstrukturierten Vereinsarbeit, das man ansatzweise bereits seit der angeblichen Selbstauflösung der JF im Jahre 1994 umzusetzen versucht hatte.

Die **rechtsextremistischen Parteien** hatten 1995 keine Gelegenheit, sich den Brandenburger Wählerinnen und Wählern zu präsentieren. Daß diese Parteien bundesweit in der Wählergunst gesunken sind, kann in Brandenburg aber mindestens mittelbar an ihrer weiterhin schwindenden Resonanz abgelesen werden. Die nur sporadischen Aktivitäten vor allem der "Republikaner" und der DVU lassen auf immer noch labile Organisationsstrukturen und eine Demotivation der Mitglieder schließen. Lediglich die DLVH konnte in enger Kooperation und personeller Verflechtung mit den neonazistischen "Nationalen" ihren – allerdings von jeher dürftigen – Aktionsradius geringfügig erweitern. Die bundesweite Tendenz zu parteiübergreifender Kooperation zeichnet sich in Brandenburg bisher nur in Ansätzen ab.

*Konzept der
unstrukturierten
Vereinsarbeit*

*bundesweite
Tendenz zu
partei-
übergreifender
Kooperation*

Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene

In den meisten Städten Brandenburgs existieren Jugendcliquen, deren Mitglieder sich mehrheitlich zu einer rechtsextremistischen Gesinnung bekennen. Rechtsextremistische Klischees, die zum Teil aus in der Szene kursierenden rechtsextremistischen Flugschriften übernommen werden, dienen dazu, sich von anderen Jugendgruppen abzugrenzen und das Gefühl der Zugehörigkeit zu verstärken. Selten liegt der Gesinnung eine verfestigte ideologische Orientierung zugrunde. Dies hindert die Mitglieder solcher Cliques aber nicht daran, rechtsextremistisch motivierte Straftaten zu begehen. Durch Alkoholrausch und Gruppendynamik angeheizt, schrecken sie bisweilen auch vor roher Gewalt nicht zurück.

Häufig entstehen solche Gruppen in sozialen Problembereichen. Dort sehen sich rechtsextremistisch orientierte Jugendliche in ihren diffusen Bedrohungsängsten vor Ausländern und "Linken" bestätigt oder agieren unter dem Druck von Frustrationserfahrungen, aufgetauter Aggressivität und Langeweile. Zu den Orten, in denen diese Cliques zahlenmäßig ins Gewicht fallen und in denen häufiger Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation bekannt geworden sind, zählen unter anderem Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Forst, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Guben, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Schwedt und Spremberg.

Neonazistische Kleingruppen versuchen immer wieder, aus rechtsextremistischen Jugendgruppen neue Mitglieder zu rekrutieren. Da sich die Freizeitinteressen dieser Jugendlichen jedoch hauptsächlich auf Alkohol und "Action" richten, konnten Neonazis mit "Schulungsabenden", "Brauchtumpflege" und anderen für Neonazis typischen Aktivitäten auch 1995 in Brandenburg keine großen Werbungserfolge erzielen.

Vereinzelt sind in Brandenburg Bemühungen solcher Cliques erkennbar, sich selbst eine verbindlichere Organisationsform zu geben.

Seit Dezember 1994 ist bekannt, daß sich Personen aus der rechtsextremistischen Szene in Schwedt, Prenzlau und Templin bemühen, festere Strukturen zu bilden. Die Gruppierung, die zeitweise den Namen "Oderwacht" führte, versucht, verschiedene rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen auch überregional zusammenzuschließen. Offenbar hat diese Gruppierung sogar eigenes Propagandamaterial hergestellt, das aber bisher nicht verteilt wurde.

Es gibt weiterhin Anzeichen dafür, daß einzelne Mitglieder Übungen mit wehrsportähnlichem Charakter ins Auge fassen.

Skinhead-Konzerte, die 1995 erneut Rechtsextremisten sowohl aus der unorganisierten Jugendszene als auch aus Neonazikreisen angezogen haben, fungieren in der Szene als Gelegenheiten zu überregionalen und organisationsübergreifenden Treffen. Gewarnt durch die in den Vorjahren ergangenen Verbote, bereiteten die Organisatoren solche Veranstaltungen überwiegend konspirativ vor. In Brandenburg fanden einschlägige Konzerte zum Beispiel in Rädel und Milow statt. Ein weiteres in Telz konnte von den Sicherheitsbehörden verhindert werden. Die Konzerte waren nicht angemeldet und zum Teil als Geburtstagsfeiern getarnt.

In Rädel spielten am 6. Mai vor ca. 200 Zuschauern die Gruppen "Doitsche Patrioten", "Elbsturm" (beide kamen aus Magdeburg), "Störenfried" (Leipzig), "ZB '92" (Zwickau) und "Independent" (Nauen). Als während der Veranstaltung Parolen wie "Sieg Heil" erklangen, wurde sie von der Polizei aufgelöst. Die Band "Elbsturm" bringt bei ihren Konzerten - wie auch viele andere Skinhead-Bands - Texte mit neonazistischem Inhalt zum Vortrag, so etwa den folgenden:



Scheinasylant

"Scheinasylant, Scheinasylant,
verschwinde bloß aus unserem Land,
Scheinasylant, Scheinasylant,
du mieser dreckiger Kanakenmutant,
Scheinasylant, Scheinasylant,
Araber, Nigger, Fidschischweine.
Untermenschen wollen wir nicht,
sie sind in Deutschland nicht willkommen,
unser Haß schlägt in ihr Gesicht."

Neben der oben genannten Gruppe "Independent" aus Nauen gibt es in Brandenburg weitere Skinhead-Bands wie "Thorshammer" aus Brandenburg, "Blööd Määnerrzz" aus Guben und "Querschläger" aus Fürstenwalde. Nicht bei allen diesen Bands ist jedoch die rechtsextremistische Orientierung verfestigt.

In **Fanzines** können die Jugendlichen Neuigkeiten aus der Szene, Konzertberichte oder Interviews mit Bands lesen. Solche Hefte, meist im A5-Format, werden in verschiedenen Orten Deutschlands in unregelmäßigen Abständen herausgegeben. In Potsdam zum Beispiel erscheint der "Donnerbalken". Die Fanzines können abonniert werden. Auf Konzerten und anderen Veranstaltungen werden sie verkauft bzw. getauscht. So kursieren in Brandenburg nicht nur einheimische Schriften wie der "Donnerbalken", sondern auch Fanzines wie "Doitsche Musik" aus Erfurt, "Foier frei" aus Chemnitz, "Moloko Plus" aus Essen und viele andere.



Die veröffentlichten Beiträge vertreten in unterschiedlichem Maße rechtsextremistische Standpunkte.

Wegen der bekannten Abneigung der meisten rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen, sich einer verbindlichen Organisationsdisziplin zu unterwerfen, sind **Ansätze festerer Strukturen** in diesem Milieu nur ausnahmsweise zu finden: In der Stadt Brandenburg an der Havel existiert etwa seit Ende 1993/Anfang 1994 eine "Hammerskin-Division". Die Hammerskin-Organisation, die sich von den USA aus verbreitet und mittlerweile auch in Australien, Frankreich und England präsent ist, strebt eine "Vereinigung aller weißen NS-Skins" an. Die "Hammerskin-Division" im Land Brandenburg ist über das Postfach der "Nationalen" in Berlin zu erreichen. Sie unterhält Kontakte zu den Hammerskins in Berlin. Das Verhältnis der Hammerskins aus Berlin und aus Brandenburg ist allerdings durch mancherlei Rivalitäten getrübt.

"Hammerskin-Division"

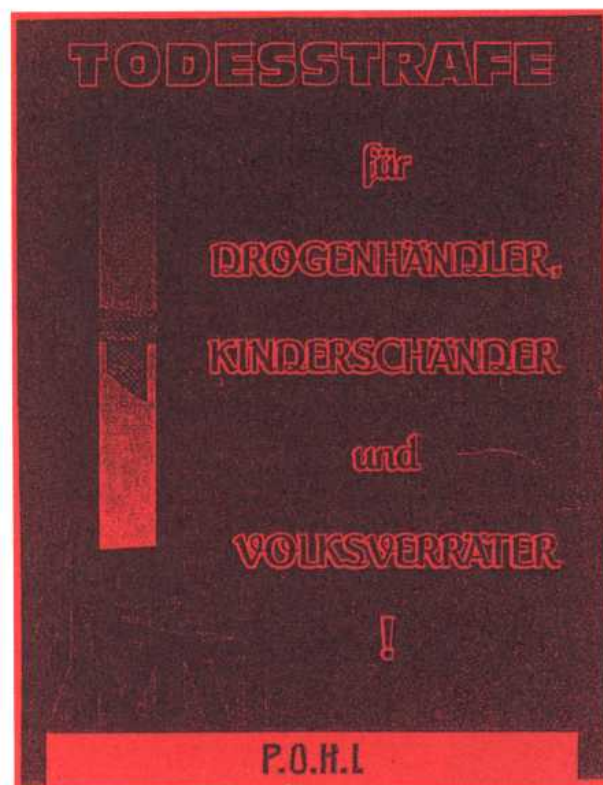
Bereits im September 1994 verbreitete ein "NAF-Centrum Eberswalde" Briefe mit neonazistischem Inhalt, deren Urheber ebenso wie die zweifelsfreie Bedeutung des Kürzels NAF nicht geklärt werden konnten. Ab dem 17. November 1995 wurden an verschiedene Personen und Institutionen in Brandenburg Aufrufe zu einer "Heldengedenkaktion" in Halbe verschickt, die mit "Nationale Armee Fraktion" unterschrieben waren und äußerliche Ähnlichkeiten mit den Schreiben des "NAF-Centrums Eberswalde" aufwiesen. Als Absender wurde – zur Irreführung – ein Redaktionsmitglied der "tageszeitung" (taz) angegeben. Hinter der "Nationalen Armee Fraktion" dürfte sich aber keine neue rechtsextremistische Organisation verbergen, sondern vielmehr eine Einzelperson oder eine kleine Personengruppe, die mit derartigen "Scherzen" provozieren und Verwirrung stiften will.

*"Nationale Armee
Fraktion"*

Größere **Verteilaktionen von Propagandamaterial** rechtsextremistischer Organisationen, an denen sich zum Teil Mitläufer aus der unorganisierten Szene beteiligen, fanden auch 1995 statt.

*Propaganda-
material*

Im September wurde in Joachimsthal Propagandamaterial der JN geklebt; im Dezember tauchten Aufkleber der JN und der NPD in Schwedt auf. Über das ganze Jahr wurden in geringen Mengen Aufkleber der FAP und solche mit der Herkunftsbezeichnung "P.O.H.L." geklebt, die der mittlerweile verbotenen "Direkten Aktion/ Mitteldeutschland" zugerechnet werden können. Teilweise wird auch noch älteres Material von verbotenen oder nicht mehr existenten Organisationen verwendet.



Auch 1995 sind die Sicherheitsbehörden intensiv allen Verdachtsmomenten nachgegangen, die auf Aktivitäten von Wehrsportgruppen hinzudeuten schienen. Bis auf verdichtete Hinweise auf Vorhaben der "Oderwacht" ließ sich in keinem Fall ein entsprechender Verdacht erhärten.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Rechtsextremistisch motivierte, insbesondere fremdenfeindliche Gewalttaten werden vor allem aus der unorganisierten Jugendszene heraus begangen. Ihre Zahl war bereits 1994 zurückgegangen, 1995 nahm sie nochmals ab. Es sind in Brandenburg nur noch sehr wenige tatsächliche oder versuchte Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen, Asylbewerbern oder ausländischen Arbeitnehmern bekannt geworden.



In Joachimsthal wurden am 13. Oktober durch mehrere Täter die Fensterscheiben und die Glasscheibe der Eingangstür eines Hauses eingeworfen, in dem sich portugiesische Bauarbeiter aufhielten. Durch Zeugen wurde bekannt, daß bei der Tat ausländerfeindliche Parolen wie "Asylantenpack" und "Ausländer raus, tote Ausländer sind gute Ausländer" gegrölt wurden. Elf Tatverdächtige konnten ermittelt werden, davon sind bislang zwei geständig.

Das Asylbewerberheim in Belzig wurde im März zweimal mit Steinen beworfen. Als Tatverdächtige ermittelte die Polizei sechs Personen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, denen die Tatbeteiligung allerdings nicht nachgewiesen werden konnte. Das Ermittlungsverfahren ist eingestellt worden.

Ebenfalls zurückgegangen sind schwere Angriffe auf Leben und Gesundheit von Ausländern, die sich außerhalb von Sammelunterkünften – auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und anderen-orts – abgespielt haben.

Am 22. September wurden in Friedrichshain Asylbewerber aus Indien mit der Begründung, dies sei eine deutsche Gaststätte, aus einer Diskothek gedrängt und drei von ihnen, einer lebensgefährlich, vor der Tür brutal zusammengeschlagen. Dabei wurden die vier Täter von einer größeren Zahl Herumstehender angefeuert. Drei der vier 16- bis 20jährigen Tatverdächtigen sitzen in Untersuchungshaft, zwei von ihnen sind bereits in der Vergangenheit durch rechtsextremistische Straftaten bekannt geworden.

Nach reichlichem Alkoholgenuß überfielen am 9. Juni drei 16- bis 19jährige Tatverdächtige mit dem Vorsatz, daß "aus Velten alle Ausländer hinaus müßten", den Imbißstand eines türkischen Bürgers. "Wir sind die Nazis", "Türken raus" und andere Parolen brüllend, schlugen sie auf den Wirt, einen Gast und das Inventar ein. In der Berufungsverhandlung wurden die drei Angeklagten zu Haftstrafen von elf Monaten bis zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt.

In den Nachtstunden des 21. Oktober hatte ein Ehepaar aus dem früheren Jugoslawien (in Deutschland geboren) auf einer Reise einen Zwischenaufenthalt in Belzig. Der Ehemann wurde in einer Gaststätte und später auf dem Bahnhofsvorplatz von vier Jugendlichen zusammengeschlagen. Die Polizei ermittelte drei Tatverdächtige, die angaben, Ausländer im allgemeinen zu hassen. Bei zweien von ihnen wurde rechtsextremistisches und ausländerfeindliches Schriftgut sichergestellt.



Insbesondere in grenznahen Orten wie Schwedt und Frankfurt (Oder) sind Polen mehrfach Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe geworden.

ausländerfeindliche Übergriffe

In Frankfurt (Oder) wurde am 27. Juni ein polnischer Student der Europa-Universität von zwei jungen Männern angefallen. Sie schlugen ihn gemeinsam mit Fäusten ins Gesicht und traten ihn. Sie beschimpften den Studenten als "polnisches Schwein" und "polnischen Dreck". Die Täter wurden in Verbindung mit anderen Straftaten zu Freiheitsstrafen von vier Jahren bzw. fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt.



Übergriffe von rechtsextremistisch motivierten Gewalttätern gegen Behinderte, Homosexuelle und Obdachlose sind 1995 in Brandenburg – anders als in den Vorjahren – nicht festgestellt worden.

Nicht selten richten sich Gewaltakte rechtsextremistisch orientierter Jugendliche auch wahllos gegen zufällige Opfer.

Am 23. April wurden in Lindow vor einer Diskothek drei Personen von mehreren Tätern angegriffen. Wenig später drangen etwa 20 Personen, vermutlich derselbe Täterkreis, auf das Gelände der Landessportschule, randalierten unter "Sieg-Heil"-Rufen und brachten drei Zelte zum Einsturz, wobei ein Kind verletzt wurde. Die Ermittlungen sind bislang noch nicht abgeschlossen.



Im Land Brandenburg sind 1995 mehrere Ereignisse registriert worden, die von der Öffentlichkeit als Auseinandersetzungen zwischen "Rechten" und "Linken" wahrgenommen worden sind. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich dabei um Konflikte zwischen lokalen gewaltbereiten Jugendgruppen, die zum Teil nur einen lockeren Zusammenhalt besitzen.

“Anti-Antifa”- Kampagne



Manche dieser Gruppen nutzen Symbole und Parolen des politischen Extremismus, um sich gegen rivalisierende Cliques abzugrenzen und sie als Gegner zu definieren. In anderen Fällen sind derartige Feindseligkeiten durch eine schon verfestigte neonazistische Einstellung motiviert gewesen, ohne daß man diese Gewalttaten aber der organisierten “Anti-Antifa”-Kampagne zurechnen könnte.

Zwölf Jugendliche der lokalen rechtsextremistisch orientierten Szene versuchten am 24. April das verbarrikadierte Haus der Bernauer “Autonomia e.V.” zu stürmen. Durch die Polizei wurde eine Eskalation zwischen beiden Gruppen verhindert. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen der Polizei mit den rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen, welche randalierten, den Hitlergruß zeigten und Brandflaschen warfen. Von der zuständigen Staatsanwaltschaft wurde gegen vier Brandflaschenwerfer Anklage erhoben.

Vom 2. bis 4. Juni hielten sich in Potsdam 80 Teilnehmer des Pfingstfestivals des “SJD - Die Falken” auf. Am 2. Juni warf eine Gruppe anderer Jugendlicher zehn Fensterscheiben der Turnhalle ein, in der die “Falken” untergebracht waren, und rief “Sieg Heil”. Mittlerweile ist gegen einen Tatverdächtigen Anklage erhoben worden. In der Nacht vom 4. zum 5. Juni wurde ein Festivalteilnehmer auf dem Weg in die Ausweichunterkunft tödlich angegriffen. Die Polizei nahm acht Tatverdächtige vorläufig fest und stellte Baseballschläger, ein Luftdruckgewehr und ein Samuraischwert sicher.

Anders als in der Vergangenheit blieben die Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen sowohl während der Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück als auch sonst im Jahr 1995 von rechtsextremistischen Anschlägen verschont.

Allerdings kam es gelegentlich vor, daß – meist unerkannt gebliebene – Täter in den Gästebüchern der Gedenkstätten und an den Gebäuden rechtsextremistische Provokationen hinterließen und Gedenktafeln beschmierten.

Die meisten Straftaten, bei denen eine antisemitische Motivation wahrscheinlich oder offensichtlich eine Rolle spielte, waren auch 1995 Schmierereien. Es kam allerdings auch zu Friedhofsschändungen.



In der Nacht vom 12. zum 13. Mai beschmierten unbekannte Täter auf dem Friedhof der Gemeinde Massen neun Grabstellen und warfen zwei der Grabsteine um; auf vier Grabsteine wurden Davidsterne mit Farbe aufgetragen.

Im Oktober kam es in Fürstenwalde zu einer Vielzahl von rechtsextremistischen Schmierereien. Die Täter schändeten die Mauerfront des jüdischen Friedhofs in Fürstenwalde mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. Auch weitere Gebäude in der Stadt wurden mit rechtsextremistischen und antisemitischen Symbolen beschmiert. In diesem Fall konnten Tatverdächtige ermittelt werden.



Überhaupt machen Schmierereien mit überwiegend neonazistischem Inhalt das Gros rechtsextremistischer Straftaten aus. Den Tatumständen entsprechend können die Urheber – oft sind es sehr junge Menschen oder gar Kinder, die sich auf diese abstoßende Weise produzieren – nur sehr selten ermittelt werden.

Im Februar wurden in der Potsdamer Burgstraße mehrfach Hakenkreuzschmierereien festgestellt, die offensichtlich mit Hilfe ein und derselben Schablone angefertigt worden waren. Sie fanden sich auf einem Mülltonnenhaus sowie auf dem Gelände der Rosa-Luxemburg-Gesamtschule.

Schmierereien

Die Anzahl der rechtsextremistischen Schmierereien ist im Land Brandenburg 1995 gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen, wobei die Zahl antisemitischer Schmierereien auf relativ niedrigem Niveau gleich blieb.

1994 wurden mehrere spektakuläre Fälle von vorgetäuschten Straftaten bekannt, bei denen Personen erklärt hatten, Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt geworden zu sein. 1995 gab es in Brandenburg keine Vorkommnisse dieser Art. Dennoch kam es vereinzelt vor, daß Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwandt wurden, um die Ermittlungen der Polizei in eine falsche Richtung zu lenken oder den politischen Gegner zu diffamieren.

Am 15. Oktober bauten in Brandenburg an der Havel drei Heranwachsende von einem abgestellten Pkw Fahrzeugteile ab und hinterließen im Lack zwei Hakenkreuze und den Schriftzug "Sieg Heil". Der Polizei erklärten die Tatverdächtigen, sie wollten die Ermittlungen der Polizei auf die rechtsextremistische Szene lenken, da sie Nazis hassen würden.



Neonazis

Verbotene "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF)

<i>"Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF)</i>	
<i>Gründungsjahr:</i>	1992
<i>Sitz:</i>	Berlin
<i>im Land Brandenburg aktiv:</i>	1992 bis 1995
<i>Mitglieder (bis zum Verbot) bundesweit:</i>	100
	Brandenburg: 70
<i>für das Land Brandenburg relevante Publikation:</i>	"Angriff"
 <i>Verbot durch den Innenminister des Landes Brandenburg am 5. Mai 1995</i>	

*Verherrlichung
des NS-Regimes*

*rassistisches und
antisemitisches
Gedankengut*

Am 5. Mai 1995 wurde die "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten. Diese seit 1992 unter verschiedenen Namen agierende Gruppierung war in Brandenburg die mitgliederstärkste und militanteste neonazistische Vereinigung. Ihre gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichteten Bestrebungen – sie verherrlichte das NS-Regime und propagierte rassistisches, antisemitisches und totalitäres Gedankengut – machten das Verbot unumgänglich.

Die eigenständige Entwicklung der nun verbotenen Vereinigung hatte im Juli 1992 begonnen, als aus der neonazistischen "Nationalistischen Front" (NF) heraus das "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" (FMJ) gegründet wurde. Das Ziel dieser Vereinigung war es, "nationaldenkende Jugendliche zu mobilisieren und zu organisieren". Werbend richtete sie sich – wie die Organisationsbezeichnung erkennen läßt – vor allem an Jugendliche aus den ostdeutschen Bundesländern. Im Spätsommer 1992 spaltete sich die "Nationalistische Front". Um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Andreas POHL hatte sich ein Flügel in der NF gesammelt, der sich von Meinolf SCHÖNBORN, dem Vorsitzenden der NF, und seinen Gefolgsleuten löste. Alle NF-Kameradschaften im Lande Brandenburg gehörten zu diesem abgespalteten Flügel.

Die "Nationalistische Front" verstand sich als "Kader- und Elitepartei", neben der das "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" die

Massenorganisation bilden sollte. Entsprechend wurde von den NF-Dissidenten nun die "Sozialrevolutionäre Arbeiterfront" (SrA) als Kaderorganisation konzipiert, der das FMJ als Vorfeldorganisation zugeordnet wurde. Als bereits vorher ausgegründete, selbständige Organisationen waren die SrA und das FMJ nicht vom Verbot der "Nationalistischen Front" am 27. November 1992 betroffen.

Als Organisation mit Außenwirkung trat ausschließlich das FMJ in Erscheinung. Der Name "Sozialrevolutionäre Arbeiterfront" stand kaum je für irgendwelche greifbaren Aktionen, so daß die SrA eher als ein fiktives Gebilde anzusehen war, das allenfalls die Hülse für gelegentliche Kontakte von führenden Aktivisten des FMJ zu westdeutschen Gesinnungskameraden abgab.

Im Mai 1993 regte der Innenminister des Landes Brandenburg gegenüber dem Bundesminister das Verbot von SrA und FMJ an. Nachdem am 19. Juni 1993 die brandenburgische Polizei eine Sonnenwendfeier des FMJ in Altfriesack aufgelöst hatte, gab das FMJ in einer "Presseerklärung" bekannt, daß auf einer angeblichen "Jahreshauptversammlung" am 22. Juni 1993 die Auflösung der Vereinigung beschlossen worden wäre.

Dieser Schritt erwies sich als Täuschungsmanöver mit dem Ziel, dem befürchteten Verbot zuvorzukommen. Die FMJ-Mitglieder setzten ihre Aktivitäten fort, am Anfang unter Organisationsbezeichnungen wie "Unabhängiger Jugendverband" (UJV) und "Kameradschaftsverbund Mitteldeutschland", dann aber als "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF). Ein Schreiben des ehemaligen Vorstandes hatte angekündigt: "Die politische Arbeit geht selbstverständlich weiter, wir machen uns dabei von keinem Namen abhängig." Diese Grundlinie wurde auch später beibehalten.

Am 20. Januar 1994 fand auf Veranlassung des Bundesinnenministers eine bundesweite Durchsuchungsaktion bei Funktionären und Mitgliedern der "Direkten Aktion/Mitteldeutschland" statt, die den Zweck verfolgte, Beweismaterial für ein mögliches Verbot der Organisation sicherzustellen; ihren Schwerpunkt hatte sie in Brandenburg. Als bald erklärte die JF, sich mit ebendiesem Datum aufgelöst zu haben.

Wie schon der Auflösungsbeschluß der FMJ vom 22. Juni 1993 sollte auch diese angebliche Selbstauflösung der JF lediglich die Öffentlichkeit und die staatlichen Behörden täuschen. Fortan

*"Sozial-
revolutionäre
Arbeiterfront"*

*Auflösung als
Täuschungs-
manöver*

verzichtete man auf jeden Organisationsnamen, der organisatorische Zusammenhang wurde aber weiterhin, jetzt aber ausschließlich konspirativ, aufrechterhalten. Die Aktivisten der JF gingen nun noch vorsichtiger vor, agierten kaum noch offen, unterließen weitgehend Aktionen in der Öffentlichkeit und wiesen die als selbständig bezeichneten Kameradschaften an, nur noch verdeckt zu handeln. So wurde eine Versammlung am 29. April 1995 in Körzin, die der politischen Schulung dienen sollte, als Geburtstagsfeier getarnt. Die Polizei hat diese Versammlung aufgelöst. Kurz darauf erfolgte das Verbot der "Direkten Aktion/Mitteldeutschland".

Verbot zeigt Wirkung

Dieses Verbot hat rasch Wirkung gezeigt. Von größeren Aktionen, wie sie für die vergangenen Jahre charakteristisch waren, etwa dem Aufhängen von Transparenten zum Geburtstag von Rudolf Heß und Sonnenwendfeiern, nahm man von nun an Abstand.



BAD LIEBENWERDA/LÜCKENWALDE (dpa). Randalie von etwa 500 Jugendlichen sowie ein als Geburtstagsfeier getarntes Treffen Rechtsextremer hat am Wochenende zu mehreren Polizeieinsätzen in Brandenburg geführt. In die Gemeinde Zoberndorf bei Bad Liebenwerda (Landkreis Elbe-Elster) wargestern wieder Ruhe eingebracht, nachdem mehrere hundert Jugendliche bei einem Konzert der Punkgruppe "Teleterror" in der Nacht zum Samstag in der Dorfgaststätte randaliert hatten. ...erfanden ...

erstattet worden. Sieben Polizeibedienstete erlitten bei den Auseinandersetzungen leichte Verletzungen. Brandenburgische Polizeikräfte mußten am späten Samstagabend eine als Geburtstagsfeier getarnte Veranstaltung von Rechtsextremisten im Kreis Teltow-Fläming auflösen. Zu der Veranstaltung in einer Gaststätte in der Gemeinde Körzin hatten sich insgesamt 34 junge Leute im Alter von 15 bis 25 Jahren eingefunden, teilte die Polizei am Sonntag mit. Unter ihnen sei eine größere Personengruppe ...

Allerdings beteiligten sich ehemalige JF-Mitglieder an Veranstaltungen und Treffen, die andere rechtsextremistische Vereinigungen oder Einzelpersonen organisiert haben.

Die von der JF vertriebenen Plakate und Aufkleber mit fremdenfeindlichen und sonst aggressiven Texten unter der Herkunftsbezeichnung P.O.H.L. (Andreas POHL ist der oben genannte SrA-Führer) wurden 1995 in wesentlich geringerer Zahl als im Vorjahr öffentlich verbreitet.

*Plakate und
Aufkleber mit
fremden-
feindlichen
Texten*

Die Zeitschrift "Angriff", seit Ende 1992 vom FMJ, später von der JF herausgegeben, erscheint inzwischen als angeblich organisationsunabhängige Schrift, ohne ihre Aufmachung geändert zu haben. Die ursprünglich vorgesehene vierteljährliche Erscheinungsweise konnte jedoch nicht beibehalten werden. Wurden im



Jahre 1993 immerhin noch drei Ausgaben verbreitet, erschien 1995 nur eine einzige Nummer (Nr. 7) im Mai. Sie geht noch nicht auf das Verbot der "Direkten Aktion/Mitteldeutschland" ein, wurde also bereits zuvor fertiggestellt. Eine weitere Ausgabe ist, entgegen allen Ankündigungen, bislang noch nicht zustande gekommen.

Als "Mitteldeutsche Jugendzeitschrift" will der "Angriff" die gängigen Interessen von Jugendlichen bedienen und ausnutzen.

Breiten Raum nehmen Interviews mit rechtsextremistisch orientierten Skinhead-Bands, Plattenkritiken und Konzertberichte ein. Redaktionelle Artikel verbreiten jedoch offen oder unterschwellig neonazistisches Gedankengut und rufen zu einer gewalttätigen Fundamentalopposition gegenüber der freiheitlichen Demokratie auf. "Jetzt (hat) eigentlich jeder die Berechtigung zum offenen Widerstand!" Aus dieser Behauptung wird die Aufforderung hergeleitet: "Bildet kleine geheime Gruppen. Greift die feindlichen Strukturen an!" Dieser Aufruf endet mit dem Leitwort: "Es lebe die deutsche Revolution!" ("Angriff", Nr. 7, S. 2-3)

*neonazistisches
Gedankengut*

Im Unterschied zu anderen neonazistischen Gruppen propagieren die Aktivisten der JF nicht nur nationalrevolutionäre, sondern sogar nationalbolschewistische Thesen. Sie werben unverhüllt für eine Zusammenarbeit von Rechts- und Linksextremisten. So ließ der "Angriff" unter der Überschrift "Seit 30 Jahren bin ich Kom-

*“Redaktionsstab
kommando F.”*

munist” in einem Leserbrief verkünden: “Heute sollten wir gemeinsam im Schützengraben für die Interessen breiter Kreise unseres deutschen Volkes liegen und kämpfen.” (Nr. 7, S. 16)

Mitglieder der JF waren als “Redaktionsstab kommando F.” vom Juli 1994 bis zum Januar 1995 in die Redaktion der “Berlin-Brandenburger Zeitung” einbezogen. Wegen ideologischer und persönlicher Differenzen ist die Zusammenarbeit aber eingestellt worden.

Unter dem Namen “kommando F.” arbeitete ein Nutzer im rechts-extremistischen Mailbox-Verbund “THULE-Netzwerk” und verbreitete auf diesem Wege zum Beispiel den “Angriff”. Auch seitdem dieser User die Mailbox “SoRevo” in Berlin betreibt, benutzt er weiterhin das Pseudonym “kommando F.”.

Mit den **“Märkischen Nachrichten”** schufen sich die Aktivisten der verbotenen “Direkten Aktion/Mitteldeutschland” eine Zeitung, die einen anderen Personenkreis erreichen soll als die mit dem “Angriff” angesprochenen Jugendlichen. Die “Märkischen Nachrichten” wollen über “Meinungen, Trends und Hintergründe aus Berlin und der Mark Brandenburg” berichten. Daneben gehen Beiträge auf Ereignisse im In- und Ausland ein und greifen Themen aus Geschichte, Kunst und Kultur auf. Bisher erschienen zwei Ausgaben, die erste im April/Mai 1995.

Auch die “Märkischen Nachrichten” verleugnen nicht die national-revolutionäre bis nationalbolschewistische Orientierung ihrer Macher. In historischen Beiträgen werden die Brüder Gregor und Otto STRASSER als “überzeugte nationale Sozialisten” und Ernst NIEKISCH als Vorbild für die Gegenwart herausgestellt. Von dessen nationalbolschewistischen Ideen heißt es, sie seien “heute aktueller als je zuvor”. (“Märkische Nachrichten”, Nr. 1/95, S. 2)

Mit der Parole “Das Ende von rechts gegen links” (Aufmacher der “Märkischen Nachrichten”, Nr. 2) wird dafür geworben, daß Rechts- und Linksextremisten ihre ideologischen Differenzen hintanstellen und sich im Kampf gegen die Verfassungsordnung der Bundesrepublik zusammenschließen. Von ihr spricht die Zeitung als “einem deutschen Teilstaat, von Satrapen der alliierten Besatzer errichtet”. “Man huldigt knechtselig seinen fremden Herren und dankt ausgiebig für die verliehenen Lehen. [...] Doch Hoffnung erfüllt mich, der teutonische Gulliver erwacht.” (“Märkische Nachrichten”, Nr. 1, S. 1)

Die Anbiederung an Linksextremisten findet aber weder bei diesen noch bei anderen Rechtsextremisten nennenswerten Widerhall,

*“Märkische
Nachrichten”*

sondern wird von den einen wie den anderen ganz überwiegend strikt abgelehnt.

Der Versand "G.A.G." in Frankfurt (Oder) wird von Aktivisten der verbotenen JF betrieben. Er wurde Anfang Juli durch den Mailbox-Nutzer "kommando F." im "THULE-Netz" bekannt gemacht. Bereits im Mai war aber schon im "Angriff" ein Hinweis zu lesen, daß über die Redaktionsanschrift Kopien von Schriften und Videos bezogen werden könnten. Die Veröffentlichungen der "eingeschriebenen Gegner" würden regelmäßig ausgewertet. "Wir verfügen über nahezu alle Blätter aus dem Gebiet der brd und auch über einige ausländische Literatur. Fernsehberichte über Themen, die in irgendeiner Beziehung zur Bewegung stehen, werden von uns archiviert. Diese Sachen sollen nun einem breiteren Kreis zur Verfügung gestellt werden. Ihr könnt bei uns gerne eine Videoliste anfordern." ("Angriff", Nr. 7, S. 8)

Seine Produktkataloge bezeichnet der Versand "G.A.G." als "Videolisten". Sie enthalten Verzeichnisse von Spiel- und Dokumentarfilmen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und Konzertvideos von Skinhead-Bands. Daneben offerieren sie verschiedene Schriften: "Antifa"-Literatur, Verfassungsschutzberichte, aber auch Texte zum Beispiel von Joseph GOEBBELS sowie von KIM Il Sung und KIM Dschong Il. In diesen Angeboten des Versandunternehmens "G.A.G." spiegelt sich unverkennbar die nationalbolschewistische Gesinnung der JF wider.

Versand "G.A.G."

Verbotene "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP)



"Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1979</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Berlin</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv:</i>	<i>1990 bis 1995</i>
<i>Mitglieder (bis zum Verbot) bundesweit:</i>	<i>430</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>Einzelpersonen</i>
<i>für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikationen:</i>	<i>"Standarte", "Aufbruch"</i>

Verbot durch den Bundesinnenminister am 24. Februar 1995

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 17. Februar 1995 entschieden hatte, daß es sich bei der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" nicht um eine Partei im Sinne des Artikels 21 Grundgesetz und § 2 Absatz 1 Parteiengesetz handele, wurde sie am 24. Februar 1995 von dem somit zuständigen Bundesinnenminister als eine gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Vereinigung gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten und aufgelöst.

Die FAP wurde 1979 gegründet, 1984 von Anhängern des inzwischen verstorbenen Neonazis Michael KÜHNEN unterwandert. Nach internen Flügelkämpfen kam es 1988 und 1990 zu Abspaltungen. Mitgliederzuwächse nach der Vereinigung Deutschlands brachten der zuvor dahinsiechenden FAP kurzfristig einen gewissen Auftrieb. Das Amt des Bundesvorsitzenden hatte seit 1988 der Neonazi Friedhelm BUSSE inne.

Die "radikal-sozialistisch" und "national-revolutionär" auftretende FAP orientierte sich ideologisch am Parteiprogramm der NSDAP von 1920 und strebte einen "deutschen Sozialismus" an. Die Verbotsverfügung gibt neben anderen den folgenden Grund für das Vereinigungsverbot an: "Die FAP verfolgt das Ziel, mit ihrer Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen. Dies ergibt sich ohne weiteres aus dem Umstand, daß die FAP nach ihrer Zielsetzung mit der NSDAP wesensverwandt ist. Sie ist schon aus diesem Grunde verfassungswidrig." (veröffentlicht in: "Bundesanzeiger" vom 28. Februar 1995, S. 1981 ff.)

Verbotsverfügung

Bereits am 20. Oktober 1990 hatte die FAP in Wildau einen gemeinsamen Landesverband Berlin-Brandenburg konstituiert. Im Oktober 1993 verselbständigte sich ein eigener FAP-Landesverband Brandenburg, er erwies sich jedoch als nicht funktionsfähig, da er über nur sehr wenige Mitglieder verfügte. Er blieb auf die Unterstützung des Berliner FAP-Landesverbandes angewiesen.

Schon seit längerem hatten FAP-Kreise strategische Überlegungen für den – inzwischen eingetretenen – Eventualfall eines Verbotes angestellt. Unter anderem erwogen sie eine gezielte Unterwanderung anderer rechtsextremistischer Organisationen. Sie ist jedoch bis jetzt unterblieben. Statt dessen bildeten sich autonome Kameradschaften. In Berlin entfalteten solche Kameradschaften im Verbund mit den "Nationalen" anlässlich des Wahlkampfes zum Berliner Abgeordnetenhaus am 22. Oktober gemeinsame Aktivitäten und engagierten sich für die Ausweitung des Zeitungsprojektes "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ).

Versuchen ehemaliger FAP-Aktivisten aus Berlin, Entwicklungshilfe beim Aufbau autonomer Kameradschaften in Brandenburg zu leisten, war bislang, dank energischen staatlichen Interventionen, kein Erfolg beschieden. So fand am 6. September in Cottbus eine von Frank SCHWERDT, dem Vorsitzenden der "Nationalen", angemeldete Veranstaltung statt. Weil sie im Verdacht stand, unter anderem der Aufrechterhaltung der verbotenen FAP zu dienen, wurde sie von der Polizei aufgelöst. Unter den 66 Teilnehmern befanden sich der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen FAP und mehrere ehemalige FAP-Mitglieder aus Berlin.

Bis zum Verbot machte sich der FAP-Landesverband Brandenburg fast ausschließlich in Neuruppin und Cottbus bemerkbar. Dort wurde wiederholt Propagandamaterial verteilt, insbesondere der "Aufbruch", das

"Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland". Auch noch nach dem Verbot der FAP wurden gelegentlich Klebezettel aus Altbeständen verbreitet.

Die ehemaligen FAP-Mitglieder und -Anhänger in Brandenburg befinden sich offenkundig in der Phase einer noch nicht abgeschlossenen Neuorientierung. Nur vereinzelt wenden sie sich anderen rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen zu.

*Aufbau
autonomer
Kameradschaften*

Aufbruch



Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

Gefangenenhilfsorganisationen

Neonazistische Gefangenenhilfsorganisationen verfolgen das Ziel, "nationalen Gefangenen" auch in der Haft weiterhin den Kontakt zu ihren Gesinnungskameraden zu ermöglichen. Da sich mit dieser Absicht Mitglieder verschiedener, auch miteinander konkurrierender oder rivalisierender, neonazistischer Vereinigungen zusammenfinden, kommt den Gefangenenhilfsorganisationen innerhalb des neonazistischen Spektrums eine gewisse integrative Funktion zu. In Deutschland existieren zur Zeit zwei solcher Organisationen.



"Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1979</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Frankfurt/Main</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>ca. 300</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>Einzelpersonen</i>
<i>Publikation:</i>	<i>"Nachrichten der HNG"</i>

Die "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." hat bisher vergeblich versucht, sich in den ostdeutschen Bundesländern dauerhaft zu etablieren.

Nachdem sie 1994 in Brandenburg wenige neue Mitglieder hinzugewonnen hatte, ließ ihre Anziehungskraft 1995 wieder nach. Ihre Aufgabe sieht die HNG laut Satzung darin, inhaftierte Gesinnungskameraden materiell und ideell zu unterstützen. Vor allem aber ist sie bestrebt, verurteilte Rechtsextremisten nach der Entlassung aus der Haft nahtlos wieder in die neonazistische Szene einzugliedern.

Organisiert wird die Gefangenenbetreuung in den jeweiligen Oberlandesgerichtsbezirken mit Hilfe sogenannter "Gebietsbeauftragter".

Die "Nachrichten der HNG" veröffentlichen überdies Listen mit den Namen von inhaftierten Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, die Briefkontakt zu den Gesinnungskameraden "draußen" wünschen. In diesen Listen werden auch inhaftierte Personen aus Brandenburg aufgeführt.

Des weiteren druckt die Publikation der HNG Berichte und Leserbriefe ab, die das Ausmaß der sogenannten "politischen Verfolgung der nationalen Kräfte in der BRD" dokumentieren sollen; rechtsextremistisch motivierte Straftaten werden dabei regelmäßig verharmlost oder geleugnet.

Gegründet wurde die "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." durch den Frankfurter Neonazi Henry BEIER. Seit März 1991 ist Ursula MÜLLER aus Mainz Vorsitzende der HNG.

"Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1987</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Ludwigshafen</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv:</i>	<i>etwa seit 1992</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>unter 20</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>Einzelpersonen</i>
<i>Publikation:</i>	<i>"IHV e.V. für Recht und Freiheit"</i>



Das "Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." ist von seinem bisherigen Leiter Ernst TAG als Konkurrenzorganisation zur HNG gegründet worden. Seine Zielsetzung entspricht daher grundsätzlich der Aufgabe, die sich auch die HNG stellt.

Dies gilt auch für die Veröffentlichung von "Gefangenenlisten" in der Vereinspublikation "IHV e.V. für Recht und Freiheit".

Die Betreuung der Gefangenen erfolgt beim IHV durch Bezirksführer in einzelnen Bundesländern. Daneben bietet das IHV seinen Mitgliedern Rechtsberatungen an.

Nachdem Ernst TAG im Mai 1995 – wohl aus taktischen Überlegungen – erklärt hatte, daß er sich von rechtsextremistischer Betätigung zurückziehe, ist die Tätigkeit des IHV, das bundesweit nie über eine kleine Anzahl von Anhängern hinausgekommen ist, fast gänzlich erloschen.

Im Land Brandenburg gehören ihm seit jeher nur wenige Einzelpersonen an.

Außerhalb dieser Organisationen haben sich im Jahr 1995 inhaftierte Rechtsextremisten bemüht, einen eigenen Zusammenschluß ins Leben zu rufen.

*“Knast”- oder
“Kerker-
kameradschaften”*

Ziel solcher “Selbsthilfegruppen” – die sich gern als “Knast”- oder “Kerkerkameradschaften” bezeichnen – ist es, sich über den Stand der jeweiligen Strafverfahren bzw. die Haftbedingungen gegenseitig auszutauschen sowie den “politischen Kampf” auch im Gefängnis zu koordinieren. Außerdem wollen sie dabei helfen, die Verbindung zu den Kameraden nach “draußen” aufrechtzuerhalten.

Mit diesem neuen Ansatz wollen die betreffenden Rechtsextremisten die Konkurrenz zwischen HNG und IHV überwinden.

Auch in brandenburgischen Haftanstalten hat dieses Konzept bei rechtsextremistischen Gefangenen Anklang gefunden.

“Die Nationalen e.V.”

“Die Nationalen e.V.”

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1991 (1992)</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Berlin</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1993</i>
<i>Teil- und Nebenorganisation (Jugendorganisation):</i>	<i>“Junges Nationales Spektrum” (JNS),</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Weißwasser</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>ca. 150</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>110</i>

*für das Land Brandenburg
relevante überregionale
und regionale
Publikationen:*

Die Nationalen

Landesverband Berlin-Brandenburg



*“Berlin-Brandenburger
Zeitung” (BBZ),
“Nationaler Rundbrief”,
“Die Kameradschaft”*

Am 3. September 1991 hatten in Berlin Mitglieder und ehemalige Anhänger der rechtsextremistischen Parteien NPD, DLVH und “Die Republikaner” sowie Personen aus dem neonazistischen Spektrum die freie Wählergemeinschaft “Wir sind das Volk” (WSDV) gegründet. Diese scheiterte jedoch bei den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen 1992 und verfehlte damit ihren eigentlichen Gründungszweck. Am 28. August 1992 wurde diese Wählergemeinschaft in den Verein “Die Nationalen” umgewandelt.

Seit Anfang 1993 ist der Berliner Frank SCHWERDT der Vorsitzende dieses Vereins. Unter seiner Leitung hat sich der Schwerpunkt der Vereinsaktivitäten immer mehr von Berlin erst nach Brandenburg, später auch in Regionen angrenzender Bundesländer verlagert. Ende 1994 wurde das “Junge Nationale Spektrum” (JNS), das zuvor unter der Bezeichnung “Nationales Spektrum Niederschlesien” als eigenständige Gruppierung aufgetreten war, in den Verein integriert und fungiert seither als dessen Jugendorganisation mit Sitz in Weißwasser (Sachsen). Laut Statut des JNS ist die Mitgliedschaft auf die Altersspanne von zwölf bis 21 Jahren

*“Junges
Nationales
Spektrum”*

Deutschlands Jugend braucht eine Zukunft!



**jung -
national -
sozial**

Junges Nationales Spektrum
- Bundesgeschäftsstelle -

*aktivste rechts-
extremistische
Organisation im
Land Brandenburg*

begrenzt. Mit 18 Jahren wird jedes JNS-Mitglied automatisch auch Mitglied der „Nationalen“.

Zumal seit der Einverleibung des JNS hat sich SCHWERDT immer mehr darauf verlegt, Jugendliche anzusprechen und für die Ziele der „Nationalen“ zu gewinnen. Nur wenige der älteren Gründungsmitglieder sind heute noch bei den „Nationalen“ aktiv.

“Die Nationalen e.V.” wollten 1995 einen politischen Durchbruch erreichen. Er ist ihnen mißlungen. Zum einen wollten sie, um ein mögliches Organisationsverbot zu erschweren, den Status einer Partei erlangen. Durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes zur FAP vom 17. Februar 1995 ist aber klargestellt worden, daß nicht jeder Kleingruppe, die den Rang einer Partei für sich beansprucht, auch tatsächlich das Parteienprivileg zugute kommt. Zum anderen gelang es den „Nationalen“ nicht, mit einer offenen Liste an der Berliner Abgeordnetenhauswahl am 22. Oktober teilzunehmen, da sie die erforderliche Anzahl an Unterstützerunterschriften nicht beizubringen vermochten.

“Die Nationalen e.V.” samt dem JNS haben sich 1995 zu der aktivsten rechtsextremistischen Organisation im Land Brandenburg entwickelt. Zwischen Mitte 1994 und Mitte 1995 verzeichnete der Verein ein rapides personelles und strukturelles Wachstum vor allem im Südosten Brandenburgs. Dort wurden mehrere Ortsverbände der „Nationalen“ gegründet bzw. formal unabhängige Kameradschaften in das Vereinsleben eingebunden. Seither scheint das Wachstum des Vereins in Brandenburg allerdings zu stagnieren.

Seine Anhängerschaft umfaßt derzeit einen Kreis von landesweit etwa 110 Personen. Eine formelle Mitgliedschaft ist jedoch selten gegeben. Die Strategie des Vereinsvorsitzenden läuft darauf hinaus, bereits vorhandene lose Kameradschaften Jugendlicher und Heranwachsender, die für rechtsextremistische Ideologie ansprechbar sind, für eine Mitarbeit zu gewinnen und sie mittels regelmäßiger Kameradschaftsabende und gemeinsamer Veranstaltungen zu vernetzen. Der Vereinsvorsitzende unterstützt die Ortsverbände

bzw. Kameradschaften, indem er den zumeist jugendlichen Mitgliedern Propagandamaterial, Computerdisketten usw. zur Verfügung stellt sowie für entsprechende Räumlichkeiten sorgt. Er hilft ihnen bei der Planung und Durchführung größerer Veranstaltungen wie Fußballturniere oder Sonnenwendfeiern.

Um einem etwaigen Verbot der "Nationalen" auszuweichen, aber auch in der Hoffnung auf öffentliche Jugendfördermittel und Räumlichkeiten, benennen sich Kameradschaften, die den "Nationalen" bzw. dem JNS nahestehen, teilweise um bzw. gründen sich als eingetragene Vereine neu.

Auch 1995 wurden einige der von den "Nationalen" angemeldeten Veranstaltungen polizeilich verboten, so die für den 18. Februar in Spremberg geplante Gründungsversammlung zweier Ortsverbände und die für den 28. Oktober in Guben geplante Veranstaltung unter dem Motto "Mein Freund ist Deutscher - Ausländerkriminalität und die Ausbeutung des deutschen Volkes durch das Ausland". Das Obergericht Frankfurt (Oder) hat mit Beschluß vom 28. Oktober das letztgenannte Verbot bestätigt, da "auf Grund des Teilnehmerkreises und der Thematik der Veranstaltung mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen ist, daß es zu ausländerfeindlichen Parolen und Äußerungen kommen wird, die den Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 Strafgesetzbuch) erfüllen".

Allerdings gehört es auch zur Strategie der "Nationalen", Veranstaltungsverbote zu provozieren, um auf diese Weise polizeiliche Kräfte und finanzielle Mittel des Landes zu binden und danach in der BBZ gegen die Verbote polemisieren zu können.

In Rathenow fand am 9. Dezember eine Demonstration linker Gruppierungen, an der sich auch Linksextremisten beteiligten, gegen "Die Nationalen e.V." statt. Eine angemeldete Gegendemonstration unter dem Motto "Gegen Rot-Front-Terror und linke Gewalt" wurde vom zuständigen Polizeipräsidenten verboten. Auch in Forst gibt es Anzeichen, daß Konflikte zwischen den "Nationalen" und militanten "Antifa"-Aktivisten eskalieren könnten.

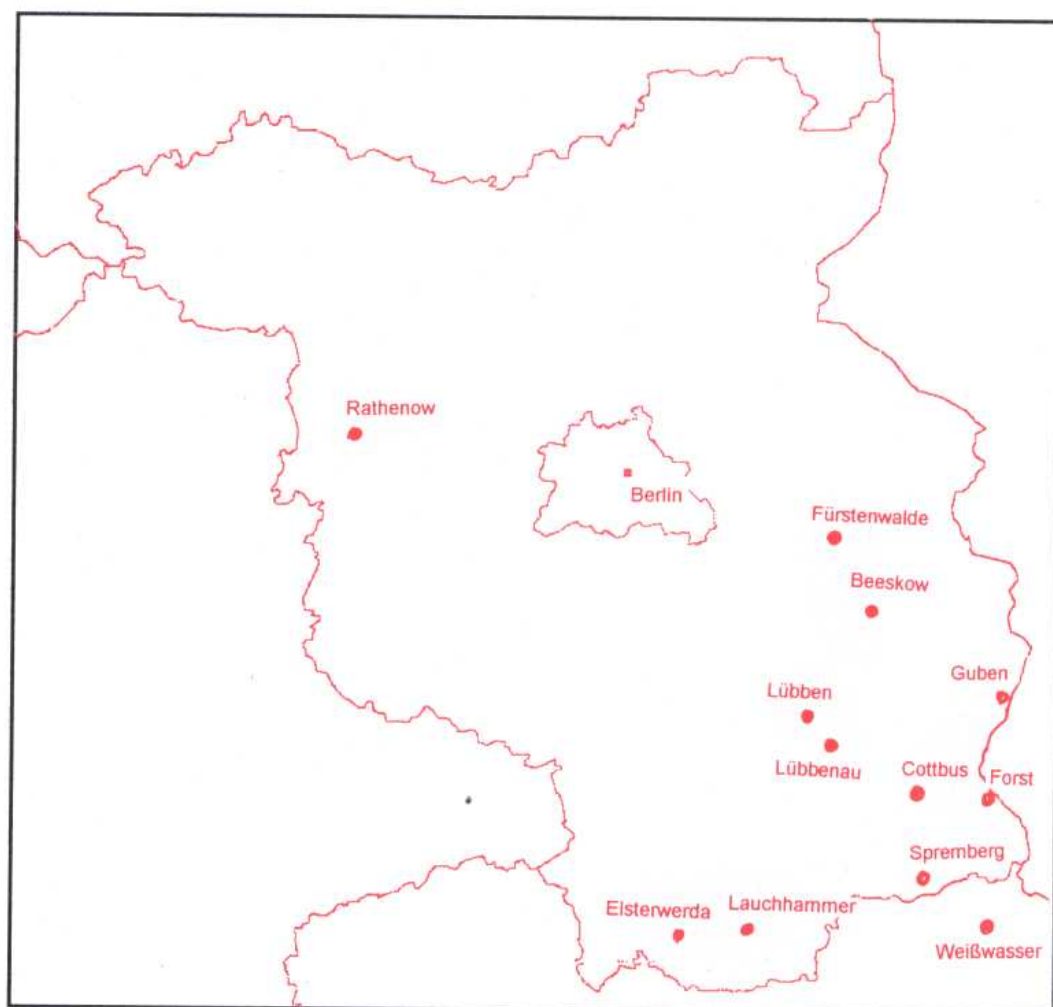
Das Programm, aber auch Flugblätter und andere Publikationen, zeugen von der völkisch-kollektivistischen, antisemitischen, ausländerfeindlichen und biologisch-rassistischen Ideologie des Vereins. Der Vereinsvorsitzende ist bemüht, den unter seinem Einfluß stehenden Jugendlichen ein revisionistisches Geschichtsbild zu vermitteln.

Um die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, trugen "Die Nationalen e.V." ihre extremistischen Forderungen während des

*Veranstaltungs-
verbote*

*völkisch-kollek-
tivistische und
biologisch-
rassistische
Ideologie*

*Schwerpunkt-
regionen der
“Nationalen” im
Land Brandenburg*



Wahlkampfes zur Berliner Abgeordnetenhauswahl mit provozierender Radikalität vor. Das Wahlprogramm stellte antisemitische Forderungen gezielt in den Dienst dieser Strategie: “Abriß aller ‘Holocaust’-Denkmäler”, “sofortige Kündigung des Staatsvertrages zwischen dem Berliner Senat und der jüdischen Gemeinde”, “Streichung aller Zuschüsse an die jüdische Gemeinde und andere jüdische Einrichtungen”, “eingehende Überprüfung aller Entschädigungszahlungen an jüdische Organisationen und Einzelpersonen”.

In dem Flugblatt “Wir sind Deutschlands Erneuerung!” heißt es: “Die Nationalen – für die genetische Gesundheit unseres Volkes [...], für artgerechte Siedlungsplanung, ohne Überfremdung durch Ausländer”.

Ein anderes Flugblatt, “760 Jahre Guben. 50 Jahre Besetzung des Ostteils durch Polen!!! Wir verzichten nie!!!”, spiegelt die revanchistische Haltung der “Nationalen” wider.

“Die Nationalen e.V.” sind von Anfang an für die Kooperation aller rechtsextremistischen, einschließlich der neonazistischen, Organisationen eingetreten.

SCHWERDT ist regelmäßiger Teilnehmer an überparteilichen Diskussionszirkeln, die über die Vernetzung rechtsextremistischer Organisationen als Fernziel eine organisationsübergreifende nationale Bewegung anstreben.

*Vernetzung
als Fernziel*

Insbesondere zur DLVH pflegten und pflegen "Die Nationalen e.V." enge Kontakte. Die "Vereinigte Rechte", eine Aktionsplattform der "Nationalen" und des DLVH-Landesverbandes

Berlin-Brandenburg, veranstaltete zum Beispiel am 10. Juli eine Dampferfahrt von Eberswalde-Finow zum Schiffshebewerk Finowfurt. Nach Ende der Fahrt wurden auf dem Schiff Exemplare verschiedener Nummern des neonazistischen "Schulungsbriefes", herausgegeben vom "Völkischen Freundeskreis Berlin" (VFK), polizeilich sichergestellt. Eine Wohnungsdurchsuchung am 2. August im Hause SCHWERDTs förderte weitere Ausgaben des "Schulungsbriefes" zutage. Die "Schulungsbriefe. Blätter zur nationalen, sozialistischen Weltanschauung" haben unzweifelhaft neonazistischen Charakter. Die Ausgabe 16/1995 macht es sich zur Aufgabe, "dem nationalsozialistischen Kämpfer von heute ein klares Bild über Standpunkte, Ziele und Aufgaben der Bewegung [zu] vermitteln". (S. 1)

*Informationen für
den "national-
sozialistischen
Kämpfer
von heute"*

“Die Nationalen e.V.” zeigen gegenüber ehemaligen Mitgliedern verbotener Organisationen keinerlei Berührungängste. Dies belegt beispielsweise die von der Polizei aufgelöste Veranstaltung am 6. September in Cottbus. Zumeist jedoch werden derartige Kontakte und Kooperationen – mehr oder weniger erfolgreich – konspirativ getarnt, um nicht den Verdacht der Fortführung von verbotenen Strukturen zu nähren.

SCHWERDT gibt seit August 1992 die etwa alle zwei Monate erscheinende Publikation “Berlin-Brandenburger. Zeitung der nationalen Erneuerung” (BBZ) als Mitteilungsblatt für das gesamte rechtsextremistische Spektrum heraus. Der Chefredakteur, der Berliner Christian WENDT, gehört zu den eindeutig neonazistisch gesonnenen Meinungsführern der “Nationalen”.

Warum die Umwelt im Kreis Spremberg nicht geschützt werden darf Seite 34

Berlin  Brandenburger
ZEITUNG DER NATIONALEN

Neue  Thüringer Zeitung
STIMME DER NATIONALEN ERNEUERUNG

Bundesverfassungsgericht: Die unheimliche Macht der Richter in den roten Roben Seite 10

Süddeutsche Allgemeine
Nationaler Erneuerung  München-Augsburg-Stuttgart

Skandalurteil in Nürnberg: Ist der Rechtsstaat bereits abgeschafft? Bericht auf Seite 10

Junges Franken 
ZEITUNG DER NATIONALEN ERNEUERUNG

Die BBZ konnte ihre Auflagenstärke 1995 auf über 10 000 Exemplare steigern. Sie erscheint inzwischen im Verbund mit der “Neuen Thüringer Zeitung” (NTZ), dem “Jungen Franken” (JF) und der “Süddeutschen Allgemeinen” (SD), die sich nur durch eigene Regionalteile voneinander unterscheiden.

Das überregional zunehmende Interesse, sich an diesem Zeitungsprojekt zu beteiligen und Einfluß darauf zu gewinnen, erklärt sich auch aus den Umstrukturierungsbemühungen innerhalb des neonazistischen Spektrums: Wenn autonome Kameradschaften an die Stelle fester Strukturen treten und untereinander nur noch lose vernetzt sind, sollen die dadurch entstehenden Integrationsdefizite mit Hilfe überregionaler Projekte ausgeglichen werden.

*überregionale
Zeitungsprojekte*

“Nationales Pressearchiv” (N.P.A.)

Das “Nationale Pressearchiv” in Frankfurt (Oder) existiert seit 1993. Es wird von einem jüngeren Neonazi betrieben. Das “Nationale Pressearchiv” sammelt Veröffentlichungen und andere Materialien von Organisationen und Gruppierungen aus dem gesamten Spektrum des Rechtsextremismus sowie Berichte über die “nationale Rechte” aus der “Systempresse” und Materialien der “Antifa”.



Nationales Pressearchiv (N.P.A.)

Dieses Schriftgut wird nach eigenem Bekunden Interessenten bereitgestellt, um eine Gegenöffentlichkeit im “nationalen” Sinne aufzubauen. Zugleich sollen damit die Anliegen der “Anti-Antifa”-Kampagne unterstützt werden.

1995 erschien erstmals und mit bisher einer Nummer der “Nationale Beobachter” als “Rundbrief des Nationalen Pressearchivs (N.P.A.)”. Er dient erklärtermaßen dem Zweck, “Informationen und Berichte aus aller Welt zu liefern und damit zur Vernetzung in der nationalen Szene beizutragen”. (S. 2). Der Rundbrief gibt Presseartikel und Texte neonazistischer Vereinigungen und Aktivisten wieder, so einen Kommentar des Hamburgers Christian WORCH zu einem Prozeß wegen neonazistischer Wiederbetätigung in Österreich (ebenda, S. 9-10). Er enthält aber auch eigene Beiträge und bietet darüber hinaus Informationen über neonazistische Publikationen, Vertriebe und Skinhead-Bands.

*“zur Vernetzung
der nationalen
Szene beitragen”*

Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen

“Nationaldemokratische Partei Deutschlands” (NPD)



“Nationaldemokratische Partei Deutschlands” (NPD)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1964</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Stuttgart</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Nebenorganisationen (Jugendorganisationen):</i>	<i>“Junge Nationaldemokraten” (JN), “Nationaldemokratischer Hochschulbund” (NHB)</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>4500</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>20</i>
<i>für das Land Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:</i>	<i>“Deutsche Stimme”, “Zündstoff - Deutsche Stimme für Berlin- Brandenburg”</i>

“Mannheimer Urteil”

Anfang 1995 wurde das sogenannte “Mannheimer Urteil” gegen den Bundesvorsitzenden der “Nationaldemokratischen Partei Deutschlands”, Günter DECKERT, – das in der Öffentlichkeit mit Empörung aufgenommen worden war – durch den Bundesgerichtshof aufgehoben. Daraufhin erfolgte im April die inzwischen rechtskräftig gewordene Verurteilung DECKERTs wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung durch das Landgericht Karlsruhe.

Die Vorgänge um ihren Bundesvorsitzenden haben innerhalb der NPD zu einer Zerreißprobe geführt. Viele Mitglieder der NPD betrachten DECKERTs aggressives Auftreten in der Öffentlichkeit, insbesondere die Tatsache, daß er unverhüllt revisionistische Thesen propagiert, inzwischen als parteischädigend, zumal deswegen diverse Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden sind. Der

anhaltende Mitgliederverlust und die miserablen Wahlergebnisse der NPD in den letzten Jahren werden auch dem Bundesvorsitzenden angelastet. Zudem wird DECKERT vorgeworfen, er habe die Parteifinanzen nicht korrekt verwaltet.

Diese Gründe führten dazu, daß DECKERT im September 1995 vom Parteivorstand als Parteivorsitzender abgesetzt wurde. Diese Entscheidung wurde allerdings im November 1995 vom Parteischiedsgericht zurückgenommen. Die Lage innerhalb der NPD-Führung ist zur Zeit unübersichtlich. Inzwischen wurde das Schiedsverfahren vom Parteivorstand für beendet erklärt, da auf Grund der Inhaftierung DECKERTs eine rechtlich zuverlässige Aufklärung der Vorfälle nicht mehr möglich sei. Ihm soll wegen mehrfachen Verstoßes gegen die Parteisatzung eine Rüge erteilt worden sein.

Der gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg der NPD hat sich bei der Auseinandersetzung um die Person DECKERTs eher zurückgehalten. Er wartet eine Entscheidung des Bundesparteitages 1996 ab. Ob dann der Richtungsstreit innerhalb der NPD beendet sein wird, bleibt abzuwarten.

Die Mitglieder der NPD im Land Brandenburg entwickeln kaum eigene Aktivitäten. Allerdings nehmen einige von ihnen regelmäßig an Treffen des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg und an Veranstaltungen der NPD auf Bundesebene teil.

Der NPD-Landesverband pflegte 1995 auch Kontakte zu Vertretern anderer rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen.

Die NPD befindet sich bundesweit seit längerem in einer kritischen Situation. Wegen offensichtlicher Chancenlosigkeit nimmt die NPD kaum noch an Wahlen teil. Ihre Mitgliederzahl war auch 1995 rückläufig.

Die NPD agiert offen gegen die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik, beschwört eine – völkisch-kollektivistisch verstandene – “deutsche Volksgemeinschaft”, fordert ein Deutschland in den Grenzen von 1914 und verbreitet revisionistische Thesen.

1995 nahm die NPD die Gedenkfeiern anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes zum Anlaß, ihr rechtsextremistisches Gedankengut in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Sie versuchte dabei, die deutsche Kriegsschuld zu relativieren, indem sie die Opfer des Holocaust mit deutschen Kriegsoffizieren

*bundesweite
kritische
Situation*

*“Schluß mit der
‘Befreiungs’-Lüge”*

aufrechnete – soweit sie die Schuld des NS-Regimes an der Vernichtung der Juden und am zweiten Weltkrieg nicht überhaupt leugnete. In einer Flugblattaktion der NPD zum 8. Mai 1995, die unter dem Motto “Schluß mit der ‘Befreiungs’-Lüge” stand, wurden die alliierten Truppen als Folterer, Vergewaltiger, Diebe und Brandstifter diffamiert und deren Verhalten gegenüber Deutschland als

Schluß mit der "Befreiungs"-Lüge !!

Vor zehn Jahren wurde durch Richard Freiherr von Weizsäcker die "Befreiungs"-Lüge im Bundestag politisch salonfähig gemacht. Inzwischen ist diese Anstiftung zur Geschichtsfälschung von der offiziellen Politik und einem Großteil der Medien den Deutschen quasi verordnet worden.

Folgende Gesichtspunkte sollen zum 8. Mai sorgfältig ausgeklammert bleiben:

BEFREIER stehlen, brandschatzen und plündern nicht.

BEFREIER foltern, vergewaltigen und morden nicht wehrlose Menschen; dulden und billigen das auch nicht bei anderen "Mitbefreiern".

BEFREIER ...

Verstoß gegen Völker- und Menschenrecht bezeichnet; damit wurden indirekt die Deutschen, in Verdrehung der historischen Tatsachen, zu den eigentlichen Opfern des zweiten Weltkrieges stilisiert. Herausgeber dieses Flugblattes war der Landesverband Berlin-Brandenburg der NPD.

Die NPD agitiert außerdem gegen Ausländer und Asylsuchende. So werden in der Publikation des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg, "Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg", Ausländer generell in die Nähe Krimineller und Betrüger gerückt: bei ihnen sei die "Ausplünderungsmentalität deutscher Sozialkassen weit verbreitet". (Nr. 4/94, S. 9)

*“Zündstoff –
Deutsche Stimme
für Berlin-
Brandenburg”*

Nr. 4/95 - 4. Jahrgang - DM 2,50

ZÜNDSTOFF
Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg

“Junge Nationaldemokraten” (JN)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1969</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Stolberg</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>150</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>Einzelpersonen</i>

*für das Land Brandenburg relevante
überregionale und regionale
Publikationen:*

*“Der Aktivist”,
“Einheit und Kampf”,*

*(dem JN-Landesverband
Berlin-Brandenburg steht
im “Zündstoff – Deutsche
Stimme für Berlin-
Brandenburg” des Landesver-
bandes der NPD eine Seite,
genannt “Denkzettel”, zur
Verfügung)*



**Kein Wahlrecht für
Ausländer**



Michel, wach auf!

**JUNGE
NATIONALDEMOKRATEN**

Die “Jungen Nationaldemokraten”, die Jugendorganisation der NPD, bekennen sich zur Ideologie, zur Zielsetzung und zum Programm der Mutterpartei, artikulieren sich aber zum Teil noch aggressiver als die NPD.

Die JN betrachten sich als “nationale Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft”, die nicht Bestandteil des “Systems” sein will, sondern es bekämpft. Als “national-revolutionäre Kaderorganisation” stehen sie damit in fundamentaler Opposition zum demokratischen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland.

Die JN zeigen keine Berührungsscheu gegenüber Neonazis – selbst aus inzwischen verbotenen Organisationen – und verbünden sich mit ihnen zu gemeinsamen Aktionen; des weiteren engagieren sie sich in der von Neonazis initiierten “Anti-Antifa”-Arbeit.

So meldete der Vorsitzende der JN im Land Brandenburg eine Kranzniederlegung zum traditionell von Neonazis begangenen

Gebt Drogendealern, was Ihnen zusteht!



 **Junge Nationaldemokraten**

Keine Macht den



Zecken



Junge
Nationaldemokraten

“Heldengedenktag” am 19. November 1995 in Gusow an. Als Redner für diese Veranstaltung war auch ein bekannter Neonazi aus Frankfurt (Oder) vorgesehen. Die Veranstaltung wurde durch den zuständigen Polizeipräsidenten verboten.

Zu den JN in Brandenburg gehören nur wenige Einzelmitglieder. Sie finden sich vor allem in der Region Frankfurt (Oder). Manche von ihnen sind allerdings recht aktiv. Sie nehmen regelmäßig an Veranstaltungen der JN auf Bundesebene, aber auch an Treffen anderer rechtsextremistischer Organisationen teil.

Im Lande Brandenburg taucht immer wieder Propagandamaterial der JN auf, das sich gegen sogenannte “Zecken” (Gegner

aus dem “linken Spektrum”) wendet, aber auch typische NPD-Themen aufgreift.

*“Fortführung des
Krieges mit
anderen Mitteln”*

8. Mai 1945 - 8. Mai 1995

Wir feiern nicht!!

1945 - DEUTSCHLANDS
NIEDERLAGE

1995 - DER KRIEG
MIT ANDEREN MITTELN?
Masseneinwanderung

**Schluß
mit der Befreiungslüge!**

Junge Nationaldemokraten
Nationaldemokratische Partei
Deutschlands

So gaben die “Jungen Nationaldemokraten” ein eigenes Flugblatt zum 50. Jahrestag des Kriegsendes unter dem Motto “Schluß mit der Befreiungslüge” heraus.

Dieses Flugblatt verharmlost nicht nur die deutsche Kriegsschuld, sondern deutet gleichzeitig an, daß die Einreise Asylsuchender in die Bundesrepublik als “Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln” zu betrachten sei.

“Deutsche Volksunion” (DVU)

“Deutsche Volksunion” (DVU)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>(1971) 1987</i>
<i>Sitz:</i>	<i>München</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>weit unter 20.000</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>40</i>
<i>überregionale Publikationen:</i>	<i>“Deutsche Wochenzeitung/ Deutscher Anzeiger” (DWZ/DA), “Deutsche National-Zei- tung” (DNZ)</i>



Die “Deutsche Volksunion” in Brandenburg hat sich 1995 umstrukturiert: Am 28. Juli meldete die “Deutsche National-Zeitung” den Zusammenschluß der Landesverbände Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Landesverband.

Der DVU-Landesverband Brandenburg hat damit noch nicht einmal zwei Jahre eigenständig zu existieren vermocht. (Er war nach mehreren vergeblichen Anläufen am 28. August 1993 gegründet worden.) Die wenigen, zumeist inaktiven Mitglieder sollen durch die Fusion offenbar wieder stärker an die Partei gebunden werden.

Die Partei “Deutsche Volksunion” ist aus dem 1971 gegründeten Verein “DVU e.V.” hervorgegangen. Dieser Verein war als “national-freiheitliches” Sammel- und Auffangbecken für Rechtsextremisten konzipiert. Um ihn herum gruppieren sich etliche “Aktionsgemeinschaften”, die vor allem der Rekrutierung neuer Mitglieder dienen. Alle Vereinsmitglieder wurden 1991 in die Partei DVU überführt.

Auf Grund seiner einträglichen Tätigkeit als Verleger hatte der Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY bisher keine Schwierigkeiten, die Politikinhalte, die Personalfragen und das Finanzgebaren der DVU wesentlich zu bestimmen.

Die von FREY herausgegebenen Wochenzeitungen “Deutsche National-Zeitung” (DNZ) und “Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger” (DWZ/DA) sowie die von ihm verbreiteten Rundbriefe sind die wichtigsten Quellen, die über Ziele, Planungen und Aktivitäten der DVU und ihres Bundesvorsitzenden Auskunft geben.

Diese Publikationen zielen darauf ab, das deutsche Geschichtsbild zu revidieren und Widerstand gegen die vermeintliche Fremdbestimmung der Deutschen zu wecken.

Angeprangert wird die "sadistische Siegerwillkür" nach dem zweiten Weltkrieg. Von führenden Politikern sowie den Medien wird behauptet: "Täglich, ja beinahe stündlich wird dem an Unterten des Dritten Reiches gänzlich unbeteiligten deutschen Bürger die Vorhaltung von Kollektivverantwortung und Kollektivhaftung gemacht. In konzertierten Aktionen erklärt die vereinigte antideutsche Meinungsindustrie die Millionen Opfer unseres eigenen Volkes zu Tätern und unser Land wird Ort für Ort und beinahe Straße für Straße mit Mahnmalen deutscher Schandtaten vollgepflastert." (DWZ/DA Nr. 21 vom 19. Mai 1995, S. 1) Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus wird als "selbsterstörerisch" angeprangert; sie entspränge lediglich dem durch "Umerziehung aufgezwungenem Schuldgefühl" der Deutschen. (DWZ/DA, Nr. 8 vom 17. Februar 1995, S. 1)



Die DVU schürt in ihren Publikationen außerdem Ressentiments gegen in Deutschland lebende Ausländer. Die dabei am häufigsten verwendeten Vokabeln sind "Überfremdung", "Asylbetrug", "Ausländerkriminalität" und "Ausländerkrieg". Mit Hilfe tenden-

ziöser Artikel soll der Eindruck geweckt werden, daß Ausländer eine Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik seien.

Antisemitische Stimmungen werden dadurch erzeugt, daß die Integrität von Repräsentanten des Staates Israel sowie von namhaften Sprechern der Deutschen jüdischer Abkunft in Frage gestellt wird. Das geschieht mit direkten oder verbrämten Angriffen.

Bundesweit im Abwärtstrend, schaffte die DVU lediglich bei den Wahlen in Bremerhaven – einer ihrer "Hochburgen" – wiederum den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung. Allerdings verlor sie auch hier die Hälfte ihrer Stimmen und kam nur knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Bei anderen Wahlgängen, zu denen sie 1995 antrat, ist sie stets gescheitert. Im Land Brandenburg hat sich die DVU – wohl in zutreffender Abschätzung ihrer minimalen Erfolgsaussichten – noch nie an Wahlen beteiligt.

“Deutsche Liga für Volk und Heimat” (DLVH)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1991</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Berlin</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1992</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>900</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>50</i>
<i>für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:</i>	<i>“Nation und Europa - Deutsche Rundschau”, der DLVH nahestehend</i>

Die “Deutsche Liga für Volk und Heimat” (DLVH) ist am 3. Oktober 1990 als “Sammlungsbewegung” angetreten, um die “Zersplitterung der rechten Kräfte” zu überwinden. Doch schon bald zeichnete sich ab, daß die DLVH, mit etwa 900 Mitgliedern die kleinste der vier rechtsextremistischen Parteien mit gewissem Einfluß, entgegen ihrer Absicht den Spaltungstendenzen im rechtsextremistischen Spektrum weiter Vorschub geleistet hat.

Entsprechend ihrer Zielsetzung wendet sich die DLVH gegen die Abgrenzungsbeschlüsse anderer rechtsextremistischer Parteien und schließt ihrerseits Mitglieder anderer Organisationen nicht aus ihren Reihen aus. In einigen Bundesländern ist sie maßgeblich an sogenannten “Runden Tischen” beteiligt. Diese sind der jüngste Versuch organisierter und unorganisierter Rechtsextremisten, mit “Appellen” und “Erklärungen” alle erreichbaren Anhänger und Sympathisanten zu sammeln.

Auch in Brandenburg und Berlin strebt die DLVH – die hier einen gemeinsamen Landesverband unterhält – die Vereinigung des rechtsextremistischen Spektrums an. Selbst gegenüber Neonazis zeigt sich der DLVH-Landesvorstand offen. So gibt es Doppelmitgliedschaften bei der DLVH und den “Nationalen”. Am 10. Juni veranstaltete die DLVH gemeinsam mit den “Nationalen” eine Dampferfahrt von Eberswalde-Finow zum Schiffshebewerk Finowfurt (siehe auch Seite 49). Am 25. Februar fand in Parstein eine Versammlung von DLVH-Mitgliedern statt, die zwar als Gründungsveranstaltung des Kreisvorstandes Uckermark bei der Polizei angemeldet, dann aber offiziell abgesagt worden war. Im

*“Appelle” und
“Erklärungen”
sollen Anhänger
sammeln.*

Anschluß stellte die Polizei fest, daß unter den Teilnehmern neonazistisches Propagandamaterial verteilt worden war. Zum Volkstrauertag am 19. November, der von Rechtsextremisten als "Heldengedenktag" gefeiert wird, meldete der DLVH-Landesverband eine Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof bei Schwedt an. Sie wurde polizeilich verboten (siehe auch Seite 24). Seit der damalige Vorsitzende des DLVH-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Frank SCHWERDT, wegen seiner Zusammenarbeit mit Neonazis vom Schiedsgericht der Bundespartei Ende 1993 seines Amtes enthoben wurde, befindet sich der Landesverband Berlin-Brandenburg in einem desolaten Zustand. Davon hat er sich auch 1995 nicht erholt. Nach vorangegangenen innerparteilichen Querelen wurde der Parteivorstand auf dem Landesparteitag am 19. August 1995 in Parstein erneut abgelöst.

Der gesamte Landesverband Berlin-Brandenburg umfaßt derzeit etwa 50 Mitglieder, von denen aber kaum mehr als ein Dutzend aktiv am Parteileben teilnimmt. So beschränken sich die Organisationsstrukturen und Aktivitäten in Brandenburg auf zwei Stützpunkte (in der Uckermark und in Fürstenwalde). In Peitz ist die DLVH seit den Kommunalwahlen am 5. Dezember 1993 mit einem Mandat in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Das Führungstrio der Bundesparteisprecher, Harald NEUBAUER, Jürgen SCHÜTZINGER und Ingo STAWITZ, wurde auf dem Bundesparteitag am 14. Oktober 1995 in Pommersfelde/Bayern im Amt bestätigt. Ein Parteimitglied aus Brandenburg wurde zum Beisitzer gewählt.

Die DLVH konnte ihre Mandate, die sie auf Grund vereinzelter Übertritte enttäuschter Abgeordneter anderer rechtsextremistischer Parteien in Kommunalparlamenten und Landtagen innehatte, bei den Wahlen 1995 nicht halten.

Obwohl das Parteiprogramm der DLVH zurückhaltend formuliert ist, verrät es doch ansatzweise eine nationalistische, völkisch-kollektivistische, antisemitische, ausländerfeindliche und antipluralistische Grundhaltung, die hingegen in Flugblättern und in der der DLVH nahestehenden Monatszeitschrift "Nation und Europa", aber auch auf Parteiveranstaltungen unverhüllt zum Ausdruck kommt.

Das Flugblatt "Was sagen Sie dazu?" schürt Ausländerfeindlichkeit, indem es einen Gegensatz zwischen zahlenden, ausgenutzten Deutschen einerseits und kostspieligen, kriminellen Ausländern andererseits aufbaut: "Jährlich werden 300 Milliarden Mark an

Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Kindergeld und Unterkunft an Ausländer inner- und außerhalb von Deutschland gezahlt. Hinzu kommen etliche Millionen an Wiedergutmachungszahlungen für die vermeintlichen Verbrechen unserer Vorväter. Gleichzeitig entsteht unserem Land ein unermeßlicher Schaden durch die extrem hohe Kriminalität der Ausländer." Die sozialen und finanziellen Probleme, genannt werden Kriminalität und Drogen, Steuern und Sozialleistungen, Wohnraum, Arbeitsplätze, Kindergartenplätze und innere Sicherheit, sollen durch "Rückführung" der "fremdvölkischen Menschenmassen" gelöst werden.

*Hetze gegen
Ausländer*

“Die Republikaner” (REP)



*kaum Aktivitäten
in Brandenburg*

*anhaltende
Austrittswelle*

62

“Die Republikaner” (REP)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1983</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Berlin</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>unter 20.000</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>500</i>
<i>Teil-/Nebenorganisationen:</i>	<i>“Arbeitskreise Republikanischer Jugend” (RJ), “Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten” (RepBB)</i>
<i>für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:</i>	<i>“Der Republikaner”</i>

Auch im Jahr 1995 entfaltete der Landesverband Brandenburg der “Republikaner” kaum Aktivitäten.

Die Mitgliederzahl des in Kreis- und Ortsverbände gegliederten Landesverbandes nahm wiederum ab. Sie liegt derzeit bei 500 Mitgliedern. Davon beteiligen sich allerdings nur sehr wenige aktiv an der Parteiarbeit. Die meisten Mitglieder gehören dem Landesverband eher nominell an.

“Die Republikaner” in Brandenburg müssen weiterhin als rechtsextremistisch eingestuft werden, wenn auch nicht jedem einzelnen Mitglied eine rechtsextremistische Haltung unterstellt werden kann. Vor allem die mangelnde Distanz der REP zu anderen rechtsextremistischen bzw. neonazistischen Organisationen rechtfertigt diese Bewertung.

So lehnte der Landesvorsitzende, Prof. Dr. Wolfgang KURZWEG, in einem Interview mit der “Berlin-Brandenburger Zeitung”, dem Mitteilungsblatt der neonazistischen Organisation “Die Nationalen e.V.”, Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Parteien nicht ab (Nr. 15 vom Februar/März 1995, S. 15). Solche Kontakte werden im Einzelfall durchaus gesucht.

Auch auf Bundesebene befinden sich die REP im Abwärtstrend. Die Mitgliederzahlen sind im Jahr 1995 gesunken. Von der anhaltenden Austrittswelle blieb selbst die Führungsspitze nicht verschont.

Bei den Wahlen 1995 in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin war die Partei zwar angetreten, konnte aber nirgendwo landesweit den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen. Mit fast drei Prozent erhielt sie in Berlin ihr mit Abstand bestes Ergebnis.

Grund für diesen Niedergang war vor allem der Streit zwischen dem derzeitigen Vorsitzenden, Rolf SCHLIERER, und der eigentlichen Symbolfigur der "Republikaner", ihrem früheren Vorsitzenden Franz SCHÖNHUBER.

Während SCHLIERER anstrebt, die REP als Wahlpartei rechts von der "politischen Mitte" zu etablieren und nach außen einen gemäßigten Ton anschlägt, um die Partei nicht in Zusammenhang mit rechtsextremistischen Gruppierungen zu bringen, vertritt SCHÖNHUBER seine rechtsextremistischen Ansichten offen. Er hat wiederholt gegen den "Unvereinbarkeitsbeschluß" des Ruhstorfer Bundesparteitages der REP von 1990 Stellung bezogen.

Differenzen

SCHÖNHUBER ist es nicht gelungen, den Richtungskampf zu seinen Gunsten zu entscheiden. Im November 1995 zog er daraus die Konsequenzen und trat aus der Partei aus. Gleichwohl findet seine Haltung in der Partei weiterhin viele Anhänger. Inzwischen haben mehrere Landesverbände der REP an sogenannten "Runden Tischen" mit anderen rechtsextremistischen Parteien, etwa der NPD und der DLVH, teilgenommen.

Gerade die Landesverbände in den ostdeutschen Bundesländern sympathisieren mit SCHÖNHUBERs Einstellung. Das gilt auch für den Landesverband Brandenburg. Dennoch vermochte er sich mit dem Bundesvorsitzenden SCHLIERER zu arrangieren.

Viele REP-Mitglieder in Ostdeutschland sehen den Richtungsstreit jedoch als Intrigenspiel westdeutscher Parteifunktionäre an. Auch deshalb verbreitete sich im Landesverband Brandenburg Resignation und politische Passivität.

Richtungsstreit

Explizit fremdenfeindliche Äußerungen der REP haben 1995 abgenommen; dafür mußten aber verstärkt Angriffe auf die freiheitliche Demokratie und das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland registriert werden.

Auf dem Landesparteitag der REP in Baden-Württemberg am 13. Mai sprach zum Beispiel SCHLIERER von einem "zunehmenden Gesinnungstotalitarismus" in der Bundesrepublik Deutschland. Diesen Vorwurf wiederholte er auf dem "Republikaner-Tag" am 3. Oktober in Stuttgart und stellte gleichzeitig die Behauptung auf, daß die Parallelen zu den Zuständen in der ehemaligen DDR immer deutlicher würden.

*“Umerziehungs-
Agitation”*

Des weiteren boten die Gedenkfeiern anlässlich des 8. Mai 1945 den REP – wie auch anderen rechtsextremistischen Parteien – Anlaß, die Kriegsschuld Deutschlands zu relativieren. Gleichzeitig nutzten sie dieses Ereignis, um die “Umerziehungs-Agitation” fortzuführen: Die freiheitliche Demokratie der Bundesrepublik wird zu einem von den alliierten Mächten aufgezwungenen “angelsächsischen Demokratiemodell” und damit für illegitim erklärt.

*“Arbeitskreise
Republikanischer
Jugend”*

Ungeachtet des Rückgangs fremdenfeindlicher Äußerungen bei den REP wird innerhalb der Partei weiterhin die Auffassung vertreten, daß fast alle Probleme in der Bundesrepublik auf die sogenannte “massenhafte Einwanderung von Ausländern” und den dadurch angeblich bedingten “Verlust der nationalen und kulturellen Identität Deutschlands” zurückzuführen seien.

Die “Republikaner” verfügen über keine selbständige Jugendorganisation. Laut Satzung sind aber auf jeder Parteiebene weisungsgebundene **“Arbeitskreise Republikanischer Jugend” (RJ)** für Mitglieder im Alter zwischen 18 und 30 Jahren zu bilden.

Ihr Aufbau geht im gesamten Bundesgebiet nur schleppend voran. In Brandenburg sind keine Arbeitskreise der RJ bekannt geworden.

*“Republikanischer
Bund der
öffentlichen
Bediensteten”*

Laut Satzung ist der **“Republikanische Bund der öffentlichen Bediensteten” (RepBB)** ein Zusammenschluß aller im öffentlichen Dienst beschäftigten Parteimitglieder. Er wolle durch die “besondere Treueverpflichtung seiner Mitglieder gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung” dokumentieren, daß die Partei “fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht und aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt”.

Gegründet wurde der RepBB 1993. Inhaltlich unterscheidet er sich nicht von den Zielen der “Republikaner”. In Brandenburg trat er bisher nicht hervor.

Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten

Rechtsextremisten und vor allem Neonazis pflegen Kontakte zu ausländischen Gesinnungskameraden. Die Motivation dafür liegt einerseits im ausgeprägten Prestigebewußtsein dieser Gruppen und ihrer Anführer begründet, da Kontakte zu namhaften Rechtsextremisten das eigene Renommee und das der Gruppe aufwerten. Aus demselben Grund engagieren sich Neonazis verbal für die Freilassung inhaftierter ausländischer Kameraden. 1995 stand dabei der Einsatz für den österreichischen Neonazi Hans Jörg SCHIMANEK im Mittelpunkt. SCHIMANEK wurde wegen seiner führenden Funktion bei der österreichischen Neonazi-Organisation "Volks-treue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO) zu acht Jahren Haft verurteilt. In den "Nachrichten der HNG" wurde regelmäßig seine Freilassung gefordert: "Neues Terrorurteil in Österreich – 15 Jahre Gesinnungshaft für Hans Jörg Schimanek – Solidarität ist unsere Waffe! Freiheit für Hans Jörg Schimanek! Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen!" ("Nachrichten der HNG", Nr. 172 vom Mai 1995, S. 13)

"Solidarität ist unsere Waffe!"

Andererseits geht es bei internationalen Kontakten auch um hand-feste strategische Interessen, etwa um sich Möglichkeiten zu eröffnen, Veranstaltungen aus Deutschland ins Ausland zu verlegen.

Verlegung von Veranstaltungen ins Ausland

Um den deutschen Sicherheitsbehörden auszuweichen, schlossen sich am 19. August etwa 25 deutsche Neonazis einem von der "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB) organisierten Marsch durch die dänische Kleinstadt Roskilde an. Insgesamt beteiligten sich etwa 150 Neonazis an dieser Veranstaltung. Der Aufmarsch wurde von etwa 400 Gegendemonstranten des linksextremistischen autonomen Spektrums gestört.

Die Verlegung von Veranstaltungen ins Ausland ist innerhalb der neonazistischen Szene umstritten, da sie teilweise als Kapitulation vor den Sicherheitsbehörden angesehen wird.

Unumstritten sind jedoch Reisen zu größeren internationalen Treffen von Rechtsextremisten im Ausland.

Am 26. August nahmen, wie schon im Vorjahr, etwa 250 deutsche Rechtsextremisten an der jährlichen "Ijzerbedevaart" der flämischen Nationalisten in Diksmuide/Belgien teil. Neben Skinheads stellten Mitglieder der NPD und der JN das größte Kontingent der deutschen Teilnehmer, von denen 140 nach schweren Ausschreitungen nach Deutschland abgeschoben wurden.

*Belieferung mit
Propaganda-
material*

Von sehr viel höherer Bedeutung als die unregelmäßigen internationalen Treffen ist die logistische Unterstützung, die Neonazis aus dem Ausland erhalten – vor allem durch die **Belieferung mit Propagandamaterial**.



Vom 18. bis 20. November nahmen etwa 200 deutsche Rechtsextremisten an den Feierlichkeiten teil, die von spanischen Rechtsextremisten jährlich anlässlich der Todestage von General Francisco FRANCO und José Antonio PRIMO DE RIVERA in Madrid veranstaltet werden. Der deutsche Teilnehmerkreis setzte sich vor allem aus Mitgliedern der NPD und der JN sowie ehemaligen Mitgliedern der verbotenen FAP zusammen.

Über seine sogenannte "Auslandszentrale" in Lincoln/Nebraska schmuggelte Gary Rex LAUCK, der sich selbst als "Propaganda-leiter" der NSDAP/AO bezeichnet, seit Jahren größere Mengen von neonazistischem Propagandamaterial auch in die Bundesrepublik. Die Bezieher erhielten das in den USA legal hergestellte NSDAP/AO-Propagandamaterial konspirativ, mit Hilfe von Tarnabsendern, und verteilten es weiter an Interessenten im Bundesgebiet, die es bei zahlreichen Klebe- und Verteilaktionen verwendeten. Die NSDAP/AO in Deutschland ist im wesentlichen mit diesem konspirativen Verteilernetz identisch.

Im "NS-Kampfruf", der alle zwei Monate erscheinenden deutschen Version des NSDAP/AO-Organs "The New Order", wird unverhüllt eine Restauration des NS-Regimes propagiert und auch zum "bewaffneten Widerstand" gegen die Personen aufgerufen, die "verantwortlich sind für die jetzige Terrorwelle gegen die Untergrundkämpfer im Reichsgebiet. Eines Tages werden diese Politbonzen ihrer absolut notwendigen Beseitigung hinzugeführt werden!". (Nr. 114 vom Juli/August 1995, S. 12)

Diese Drohung wurde durch den Abdruck eines Bildes des Generalbundesanwalts Kay NEHM konkretisiert. Mitauslöser für solche Angriffe dürften die von der Staatsanwaltschaft Hamburg bundesweit veranlaßten Durchsuchungen im März 1995 bei den Beziehern des oben genannten Propagandamaterials sein. Im Rahmen dieser Maßnahme fanden auch in Brandenburg bei vier Personen Durchsuchungen statt. Gleichzeitig konnte Gary LAUCK in Dänemark festgenommen werden. Seit seiner Auslieferung im September 1995 sitzt er in Hamburg in Untersuchungshaft.

Nach diesem erfolgreichen Schlag gegen die NSDAP/AO haben in Brandenburg keine größer angelegten Propagandaaktionen mehr stattgefunden. Es sind nur noch vereinzelt Aufkleber aufgetaucht. Inwieweit es aus den verbliebenen NSDAP/AO-Strukturen im In- und Ausland heraus gelingt, das bisherige Verteilernetz ohne LAUCK zu reorganisieren, bleibt abzuwarten. Als eine Ausweichmöglichkeit anstelle des Postversands bietet sich jetzt schon das Internet an.



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

Nummer 114

Juli/August 1995 (108).

Der ehemals führende Aktivist der 1992 verbotenen NF, Meinolf SCHÖNBORN, nutzte 1995 das benachbarte Ausland (Dänemark, Niederlande), um die Produkte und Schriften seines Versandhandels von dort aus zu vertreiben. Von den Niederlanden aus verschicktes Material tauchte auch in Brandenburg auf.

Seit einigen Jahren versuchen Rechtsextremisten, im Rahmen einer **Revisionismus-Kampagne**, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen oder zu leugnen. Die Mehrzahl dieser Schriften wird von ausländischen oder im Ausland lebenden Rechtsextremisten verfaßt und versandt.

Deutsche Neonazis tauchen vereinzelt in Südafrika auf, wo sie offenbar Kontakte zur "Afrikaner Weerstandsbewegung" (AWB) suchen. Mittlerweile hat die AWB ein Verbindungsbüro in Deutschland eröffnet.

Deutsche Rechtsextremisten, darunter auch Brandenburger, haben sich als Söldner bei den verschiedenen Bürgerkriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien verdingt. Wegen ihrer Kampferfahrung und ihrer Beteiligung an Morden und anderen schweren Verbrechen im Kriegsgebiet mußte befürchtet werden, daß sie nach ihrer Rückkehr ein hohes Gefahrenpotential in Deutschland darstellen würden. Bisher sind aber keine Fälle bekannt geworden, bei denen solche Rechtsextremisten ihre Erfahrungen in rechtsterroristische Aktivitäten umgesetzt hätten. Es liegen jedoch Hinweise darauf vor, daß ehemalige rechtsextremistische Söldner Waffen aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland mitgenommen haben und diese in Depots lagerten.

Da die rechtsextremistische Skinheadszenen eher rassistisch als nationalistisch orientiert ist, stehen dort, im Gegensatz zur neonazistischen Szene, einer internationalen Kooperation kaum ideologische Barrieren entgegen. Deutsche Skinhead-Aktivisten (Band-Mitglieder, Konzertorganisatoren, Herausgeber von Fanzines) pflegen deshalb intensiven Kontakt zu Gesinnungskameraden in West- und Osteuropa.

*Revisionismus-
Kampagne*

*"Afrikaner
Weerstandsbewegung"*

*rechtsextremistisch
orientierte
Jugendszene
existiert fort*



Ausblick

Wenn auch die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahre 1995 im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal zurückgegangen ist, so existiert gleichwohl das Phänomen einer rechtsextremistisch orientierten Jugendszene fort, aus der heraus in der Regel solche Gewalttaten begangen werden. So erscheint einerseits die Hoffnung begründet, daß die von Rechtsextremisten ausgehende Gewalt mit Hilfe repressiver und präventiver Maßnahmen weiter zurückgedrängt werden kann. Andererseits muß weiter mit lokalen Jugendcliquen gerechnet werden, die mindestens latent gewaltbereit bleiben.

Jugendliche in solchen Cliques bleiben anfällig für rechtsextremistische und insbesondere neonazistische Vorstellungen. Vor allem die rechtsextremistische Skinheadszene vermag es durch ihren Anspruch, eine internationale Subkultur zu vertreten, Jugendliche für sich zu begeistern. Die Verbindung von aufpeitschender Musik und aggressiven Texten, Alkohol, martialischem Aussehen und Verhalten übt auf bestimmte Jugendliche beiderlei Geschlechts ihren Reiz aus. In einer solchen Atmosphäre ist es bisweilen nur ein kleiner Schritt von einer allgemeinen destruktiven Grundhaltung zu Gewalttaten gegen als "Feinde" wahrgenommene Personengruppen wie Ausländer, Homosexuelle, "Zecken", Obdachlose usw.

Da sich eine rechtsextremistische Gesinnung bei den Mitgliedern solcher Cliques nur in Ausnahmefällen schon dauerhaft verfestigt hat, ist eine zielgerichtete Bildungs- und Erziehungsarbeit in Schulen und anderen Institutionen, die Verständnis für die demokratischen Grundnormen und die elementaren Formen des menschenwürdigen Umgangs miteinander vermittelt, erfolgversprechend. In vielen Städten Brandenburgs arbeiten bereits verschiedene Institutionen und Projektträger zusammen, um dem Abgleiten von Jugendlichen in gewalttätige Cliques vorzubeugen. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg wirkt an ausgewählten Projekten dieser Art beratend mit, etwa in Rathenow, Guben und Senftenberg (siehe auch Seite 13). Sie wird diese Arbeit 1996 weiter intensivieren.

Das von einem Berliner Neonazi betriebene "Nationale Info-Telefon Berlin" brachte in seiner Sonderansage zum Jahreswechsel 1995/1996 folgende Hoffnung zum Ausdruck:

"Die ständigen Verbote nationaler Versammlungen haben es aber endlich ermöglicht, die verschiedenen nationalen Strömungen zu

*zielgerichtete
Bildungs- und
Erziehungsarbeit*

bündeln und zu einem geschlossenen Vorgehen zu motivieren. Darüber hinaus haben die staatlichen Maßnahmen die notwendige geistige Radikalisierung der nationalen Szene bewirkt. [...] Das Jahr 1996 wird die nationale Szene weiter voranbringen. Die Gewißheit, die Wahrheit und die Biologie weltanschaulich hinter sich zu wissen, möge der nationalen Arbeit einen großen Schub geben.“ (Ansage vom 29. Dezember 1995)

Diese Einschätzung verrät krampfhaften Zweckoptimismus. Die bundesweit, gerade aber auch in Brandenburg verfolgte strikte Verbotspraxis gegenüber neonazistischen Veranstaltungen und Vereinigungen verunsichert und lähmt die “nationale Szene” erheblich. Die Reaktion des neonazistischen Spektrums darauf – das Bemühen, konspirativ und auf hohem kommunikationstechnischem Niveau agierende Gruppen zu formieren – ist eher als Weg in einen schwer aufzuklärenden Rückzugsraum zu verstehen. Die Anforderungen, die diese Strategie an die einzelnen Aktivisten stellt, werden exemplarisch im neonazistischen Strategieorgan “Umbruch” aufgezählt:

Die Aktivisten “sollten sich von den bekannten rechten Gruppierungen fernhalten, sollten jede Zuordnung zum nationalen Spektrum unmöglich machen, also nicht durch Haarschnitt, Kleidung, Aufnäher usw. erkennbar sein. [...] Nichts darf diese Kameraden als Nationalisten identifizieren. Alles, was sie als Vertreter unserer Weltanschauung auszeichnet, muß sich in ihren Herzen und Köpfen befinden.” (“Umbruch”, Nr. 7 vom April 1995, S. 2)

Diesen Ansprüchen werden nur wenige Aktivisten gerecht werden können und wollen. Die Attraktivität, die der Neonazismus in Deutschland für bestimmte junge Männer hatte, beruhte vor allem darauf, daß er das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe vermittelte, die sich mit demonstrativer Provokanz gemeinsam, uniformiert und öffentlichkeitswirksam zur Schau stellte. Die Arbeit im konspirativen Untergrund kann diese gemeinsamkeitsstiftenden Elemente nicht bieten. Mitglieder- und Motivationsverluste werden deshalb auch 1996 das neonazistische Spektrum nicht verschonen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diejenigen Aktivisten, die trotz des staatlichen Verfolgungsdrucks weiterhin rechtsextremistisch agieren wollen, sich fanatisieren. Ihre dadurch zunehmende Militanz könnte sich im schlimmsten Falle zu einem “Terrorismus von rechts” verdichten.

In neonazistischen Publikationen, unter anderem im Strategieorgan

*Zweckoptimismus
der “nationalen
Szene”*



“Umbruch”, häufen sich Forderungen, die in jüngster Zeit vernachlässigte “Anti-Antifa”-Arbeit wieder zu verstärken und den “Volksfeind” auszukundschaften, wobei der “Volksfeind” folgendermaßen definiert wird:

“Jeder, der sich gegen die nationale Sache direkt oder indirekt ausspricht, ist Volksfeind. Jeder, der gegen nationale Gruppierungen und deren Anschauungen agitiert, stellt sich gegen das Volk, denn wir vertreten das Volk.

Jeder, der bereit ist, gegen uns in Wort und Tat vorzugehen, um seinen Beruf, seine Stellung, seine Machtposition, sein Ansehen oder sein Geld nicht zu verlieren oder zu gefährden (Behörden, Polizisten, Journalisten usw.), ist unser Gegner, denn er stellt sich gegen das Volk.

Jeder, der dazu beiträgt, in unserer Heimat Sitte, Kultur, Brauchtum, Sprache und überhaupt das gesunde Volksempfinden durch zersetzende, perverse und dekadente ‘Kultur’veranstaltungen, entartete Kunst usw. zu zerstören bzw. zu ‘ersetzen’, ist unser Gegner.” (“Umbruch”, Nr. 10 vom November 1995, S. 15)

Was genau mit den über den “Volksfeind” gesammelten Informationen geschehen soll, wird im “Umbruch” nur verklausuliert angedeutet, die militante Zielrichtung ist jedoch klar erkennbar: “Um auf Dauer den Widerstand aufbauen zu können, ist es notwendig, gemeinsam das Feuer unseres Hasses dorthin zurückzutragen und zu entzünden, wo wir uns mit seinen zerfressenden Keimen angesteckt haben.” (ebenda, S. 6)

Außer solchen Strategiepapieren kursieren in der Szene auch Handbücher zum Bau von Sprengvorrichtungen und zur Anwendung von Waffen.

Eine Entwicklung terroristischer Strukturen analog zur linksterroristischen RAF ist allerdings momentan nicht erkennbar. Anschläge von Einzeltätern oder Kleinstgruppen können jedoch nie ganz ausgeschlossen werden.

Der Abwärtstrend der rechtsextremistischen Parteien sowohl in der Wählergunst als auch beim Mitgliederbestand setzt sich fort. Auch im Blick auf die Wahlen 1996 kann für sie kein erfolgreiches Abschneiden prognostiziert werden. Dieser Einschätzung schließen sich sogar Teile der rechtsextremistischen Szene an. Das “Nationale Info-Telefon Berlin” verkündete zum Jahreswechsel: “Die organisierte Rechte wird es allerdings schwer haben, auch nur ansatzweise eine wählbare Partei zu präsentieren.” (Ansage vom 2. Januar 1996)

Die Bündnisbestrebungen bisher rivalisierender Parteien gewannen zwar 1995 durch die Vielzahl von "Runden Tischen" an Substanz, haben allerdings nicht zu konkreten Vereinbarungen geführt. Bündnisdiskussionen um "Sammlungsbewegungen", die in manchen Überlegungen selbst Neonazis einschließen, und Neugründungen werden auch 1996 nicht nachlassen, vor allem dann, wenn sich bei der relativ erfolgreichsten Partei unter ihnen, den "Republikanern", nach weiteren Wahlniederlagen die Abspaltungs- und Auflösungstendenzen verstärken. Die Struktur der rechtsextremistischen Parteienlandschaft ist weiterhin höchst instabil. Solange das in Parteien organisierte rechtsextremistische Spektrum keine neuen, erfolgversprechenden Agitationsfelder und keine eindrucksvollen Leitfiguren findet, wird es bei Wahlen eine unerhebliche Größe sein.

Mitgliederzahlen* (z.T. geschätzt)

	<i>Bundesrepublik Deutschland</i>		<i>Brandenburg</i>	
	1994	1995	1994	1995
militante Angehörige rechtsextremistischer Cliques	5.400	gleichbleibend	500	500
unorganisierte Neonazis	1.150	steigend	keine Angaben	100
HNG	340	abnehmend	10	Einzelpersonen
IHV	20	abnehmend	Einzelpersonen	Einzelpersonen
Die Nationalen e.V. einschließlich JNS	100	zunehmend	40	110
NPD	4.500	gleichbleibend	20	20
JN	150	gleichbleibend	Einzelpersonen	Einzelpersonen
DVU	20.000	stark abnehmend	40	40
DLVH	900	gleichbleibend	35	50
REP	20.000	abnehmend	600	500

* Da das Bundesministerium des Innern für 1995 noch keine Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen und Personenzusammenschlüsse veröffentlicht hat, werden, als Vergleich zu den in Brandenburg für 1995 ermittelten Zahlen, im Blick auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland die Zahlen für 1994 und deren absehbare Modifikation für 1995 in Form von Trendangaben aufgeführt.

Rechtsextremistische Straftaten im Land Brandenburg*

	1994	1995
versuchte Tötung	0	0
Körperverletzung	68	47
Brandstiftung	3	1
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Störung des öffentlichen Friedens	28	14
Sachbeschädigung	35	15
Volksverhetzung	27	38
Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	436	239
sonstige	97	90
gesamt	694	444
davon: fremdenfeindlich	156	86
antisemitisch	34	24

* Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des Landeskriminalamtes Brandenburg. Die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

2. Linksextremismus

Linksextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

Autonome

Das Potential gewaltbereiter Linksextremisten besteht – von terroristischen Kleingruppen im engeren Sinne abgesehen – überwiegend aus anarchistisch oder anarcho-kommunistisch orientierten Autonomen. Ihre Zahl ist im Vergleich mit den Vorjahren etwa konstant geblieben. Gemeinsames Merkmal der eher ideologiefreudigen Autonomen ist die Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens in herrschaftsfreien Räumen (“Nischen”).

Obwohl die Autonomen von ihrem Selbstverständnis her feste Organisationsstrukturen an sich ablehnen, haben Teile des autonomen Spektrums den 1992 begonnenen Versuch, ihre politische Arbeit in verbindlichen Formen zu strukturieren, fortgesetzt – trotz des Widerspruchs in anderen Bereichen der Szene.

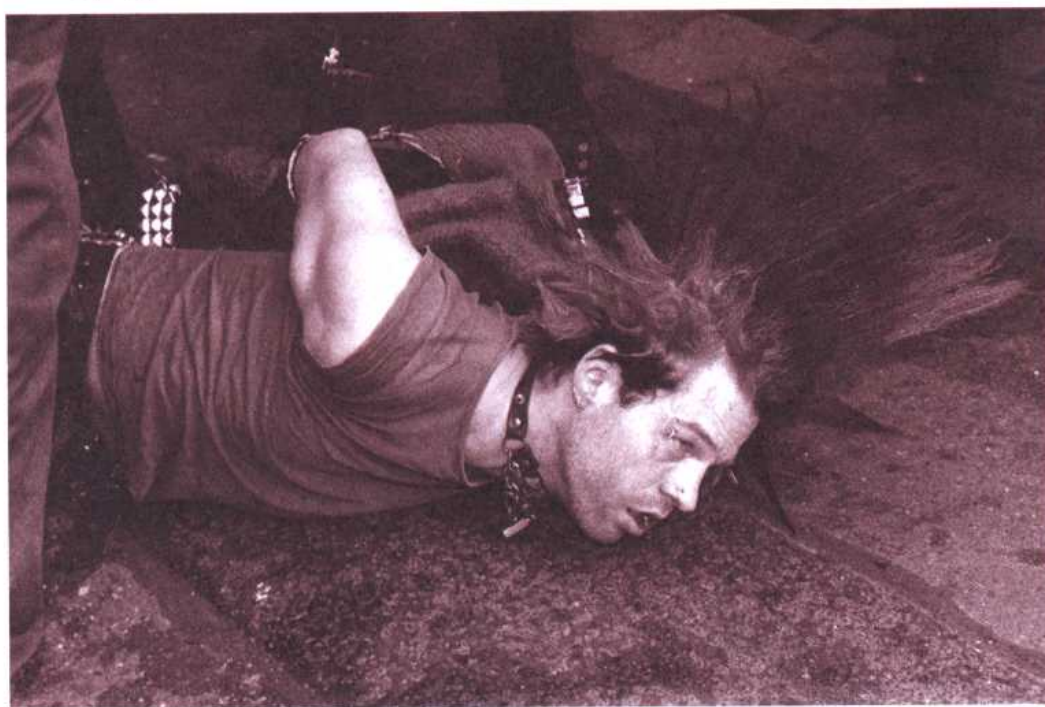
Hauptagitations- und Aktionsfelder der Autonomen waren auch 1995 bestimmt von den “klassischen” Themen wie Kapitalismus, Rassismus und Sexismus (die gemäß der These von der “triple oppression” als die drei grundlegenden Unterdrückungsverhältnisse anzusehen seien) sowie Kolonialismus, Faschismus und die drohende Umstrukturierung der “eigenen” Wohngebiete. Daneben haben aktuelle, anlaßbezogene Themen die Autonomen zum Handeln herausgefordert:

- die Castor-Transporte sowie die Kernkraftproblematik insgesamt,
- die geplante Versenkung der Ölplattform “Brent Spar” durch den Shell-Konzern,
- die angekündigte Hinrichtung des schwarzen Bürgerrechtlers Mumia Abu-Jamal in den USA,
- die Asyl- und Abschiebeproblematik,
- die Auswirkungen des Verbots der “Arbeiterpartei Kurdistans” (PKK) und die Kurdenproblematik im allgemeinen,
- Gentechnologie, Tierversuche und Tierrechte,
- die Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr,
- der 50. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1995.

Unter dem Motto "Autonome auf dem Weg in das 21. Jahrhundert" fand vom 14. bis 17. April in Berlin ein "**Autonomiekongreß**" statt, auf dem etwa 2000 Autonome aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch einige aus Brandenburg, ihre Erfahrungen und Analysen aus den letzten Jahren austauschten und über mögliche neue Wege und Kampfformen diskutierten. Der Kongreß diente einer allgemeinen Bestandsaufnahme der autonomen Bewegung. Das Ziel der Organisatoren, eine Konsolidierung der autonomen Szene einzuleiten und die vielfach beklagte Zersplitterung, Kontaktarmut und Perspektivlosigkeit zu überwinden, wurde allerdings nicht erreicht.

Die Autonomen bilden den Kern der **linksextremistisch orientierten Jugendszene**, die sich an ihren Rändern – mit fließenden Übergängen zu unpolitischen, alternativen oder linksradikalen

*linksextremistisch
orientierte
Jugendszene*



*"Chaos-Tage"
vom 4. bis
6. August
in Hannover*

Milieus – mit spezifischen Subkulturen berührt. Die Punkerszene ist dafür ein Beispiel. Eine trennscharfe Abgrenzung ist oft nicht möglich, eine Gleichsetzung von Autonomen und Punkern wäre jedoch verfehlt.

Autonome versuchten teilweise, zum Beispiel bei den sogenannten "Chaos-Tagen" vom 4. bis 6. August in Hannover, die Punkerszene für ihre Ziele zu instrumentalisieren und deren Selbstdarstellung als willkommenen Anlaß für gewalttätige Auseinandersetzungen mit dem von ihnen gehaßten "Schweinesystem" zu nutzen. Die bei einer großen Anzahl von Punkern zweifelsfrei vorhandene Gewaltbereitschaft ist eher ein Verhaltensmerkmal dieser jugendlichen

Subkultur als ein Ausdruck politischer Bestrebungen zur Überwindung der Verfassungsordnung.

Insbesondere die bundesweiten Exekutivmaßnahmen vom 13. Juni gegen die terroristischen Vereinigungen "Antiimperialistische Zelle" (AIZ), "Das K.O.M.I.T.E.E." und "Rote Armee Fraktion" (RAF) sowie gegen die Herausgeber und Verbreiter der linksextremistischen Untergrundzeitschrift "radikal" haben in der "Szene" zu vielfältigen Solidaritätsbekundungen und Protestaktionen geführt.

Moderne Kommunikationstechnik gewinnt auch für die Linksextremisten immer mehr an Bedeutung. Mailboxen gehören neben den Info- und Mobiltelefonen zu den wichtigsten neuen Kommunikationsmitteln, mit denen sich Gruppen und Einzelpersonen bundesweit vernetzen. Angestrebt wird der Aufbau einer techni-

schen Infrastruktur. Neben dem Mailboxverbund "ComLink" (CL), der überwiegend von demokratischen Gruppen, aber auch von Extremisten genutzt wird, ist vor allem der von Autonomen und anderen Linksextremisten betriebene Mailboxverbund "SpinnenNetz" (SN) von Bedeutung. Er dient – nicht ohne Erfolg – dem Zweck, den Austausch von Berichten, Konzepten, Diskussionsangeboten und Appellen innerhalb dieses Spektrums zu intensivieren und zu vertiefen.

Gruppen, die sich auf traditionelle anarchistische Ideologien berufen, sind nach wie vor ohne erkennbare Bedeutung. Sie treten weder durch öffentliche Äußerungen noch durch sonstige Aktivitäten merklich hervor. Theoretische Ansätze, die von ihnen in letzter Zeit neu entwickelt wurden, finden in der übrigen linksextremistischen Szene kaum ein Echo.

Aus der autonomen Szene, aber auch aus anderen Milieus stoßen immer wieder einzelne Personen zu Gruppen und Zellen,

die mit terroristischen Anschlägen grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu bringen hoffen oder zumindest "dem System" seine "Grenzen" aufzeigen wollen.

*moderne
Kommunikations-
technik*



Die "Rote Armee Fraktion" (RAF), Deutschlands bekannteste linksterroristische Vereinigung, hat im vergangenen Jahr keine Anschläge verübt. Gefährlicher ist im Augenblick eine neue terroristische Gruppe, die "Antiimperialistische Zelle" (AIZ), die verschiedene Sprengstoffanschläge begangen hat. Ihr Vorgehen ist in der linksextremistischen Szene allerdings heftig umstritten.

Darüber hinaus räumen fast alle Linksextremisten ein, daß es der RAF nicht gelungen sei, eine "Gegenmacht von unten" zu errichten. Selbst die AIZ stellt fest, die Bevölkerung in der Bundesrepublik sei weit davon entfernt, sich für eine revolutionäre Politik begeistern zu lassen.

Dennoch finden Versuche, unter Rückgriff auf marxistisch-leninistische Denkansätze eine Strategie revolutionärer Militanz zu entwickeln und sie in Terrorakten praktisch umzusetzen, in einem Teil des linksextremistischen Spektrums weiterhin Anklang.

*"Strategie
revolutionärer
Militanz"*



*Hausbesetzer aus
dem ganzen
Bundesgebiet
trafen sich
im Mai 1995
in Leipzig.*

Insbesondere Personen aus dem "Antiimperialistischen Widerstand" (AIW) halten an den Kernelementen des "Guerillakampfes" im Sinne der früheren RAF-Konzeption theoretisch fest und lehnen die neue RAF-Linie der Zurücknahme militanter Aktionen ab. Allerdings sind diese Überlegungen im AIW bislang nicht in terroristische Gewalt umgeschlagen.

Die Grenzen zwischen terroristischen Vereinigungen im strengen Sinne und Gruppierungen aus der autonomen Szene, die sich terroristischer Mittel bedienen, sind fließend. So wurde im vergangenen Jahr aus Protest gegen Castor-Transporte in gefährlicher

Weise in den Schienenverkehr eingegriffen. In Berlin taten sich einige Gruppen mit Anschlägen auf "Nobelkarossen" und auf – von ihnen als solche bezeichnete – "Yuppie-Restaurants" hervor.



Das Ende des "realen

*kommunistische
Parteien und
Vereinigungen*

Sozialismus" in Europa hatte die **kommunistischen Parteien und Vereinigungen** in eine tiefe Sinnkrise gestürzt, so daß sie in ihren Überzeugungen und ihrer Glaubwürdigkeit – auch vor sich selbst – erschüttert waren. Viele mußten deshalb einen teilweise drastischen Mitgliederschwund und infolgedessen einen Verfall ihrer Organisationsstrukturen hinnehmen.

Nach dieser Phase des dramatischen Abschwungs läßt sich bei diesen Organisationen nunmehr eine gewisse Konsolidierung auf entsprechend niedrigem Niveau feststellen. Trotzdem sind die kommunistischen Parteien noch überwiegend mit sich selbst beschäftigt; ihre Aktionsfähigkeit bleibt beschränkt.

Wegen ihrer Schwäche wachsen bei ihnen aber die Bereitschaft zur Kooperation miteinander wie auch das Bestreben, sich einflußreicheren Organisationen anzuschließen, um in ihnen einen breiteren Resonanzboden für die eigene Programmatik zu finden.

*"Sozialistische
Alternative
VORAN"*

Trotzkistische Organisationen spielen nach wie vor eine Außen-seiterrolle im linksextremistischen Spektrum Deutschlands. Bundesweit zählen sie nur einige hundert Mitglieder. Nicht ganz erfolglos sind sie allerdings mit ihren Versuchen, auf dem Wege des "Entrismus" andere – auch demokratische – Organisationen und Bewegungen zu unterwandern. Die "Sozialistische Alternative VORAN" (SAV) konnte für ihre Vorfeldorganisation "Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) eine Zeitlang jugendliche "Antifaschisten" aus dem linken wie auch dem linksextremistischen Spektrum gewinnen. Allerdings ist die JRE neuerdings, seitdem ihr trotzkistischer Hintergrund bekannt geworden ist, in der "Antifa"-Szene sehr umstritten.

*"Jugend gegen
Rassismus in
Europa"*

Linksextremismus im Land Brandenburg

Das linksextremistische Spektrum im Land Brandenburg ordnet sich nunmehr ohne wesentliche landesspezifische Merkmale in das Gesamtbild des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Strukturen der organisierten wie der unorganisierten Gruppen, ihre Themen und Aktionsformen lassen sich mit denen in anderen Bundesländern vergleichen.

Auch im Jahre 1995 äußerten sich linksextremistische Bestrebungen in Brandenburg vor allem in jugendlicher Gruppengewalt aus dem autonomen Bereich. Die Anzahl der Gewalttaten hat sich gegenüber 1994 deutlich verringert. Denn einige Gruppierungen haben ihre offene Militanz etwas zurückgenommen. Einer der Gründe dafür: Dank dem erfolgreichen Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden stehen den Autonomen weniger rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter und Ideologen als "Reizobjekte" gegenüber als in den Jahren davor. Auch die Hausbesetzerproblematik konnte teilweise entschärft werden.

Einige autonome Kerngruppen haben sich jedoch verfestigt und gewinnen ideologisch schärfere Konturen. Ihre örtlichen Schwerpunkte haben sich kaum verschoben.

*jugendliche
Gruppengewalt*



*Schauplatz
einer Straßen-
schlacht*

Anhaltspunkte dafür, daß sich eigenständige terroristische Strukturen im Land Brandenburg gebildet hätten, gibt es nicht. Indizien lassen jedoch vermuten, daß es durchaus Verbindungen einzelner Linksextremisten Brandenburgs zu terroristischen Vereinigungen gibt. Auch offene Sympathiebekundungen für sie wurden festgestellt.

Die in Brandenburg bestehenden kommunistischen Kleinparteien traten auch im Jahr 1995 kaum in Erscheinung.

Anarchisten und Troztkisten spielen nach wie vor in Brandenburg nur eine geringe Rolle.

Linksextremistisch orientierte Jugendszene

Im Land Brandenburg verfestigt sich zunehmend eine Struktur autonomer Personenzusammenschlüsse, die überwiegend durch "Antifa"-Zirkel gebildet wird. Allerdings ist nicht jede "Antifa"-Gruppe dem autonomen Spektrum zuzurechnen. Erst wenn ihre Anhänger gewalttätig agieren, gewaltbereit sind oder Gewalt befürworten, werden sie von der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde beobachtet. Dieses Prinzip gilt auch für die jugendlichen Hausbesetzer, denn bei weitem nicht alle gehören zum autonomen Spektrum; der größere Teil von ihnen läßt sich auf ein friedliches Auskommen mit dem sozialen Umfeld ein.

*Potsdamer
Hausbesetzer
demonstrieren
gegen
die Räumung
ihrer Häuser.*



Landesweit gibt es etwa 350 Angehörige autonomer Gruppen. Diese agieren vornehmlich in den Städten Angermünde, Bad Freienwalde, Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Finsterwalde, Forst, Frankfurt (Oder), Guben, Potsdam, Rathenow, Senftenberg, Spremberg.

Autonome pflegen untereinander eine recht intensive Kommunikation. Dazu dienen – zum Teil konspirativ verbreitete – **Szene-**

Szeneblätter

blätter. In Brandenburg werden zur Zeit die Szenepublikationen "... hinter den Kulissen" und "Harte Zeiten" verbreitet. Die viermal im Jahr erscheinende Zeitschrift "... hinter den Kulissen" beschäftigt sich vor allem mit Themen aus der Region: Sie stellt autonome Gruppen aus Berlin und Brandenburg mit ihren Aktivitäten und Problemen vor; vorrangig aber versteht sie sich als "Antifa"-Zeitung und berichtet deshalb über Neonazis (zum Teil nach eigenen Recherchen, zum Teil auf Grund von Vermutungen und Spekulationen) und – tendenziös – über das Verhalten von Politikern und Polizisten (ihnen wird in der Regel mindestens Nachlässigkeit und Naivität gegenüber Neonazis, schlimmstenfalls Kumpanei mit ihnen unterstellt). "Harte Zeiten" greift Themen aus dem Cottbuser Raum auf, zum Beispiel den Protest gegen die Bundesgartenschau (BUGA). In jüngster Zeit hat diese Publikation aber auch Berichten über revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern und Grundsatzdiskussionen größeren Raum gegeben.

HARTE ZEITEN

Informationen
Diskussionen
Reaktionen
Tendenzen
Termine

in, aus, um und für
Cottbus
erscheint so oft es geht
1 mark
kontakt:
harte zeiten
strasse der jugend 100
03046 cottbus

Hinter den Kulissen...

Zeitung für Subkultur, Regionales und Antifaschismus

Vermutlich wegen nachlassenden Engagements oder finanzieller Schwierigkeiten haben einige noch 1994 existierende Szeneblätter (wie die "Geierwally" aus Schwedt oder der Potsdamer "Büxenöffna") ihr Erscheinen eingestellt.

Darüber hinaus haben sogenannte **Infoläden** eine zentrale Funktion für die Kommunikation der Szene. Sie dienen als Kontaktadresse, Anlaufstelle und Koordinierungszentrale. Durch die Herstellung und Verbreitung von Plakaten und Flugblättern informieren diese Läden über aktuelle Vorhaben und mobilisieren so die Szeneangehörigen zu Demonstrationen, Kampagnen und Aktionen. Gleichzeitig vertreiben sie linksextremistische Literatur, etwa Szenepublikationen oder Schriften zum deutschen Linksterrorismus. Solche Läden befinden sich zum Beispiel in Potsdam und Guben.

Seit Anfang der 90er Jahre gibt es innerhalb der autonomen Szene Deutschlands Bemühungen, die einzelnen Gruppen stärker zu vernetzen und zu strukturieren. Ein Beispiel dafür ist die "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO). An den Diskussionen über solche Konzepte beteiligen sich auch einige brandenburgische Autonome. So halten sie zu Gruppen außerhalb Brandenburgs, die in der AA/BO organisiert sind, Kontakte oder nehmen an bundesweiten "Antifa"-Treffen teil.

Auch in der autonomen Szene Brandenburgs finden sich Organisationsansätze, allerdings vor allem auf lokaler Ebene. So haben sich in manchen Orten gemeinnützige Vereine gegründet, die eine dauerhafte Finanzierung, aber auch die Bündelung der eigenen Kräfte bei Verhandlungen mit kommunalen Verwaltungen über alternative Wohn- oder Kulturprojekte sichern sollen. Sofern derartige Vereine innerhalb des Regelsystems des demokratischen Rechtsstaates nur alternativen Lebensformen Gestalt geben wollen, fallen sie nicht in den Blick der Verfassungsschutzbehörde. Das gilt aber nicht für Autonome, die unter dem Deckmantel eines gemeinnützigen Vereins Strukturen für eine Konfrontation mit der demokratischen Verfassungs- und Rechtsordnung aufbauen.

Linksextremistisch beeinflusste Musikgruppen, etwa die Band "Bloody Bones" aus Brandenburg an der Havel, gewinnen in der linksextremistisch orientierten Jugendszene zunehmend an Bedeutung. So geben diese Gruppen "Soli-Konzerte", deren Einnahmen zum Beispiel für den Aufbau von "Antifa"-Strukturen im Land Brandenburg oder die Herausgabe von Szenepublikationen verwendet werden. Diese Konzerte finden meist in besetzten Häusern oder bekannten Szenetreffpunkten statt.

Solche Musikveranstaltungen werden auch von nichtextremistisch eingestellten Jugendlichen besucht.

Über einschlägige Bands und ihre Auftritte wird in szenetypischen Fanzines berichtet. Im Land Brandenburg ist das Szeneblatt "Muckefuck" verbreitet.

“Linke” bzw. linksextremistisch orientierte Skinheads, wie Red-Skins oder S.H.A.R.P., sind bisher im Land Brandenburg kaum in Erscheinung getreten.

Linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Hauptaktionsfeld der Autonomen in Brandenburg ist der “antifaschistische Kampf”. Überwiegend führen sie ihn gegen den politischen Gegner – tatsächliche oder vermeintliche Nazis – sowie gegen Einrichtungen, die – ihrer Meinung nach – an der Verbreitung “nazistischer” Gedankenguts beteiligt sind.

“Stoppt Nazi-Zeitungen”

In der Nacht zum 17. Januar setzten in Potsdam unbekannte Täter den Pkw des Chefredakteurs der Wochenzeitung “Junge Freiheit” in Brand. Zur Tat bekannte sich eine “Autonome Antifaschistische Gruppe Michael Gäbler”. Ziel dieser Aktion sei es, durch “militantes Vorgehen” ein baldiges Ende dieser Zeitung herbeizuführen. Die “Junge Freiheit” wird innerhalb der linksextremistischen Szene als Versuch beurteilt, “einen breiten Rahmen für Diskussionen und Agitation aller rechtsextremistischen Gruppen und Parteien [...] zu schaffen”. (Bekennerschreiben vom 17. Januar 1995)



Diese Straftat gehört zur einer Serie militanter Aktionen im Rahmen der bundesweiten Kampagne “Stoppt Nazi-Zeitungen”, die ursprünglich von der militanten “Antifa”-Gruppe “Edelweiß-Piraten” (EPI) initiiert worden ist. Lokale “Stämme” dieser bundesweit verbreiteten Gruppierung gibt es auch in Brandenburg.

Autonome organisieren zu verschiedenen Anlässen “Antifa”-Demonstrationen. An solchen Kundgebungen nehmen auch Nichtextremisten teil, um – demokratisch legitim – gegen das Wirken von Neonaziorganisationen im Land Brandenburg zu protestieren. Im Vergleich mit den vergangenen Jahren verliefen solche Veranstaltungen 1995 überwiegend friedlich.

Doch der “autonome Antifaschismus” geht über den Kampf gegen Rechtsextremisten hinaus. Er richtet sich vielmehr auch gegen den Staat mit seinem “Unterdrückungsapparat”. Denn der Staat bereite – so das Verständnis der Autonomen – den Nährboden für die Entwicklung des Rechtsextremismus. Deshalb gilt: “Zwar kann der Staat kaum Interesse an einer ausufernden Nazibewegung haben [...], aber kontrollierbar sind die Faschisten diesem System von



Nutzen. [...] Antifaschistischer Widerstand muß diese Zusammenhänge erkennen und darf nicht beim Kampf gegen Neonazis stehen bleiben, sondern muß ebenso die sie fördernde und unterstützende Politik sowie die gesellschaftlichen Ursachen angreifen.” (aus einem Flugblatt, in dem zur Teilnahme an einer “Antifa”-Demonstration gegen “Die Nationalen e.V.” am 9. Dezember in Rathenow aufgerufen wurde)

Demo - Sa., 9. 12. 1995 - 14 Uhr - Rathenow (Bahnhof)



Die Vernichtung des Faschismus bleibt unser Ziel

Am 9. Dezember findet in Rathenow eine Demo gegen die Nazi-Partei „Die Nationalen“ statt. In den letzten Monaten sind viele faschistische Organisationen von staatlichen Stellen verboten worden, doch das Problem ist dadurch nicht entstanden. Die Neonazis sind nicht verboten, sondern nur verboten, um die Bevölkerung zu beruhigen und den angeschlagenen Ruf Deutschlands in der Weltöffentlichkeit aufzupolieren, während sie gleichzeitig die Asylrecht faktisch nicht anerkennen.

Denn wir erwarten nichts von Politikern, die die Nazi-Parteien nur verbieten, um die Bevölkerung zu beruhigen und den angeschlagenen Ruf Deutschlands in der Weltöffentlichkeit aufzupolieren, während sie gleichzeitig die Asylrecht faktisch nicht anerkennen.

„Antifa“ ist das wichtigste Mittel, um den Nazis klar zu machen, dass sie sich verpissen sollen. Auf der Straße, im Jugendclub und am 9. Dezember in Rathenow. **Antifa heißt Angriff!**

AUFRUFERINNEN:
 Antifa Rathenow, Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO), Antifa Jugend Brandenburg, Antifa Guben, Antifa Luckenwalde, Antifa Nauen/Ketzin, Antifa Neurippin, Antifa Potsdam, Antifa Pritzwalk, PDS Kreis Havelland



Aus dieser Haltung heraus werden mitunter Polizisten als vermeintliche Beschützer von Neonazis attackiert.

Am 20. April hatte sich auf dem Marktplatz in Finsterwalde eine Gruppe autonomer Personen versammelt, um Hitler-Geburtstagsfeiern von Rechtsextremisten zu verhindern. Als diese Gruppe Polizeikräfte ausmachte, griff sie diese massiv an. Dabei kam es zu Sachbeschädigungen an zwei Funkstreifenwagen. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Unter dem Motto der “antifaschistischen Selbsthilfe” kam es 1995 mehrfach zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen. Dabei handelte es sich in der Regel um lokale Auseinandersetzungen rivalisierender

Jugendgruppen, die zumeist spontan und ungeplant, vielfach auch nur wegen des äußeren Erscheinungsbildes des "politischen Gegners" entbrannt. Zum Teil gehen Autonome beim Angriff auf Rechtsextremisten aber auch gezielt vor. So klärt man im Vorfeld von geplanten Aktionen Angehörige und Treffpunkte rechtsextremistisch orientierter Gruppen ab, um sie dann anzugreifen.

Eine Gruppe von ca. 40 Personen aus der linksextremistisch orientierten Szene griff am 25. September einen Treffpunkt rechtsextremistisch orientierter Personen in Eberswalde an. Sie bewarfen das Gebäude mit Steinen und einer Brandflasche. An dem Gelände vorbeifahrende Fahrzeuge wurden gewaltsam an der Weiterfahrt gehindert und mit Steinen, Holzknüppeln und in einem Fall mit einer Brandflasche angegriffen. Die eintreffenden Polizei- und Feuerwehrkräfte wurden mit Steinwürfen attackiert und an den Löscharbeiten gewaltsam gehindert; zwei Funkstreifenwagen wurden beschädigt. Der Anlaß für diese Ausschreitungen war eine am selben Tag vorausgegangene Provokation rechtsextremistisch orientierter Personen: Sie hatten "Sieg-Heil"-Rufe skandiert, um die Jugendlichen "der anderen Seite" herauszufordern.

Am 15. April überfielen etwa 20 linksextremistisch orientierte, zum Teil verummte Jugendliche eine im Jugendclub Schipkau stattfindende Grillparty, deren Teilnehmer teilweise der rechtsextremistisch orientierten Szene angehörten. Die Täter beschädigten vor dem Jugendclub stehende Kraftfahrzeuge und entwendeten die Kasse des Jugendclubs.

Die Autonomen versuchen mit dem "Kampf gegen Umstrukturierung, gegen Miethaie und Spekulanten" Maßnahmen zur Stadt-



*Kampf gegen
"Luxussanierungen"*



sanierung und Strukturverbesserungen in innerstädtischen Wohnvierteln zu verhindern. Sie befürchteten, daß solchen "Luxussanierungen" erkämpfte "Freiräume" in besetzten Häusern oder alternativen Freizeiteinrichtungen zum Opfer fallen.

Aus Anlaß der Bundesgartenschau (BUGA) in Cottbus vom 29. April bis 8. Oktober initiierten Linksextremisten eine "NO-BUGA"-Kampagne unter dem Motto "Rosen, Tulpen, Nelken, alle Blumen welken". Dabei kam es vor der Eröffnung der Gartenschau zu zahlreichen Schmierereien und Sachbeschädigungen an Gebäuden im Stadtgebiet von Cottbus. Die Initiatoren der Kampagne kritisierten unter anderem, daß der im Rahmen der BUGA einsetzende Investitions- und Bauboom zu einer Umstrukturierung der Cottbuser Innenstadt führe: "Wie das Spiel mit teuer saniertem Wohnraum, unsinnigen Konsummeilen und rücksichtsloser Ausbeutung der Natur ausgeht, ist anhand der bundesdeutschen und globalen Realität leicht einzuschätzen: Vertreibung sozial Schwacher aus der Innenstadt zugunsten finanzkräftiger Kundschaft und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen." ("Harte Zeiten", Nr. 1, S. 18)

*"NO-BUGA"-
Kampagne
(aus "...hinter den
Kulissen" 2/95)*

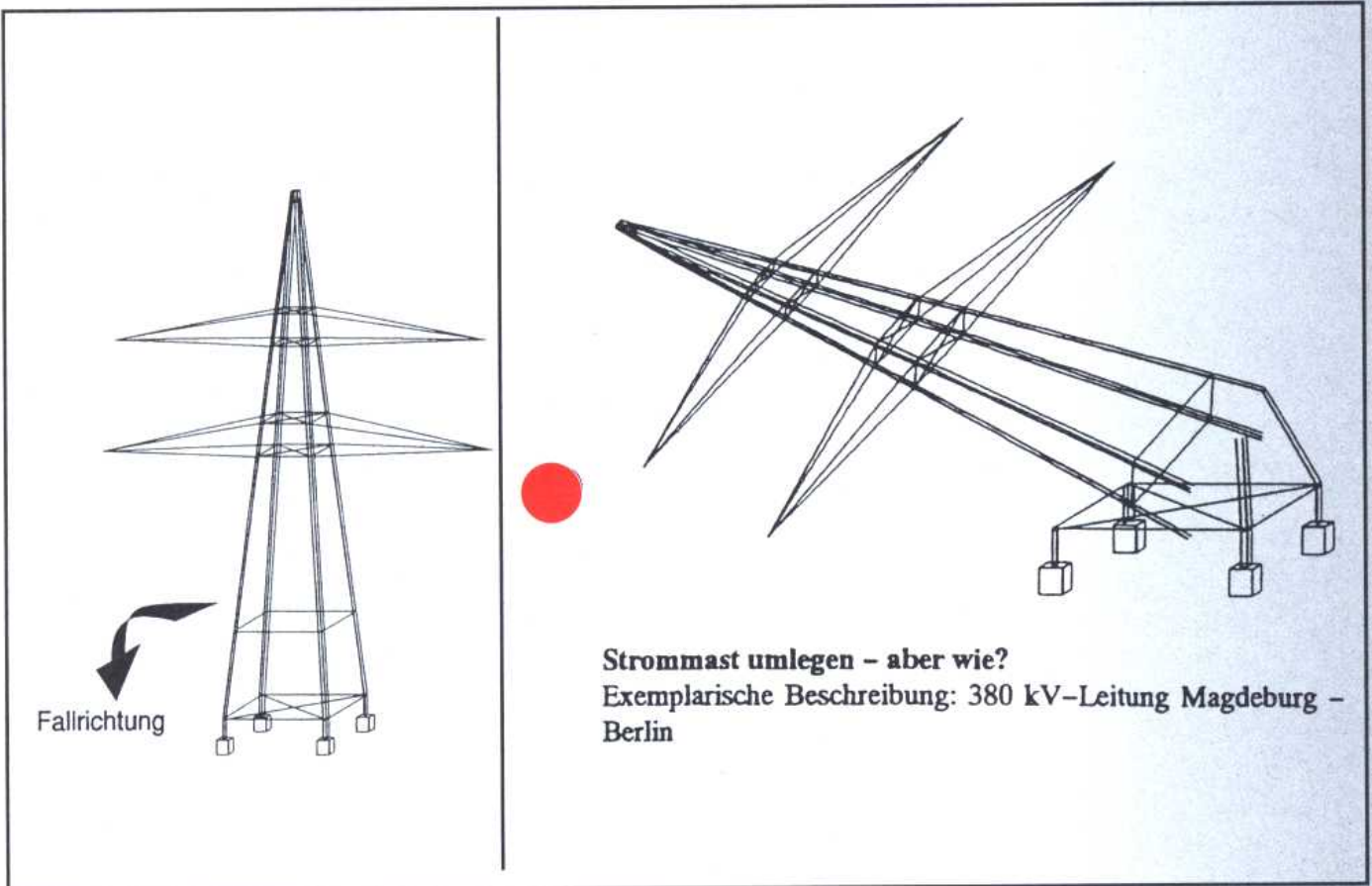


Die Castor-Atommüll-Transporte in das atomare Zwischenlager nach Gorleben führten 1995 zu einer Neubelebung der militanten Anti-AKW-Bewegung. Auch Autonome aus Brandenburg beteiligten sich an entsprechenden Aktionen. Den überragenden Stellenwert, den Entscheidungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie noch bis in die Mitte der 80er Jahre für die autonome Szene hatten, dürften die heutigen Auseinandersetzungen zu diesem Thema allerdings nicht mehr besitzen. Gleichwohl ist es 1995 zu verschiedenen Anschlägen in diesem Zusammenhang gekommen.

Eine Gruppierung "Autonome Gruppen gegen den Strom" verübte am 13. April bei Gortz einen Anschlag auf einen 380-KV-Hochspannungsmast. Durch das Entfernen der Verschraubungen wurde der Mast zum Umstürzen gebracht. Dabei beschädigte er zwei weitere Strommasten und eine parallel verlaufende 110-KV-Leitung. Es entstand ein Sachschaden von ca. zwei Millionen DM. Aus dem Bekenner schreiben geht hervor, daß die Täter sich mit dem Anschlag gegen den Castor-Transport und gegen die Nutzung der Kernenergie als Energiequelle wenden. Zugleich hofften sie auf eine Signalwirkung ihrer Aktion: "Die Atommafia hat Namen und Adressen, regional, national und international. Die Firmen, die [...] das Atomprogramm forcieren, sind angreifbar, genauso wie der Staat und seine Institutionen. Schienenstränge und Strommasten gibt es überall." (aus der Taterklärung, abgedruckt am 16. April in der Frühausgabe der Zeitschrift "konpress", Mitteilungsblatt des bundesweiten "Autonomie-Kongresses" vom 14. bis 17. April 1995 in der TU Berlin)



Strommast umlegen – aber wie? (veröffentlicht in verschiedenen Szeneblättern)



Unbekannte Täter verübten am 12. Mai einen Anschlag auf die IC-Strecke Berlin – Hamburg in der Nähe eines Bahnübergangs bei Karstädt. Sie hatten die Verankerung der Schienen gelöst und diese mit einem Wagenheber angehoben. Eine Diesellok, die über die manipulierte Stelle fuhr, wäre beinahe entgleist.

“Veganismus”

Seit Beginn des Jahres 1995 wird das Thema “Veganismus” in der autonomen Szene heftig und kontrovers diskutiert. Die Anhänger des “Veganismus” aus dem linksextremistischen Spektrum begreifen ihre rein pflanzliche Ernährungsweise als bewußte politische Haltung und interpretieren die Herrschaft über Tiere als den vierten Hauptwiderspruch des Kapitalismus neben Faschismus, Rassismus und Sexismus. Um die Ausbeutung von Tieren zu beenden, müsse man, meinen die autonomen Tierrechtler, auch Gewalt als legitimes Kampfmittel einsetzen. Darüber hinaus tendieren sie dahin, den Kampf um Tierrechte mit dem Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu verbinden: “Denn Veganismus schließt den allgemeinen Kampf gegen Herrschaft nicht aus, sondern ist der alltägliche desselben”. (“Interim”, Nr. 324 vom 23. März 1995, S. 28)

Auschwitz fäng da an, wo einer im Schlachthof steht und sagt:
„Es sind ja nur Tiere.“

Gemeinsamkeiten von Rassismus, Faschismus und Tierausbeutung.

aus einem
Flugblatt links-
extremistischer
Tierschützer

Diese Grundpositionen der autonomen Tierrechtler bleiben jedoch in der autonomen Szene nicht unwidersprochen. Die Kritiker betonen, “Veganismus” könne nur als eine subjektive Entscheidung begriffen werden, und der behauptete Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftlichen Kämpfen sei so nicht gegeben; es bestehe lediglich ein “Nebenwiderspruchsverhältnis”.

Auch in Brandenburg sind militante Tierrechtler bereits zur Tat geschritten.

Am 10. Februar zersägten Unbekannte in Jethe-Smarso die Pfosten einer Jagdkanzel. Am Tatort angebrachte Plakate enthielten die Parolen “Keine Schonzeit für Jäger” und “Jäger sind Mörder”. Unterzeichnet waren die Plakate mit dem Urheberhinweis “Autonome Tierrechtler Forst”.

Linksextremistische Gruppierungen unterstützen die politischen Ziele der verbotenen "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK). Sie thematisierten die Kurdenproblematik aus Sicht der PKK mit Plakat- oder Flugblattaktionen. Sogenannte "Kurdistan-Solidaritätsgruppen" traten vielfach als Anmelders und Organisatoren von "Kurdistan-Demonstrationen" auf, bei denen unter anderem Autonome und weitere Linksextremisten ihre Solidarität mit der PKK bekundeten. An überregionalen Demonstrationen nahmen auch Personen aus Brandenburg teil. Im Land Brandenburg selbst wurden solche Kundgebungen bisher selten veranstaltet.

Am 4. April versammelten sich in Angermünde etwa 25 Personen zu einer Protestveranstaltung gegen die Kurdenpolitik. In den Flugblättern mit der Überschrift "Deutsche Waffen, Deutsches Geld morden in aller Welt – auch in Kurdistan!!!", die auf der Veranstaltung verteilt wurden, heißt es unter anderem: "[...] seit Jahrzehnten führt der türkische Staat einen erbarmungslosen Krieg gegen die kurdische Minderheit in seinem Land, [...] und selten hat ein anderer Staat derart bewußt und konsequent Stellung für die Täter bezogen. [...] Kinkel, Kanther und Co. sind mitschuldig an diesem Völkermord!"

"Kurdistan-Demonstrationen"



*"Gewalt ist unverzichtbar!"
aus: "interim",
Nr. 342 vom
17. August 1995*

Grundsätzlich begreifen wir militante, illegale Aktionen als einen integralen Teil des Protestes und Widerstandes gegen Herrschaftsverhältnisse, um dadurch sowohl auf existierende Unterdrückungsverhältnisse/Ungerechtigkeiten u.s.w. aufmerksam zu machen, eine Öffentlichkeit zu schaffen und aufzuklären als auch oder gar beides zusammen ganz konkret und direkt Projekte/Vorhaben und Pläne der Regierenden effektiv zu behindern, verhindern oder zu zerstören (siehe Weiterstadt). Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. Und auch die Geschichte beweist, daß die Herrschenden ihre Macht noch nie freiwillig abgegeben haben. Also- eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben- nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!

Anarchisten

Anarchistische Gruppierungen herkömmlicher Prägung sind in Brandenburg nach wie vor ohne Einfluß. Die "Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union" (FAU-IAA), eine anarchosyndikalistische Organisation, hat als einzige im Land eine geringe Anzahl von Anhängern gewonnen, die 1995 jedoch nicht nennenswert hervorgetreten sind. Bundesweit besteht sie aus einigen Kleingruppen, die insgesamt weniger als 200 Mitglieder umfassen.

*"Freie
Arbeiterinnen-
und Arbeiter-
Union"*

Linksextremistischer Terrorismus

“Das K.O.M.I.T.E.E.”

Am 11. April 1995 versuchte “Das K.O.M.I.T.E.E.”, die Abschiebehaftanstalt in Berlin-Grünau zu sprengen, wurde daran jedoch durch eine Polizeistreife gehindert. Vier der mutmaßlichen Täter sind seither flüchtig und werden mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Bereits am 27. Oktober 1994 hatte die gleiche Gruppe einen Brandanschlag auf das Kreiswehrrersatzamt in Bad Freienwalde verübt; einige Räume brannten aus. Die Täter wollten damit nach eigenem Bekunden gegen den Einsatz von Waffen aus der Bundesrepublik in Kurdistan protestieren.

Ziel der bis zu diesem Anschlag unbekanntem Gruppe war es, “im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen”. (“radikal”, Nr. 11/95, S. 25)

In einem sechsseitigen Schreiben vom 6. September, das einigen Zeitungen zugespielt wurde, erklärte “Das K.O.M.I.T.E.E.” – zur Überraschung der Szene – seine Auflösung. Das wiederholte Auftreten ihrer Gruppe unter dem Namen “Das K.O.M.I.T.E.E.” sei – so die Verfasser – ein Fehler gewesen, da man sich dadurch nach § 129 a des Strafgesetzbuches der Gründung einer terroristischen Vereinigung schuldig gemacht habe. Außerdem räumen sie ein: “Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt.” (ebenda, S. 28)

Zugleich kündigen sie an, weiterhin “militant” tätig zu sein. Die Auflösungserklärung sei nämlich alles andere als ein “Abgesang auf militante Politikformen im allgemeinen”. Denn: “Wir finden nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.” (ebenda, S. 28)

Mit diesem Auflösungs schreiben wollten die Mitglieder des “K.O.M.I.T.E.E.s” offenkundig erreichen, daß sich der Fahndungsdruck gegen sie lockert. Unverkennbar ist außerdem ihre Hoffnung, mit dem Eingeständnis ihrer Fehler ihre – bis dahin eher geringe – Akzeptanz im linksextremistischen Spektrum zu erhöhen. So schreiben sie: “Weiter ziehen wir die Konsequenz aus unserem Scheitern: wir werden das Projekt das ‘K.O.M.I.T.E.E.’ beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns

*Auflösungs-
erklärung*

militante Mittel

aus der Bestimmung unseres Projektes und unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab." (ebenda, S. 24)

Die Verfasser begrüßen ausdrücklich die Aktivitäten des "K:O:L:L:E:K:T:I:V: s" – einer Gruppe, die in Berlin am 7./8. Juni und 18. August Bauwagen zweier Firmen, die am Ausbau der Abschiebehaftanstalt Grünau beteiligt sind, abbrannte. Es ist zur Zeit noch nicht zu erkennen, wie die Mitglieder des "K.O.M.I.T.E.E.s" sich in Zukunft verhalten werden und in welchem genauen Verhältnis sie zum "K:O:L:L:E:K:T:I:V:" stehen.

Mindestens an den Namen dieser Gruppe knüpfte erst kürzlich ein "A.U.T.O.N.O.M.E.S. F.E.S.T.T.A.G.S.K.O.M.I.T.E.E." an, das am 25. Dezember in Hannover einen Brandanschlag auf den Pkw des Neonazis Steffen HUPKA verübte.

Logistische Bezüge des "K.O.M.I.T.E.E.s" zum Land Brandenburg sind nicht unwahrscheinlich, da sich die Täter auf brandenburgischem Territorium bewegt haben. Auch ist die Vermutung nicht unbegründet, daß aus Berlin stammende Täter durch Autonome der Bad Freienwalder Szene seinerzeit beim Brandanschlag vom 27. Oktober 1994 unterstützt worden sein könnten.

"Revolutionäre Zellen"/"Rote Zora" (RZ)

Die "Rote Zora", die Frauengruppe der "Revolutionären Zellen", verübte am 24. Juli einen Sprengstoffanschlag gegen die Lürssen-Werft GmbH & Co. in Lemwerder bei Bremen, um gegen Waffenlieferungen in die Türkei zu protestieren.

"Revolutionäre Zellen" sind konspirativ arbeitende kleine Terrorgruppen, die seit den 70er Jahren aktiv sind. Ihre Mitglieder agieren als "Feierabendterroristen": Tagsüber gehen sie einer unauffälligen Tätigkeit nach, in ihrer Freizeit planen und verüben sie Anschläge. Ab 1977 tritt als eigenständige RZ-Frauengruppe die "Rote Zora" in Erscheinung.

Am 3. Oktober 1993 wurde auf das Grenzschutzamt Frankfurt (Oder) ein Anschlag verübt, zu dem sich eine "Revolutionäre Zelle" bekannte. Am selben Tag gab es einen ähnlichen Anschlag auf das Grenzschutzamt in Görlitz (Sachsen). Der Wortlaut der Bekenner schreiben läßt darauf schließen, daß Mitglieder derselben Tätergruppe für beide Anschläge verantwortlich sind.

In den Jahren 1994 und 1995 ist Brandenburg von Terrorakten der "Revolutionären Zellen" bzw. der „Roten Zora“ verschont geblieben.

K:O:L:L:E:K:T:I:V:



“Antiimperialistische Zelle” (AIZ)

Seit 1992 ist die “Antiimperialistische Zelle” (AIZ) als neue terroristische Vereinigung an die Öffentlichkeit getreten. Sie nannte sich zunächst – nach einer palästinensischen Terroristin, die 1976 an der Entführung der Lufthansa-Maschine “Landshut” von Mallorca nach Mogadischu (Somalia) beteiligt war – “Anti-imperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah” (AIWZ).

Die AIZ zielt darauf ab, durch Anschläge, die auch das Leben Unbeteiligter riskieren, die “brd-eliten dort zu treffen, wo sie wohnen”. Sie will damit die von ihnen als solche bezeichneten “Eliten” nachhaltig verunsichern und, zumindest langfristig, die “Massen” dazu motivieren, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft revolutionär umzugestalten.

Die AIZ setzte 1995 ihre Anschläge aus den Vorjahren fort:

- 22. Januar, Wolfsburg: Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Volkmar Köhler,
- 23. April, Erkrath bei Düsseldorf: Anschlag auf das Wohnhaus des CDU-Politikers Joseph-Theodor Blank,
- 17. September, Siegen: Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des Abgeordneten und verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer,
- 23. Dezember, Düsseldorf: Sprengstoffanschlag auf den Dienstsitz des Unternehmers und peruanischen Honorarkonsuls Dr. Robert Heitkamp.

Die Anschläge der AIZ sind im linksextremistischen Spektrum wegen der Gefährdung Unbeteiligter äußerst umstritten. So wurde in der verdeckt im Ausland erstellten Szenezeitschrift “radikal” im November 1995 zur AIZ bemerkt: “Die Verletzung oder Tötung der angegriffenen Personen quasi dem Zufall zu überlassen, ist ein Bruch mit linken Kriterien.” (Nr. 11/95, S. 39)

Die AIZ ist der Ansicht, daß der militante Islam eine Herausforderung für den “Imperialismus” darstelle. Deshalb plädiert sie in ihren Bekennerschreiben unter anderem für eine Zusammenarbeit mit militanten Islamisten. Auch dies stößt innerhalb der linksextremistischen Szene auf deutliche Ablehnung.

Der Aktionsraum der AIZ lag bislang im Rheinland und in Norddeutschland. Daß er sich auch auf Brandenburg ausdehnen könnte, ist derzeit wenig wahrscheinlich.

Die AIZ ist gegenwärtig die gefährlichste Terrorgruppe in Deutsch-

*“brd-eliten dort
treffen, wo sie
wohnen”*



Anschläge

land, da sie sich ihre Angriffsziele auf schwer vorhersehbare Weise aussucht.

“Rote Armee Fraktion” (RAF)

Die RAF-Kommandoebene hat sich aus der Illegalität heraus letztmalig mit einem Schreiben vom 6. März 1994 zu Wort gemeldet. In dieser Erklärung bekräftigte sie die 1992 verkündete Zäsur in ihrer Geschichte: Die Neubestimmung revolutionärer Politik habe den Vorrang vor neuen Anschlägen.

Auch 1995 dauerte die Spaltung des RAF-Gefüges in “Hardliner” und kompromißbereite Anhänger der neuen RAF-Linie an. Dieser Riß hatte seinen Grund sowohl in den internen Diskussionen über den Sinn des bewaffneten Kampfes als auch in der sogenannten “Kinkel-Initiative”. Diese Initiative stellte terroristischen Gewalttätern im Rahmen der strafprozessualen Möglichkeiten Haft-erleichterung oder vorzeitige Entlassung in Aussicht, wenn sie dem Terrorismus abschwören. So wurden 1995 Karl-Heinz DELLWO, Knut FOLKERTS, Manuela HAPPE, Christine KUBY, Silke MAIER-WITT, Lutz TAUFER und Stefan WISNIEWSKI vorzeitig aus der Haft entlassen.

Weder der derzeitige Prozeß gegen die in Bad Kleinen festgenommene Birgit HOGFELD noch der Prozeß gegen die seit Jahren inhaftierte Sieglinde HOFMANN konnten die RAF-Unterstützerszene insgesamt dauerhaft mobilisieren. Aufmerksamkeit fand lediglich ein dreitägiger Hungerstreik auch von RAF-Inhaftierten aus Solidarität mit dem in den USA zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal. Hingegen wurde ein Hungerstreik des inhaftierten Christian KLAR, den er aus Protest gegen seine Haftbedingungen begonnen hatte, in der Szene wenig beachtet.

Die RAF ist eine terroristische Vereinigung, die in den frühen 70er Jahren glaubte, in Deutschland die “Avantgarde” im “Kampf gegen den Imperialismus” zu sein. Mit ihren blutigen Terrorakten konnte sie aber nicht einmal ihr – später definiertes – Nahziel erreichen, eine “Gegenmacht von unten” zu bilden. In manchen Zirkeln sind die Taten der RAF zu einer Art “Legende” geworden. Die AIZ versucht, an die Vorgehensweise und die Konzepte der RAF bis 1992 anzuknüpfen.

Im Land Brandenburg war das Interesse an der RAF 1995 selbst im linksextremistischen Spektrum relativ gering. Vereinzelt wurden RAF-Symbole an Häuserwände gesprüht, in Finsterwalde wurde eine Fahne mit RAF-Symbolen aufgefunden.



*“Neubestimmung
revolutionärer
Politik”*

*RAF-Terror
als “Legende”*

Marxistisch-leninistische Parteien und ihre Nebenorganisationen

“Deutsche Kommunistische Partei” (DKP)



“Deutsche Kommunistische Partei” (DKP)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1968</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Essen</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Nebenorganisation (Jugendorganisation):</i>	<i>“Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend”(SDAJ)</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>6.000</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>50</i>
<i>für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:</i>	<i>“Unsere Zeit” (UZ)</i>

Nach wie vor hält die DKP an ihrer revolutionären marxistisch-leninistischen Zielsetzung fest.

Die DKP hat ihre Strukturen nach einem längeren Prozeß des Niedergangs leidlich stabilisiert. Interne Auseinandersetzungen haben jedoch ihre Handlungsfähigkeit eingeschränkt. In den ostdeutschen Bundesländern hat die DKP kaum Fuß fassen können. Auf Grund innerparteilicher Richtungskämpfe und ideologischer Differenzen war die gemeinsame Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg im Jahre 1993 in drei Gruppierungen zerfallen; sie sollen jetzt wieder zusammengeführt werden.

Die DKP ist bislang in Brandenburg nur durch einzelne Mitglieder bzw. Kleingruppen vertreten, von denen im Jahre 1995 keine wesentlichen Aktivitäten ausgingen.

Die **“Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend” (SDAJ)** blieb 1995 in Brandenburg unauffällig.

*interne
Auseinander-
setzungen*

“Kommunistische Partei Deutschlands” (KPD)

“Kommunistische Partei Deutschlands” (KPD)

<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1990</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Berlin</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>unter 200</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>40</i>

Die KPD nimmt für sich in Anspruch, in der direkten Nachfolge der im Jahre 1919 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten Partei zu stehen und beruft sich insbesondere auf das Thälmannsche Erbe der einstigen KPD.

Die KPD erstrebt als Etappenziel auf dem Weg zu einer revolutionären Massenpartei den Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte in Deutschland. Dazu unterhält sie Kontakte zu anderen marxistischen Parteien und Vereinigungen, vor allem zur DKP und zum “Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD” (AB). Jedoch ist ein verbindliches Zusammengehen auf Grund ideologischer Differenzen und wegen mangelnder Bündnisfähigkeit aller Beteiligten bisher gescheitert.

Im Jahre 1995 beherrschten weiterhin interne Auseinandersetzungen und Fraktionsbildungen die KPD und verurteilten sie zur fast völligen Handlungsunfähigkeit.

*Thälmannsches
Erbe der
einstigen KPD*

“Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands” (MLPD)



<i>“Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands” (MLPD)</i>	
<i>Gründungsjahr:</i>	<i>1982</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Essen</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1990</i>
<i>Nebenorganisation (Jugendorganisation)</i>	<i>“Rebell”</i>
<i>Mitglieder bundesweit:</i>	<i>über 2300</i>
<i>Brandenburg:</i>	<i>50</i>
<i>für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:</i>	<i>“Rote Fahne”</i>

*Lehren von
Marx, Engels
und Lenin,
Stalin und Mao*

Die aus dem “Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands” hervorgegangene MLPD stützt sich nicht nur auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin, sondern auch auf die von Stalin und Mao Zedong. Deshalb ist sie im Spektrum der kommunistischen Parteien relativ isoliert.

Mit Nachdruck betrieb die MLPD in den letzten Jahren den Aufbau von Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Ländern. MLPD-Gruppen in Westdeutschland übernahmen “Patenschaften” für ostdeutsche Städte und betreuten dort entstandene Initiativgruppen. Obwohl erfahrene MLPD-Kader auf Weisung ihrer Parteiführung ihren Wohnsitz auch nach Brandenburg verlegten, haben sich hier nur wenige Ortsgruppen stabilisiert. Zumeist beschränkte sich die MLPD darauf, die Forderungen von Arbeitnehmern nach Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und Produktionsstätten zu unterstützen und mit klassenkämpferischen Parolen zu untersetzen.

“Rebell”

Die MLPD-Jugendorganisation “Rebell”, die in Brandenburg vereinzelt Mitglieder gewinnen konnte, trat 1995 nicht spürbar in Erscheinung.

Trotzkisten

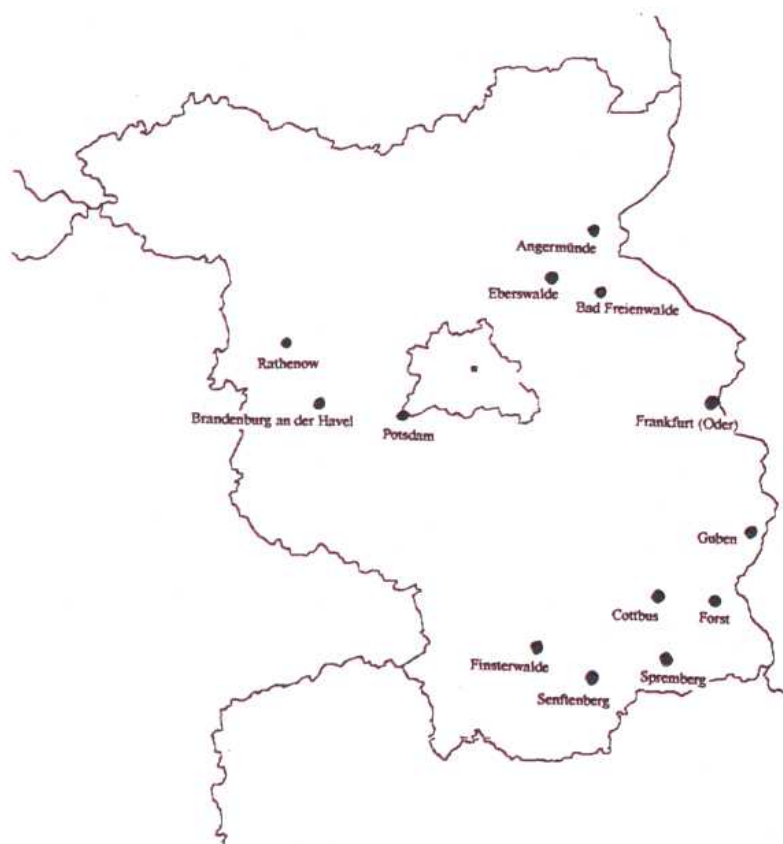
Trotzkisten blieben in Brandenburg weiterhin ein Randphänomen. Parteien wie die "Revolutionären Kommunisten" (RK) oder die "Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands" (SpAD), die zum Teil in anderen ostdeutschen Ländern Anhänger gewinnen konnten, sind in Brandenburg nicht wahrnehmbar.

Die stark entristisch agierende "Sozialistische Alternative VORAN" (SAV) konnte eine Anzahl Jugendlicher hauptsächlich aus Kreisen der autonomen Antifa für ihre Organisation "**Jugend gegen Rassismus in Europa**" (JRE) gewinnen.

Ansonsten ist noch die "**Jugend gegen Rassismus in Europa**" (VSP), zuvor "Vereinigte Sozialistische Partei", mit einzelnen Mitgliedern in Brandenburg vertreten.

Ausblick

Der Anstieg linksextremistisch motivierter Gewalttaten im Jahr 1994 hat sich 1995 nicht fortgesetzt. Die militanten Auseinandersetzungen



zwischen rechts- und linksextremistisch orientierten Gruppen sind weiter zurückgegangen. Dieser rückläufigen Tendenz bei der manifesten Militanz steht allerdings die Festigung autonomer Kerngruppen gegenüber. Es muß befürchtet werden, daß sie sich ideologisch weiter verhärten.

*Schwerpunkte
autonomer
Gruppen im Land
Brandenburg*

*Hausbesetzerszene
als Rückzugsraum
für autonome
Gruppen*

Bisher haben autonome Gruppen in Ostdeutschland Wert darauf gelegt, die eingeschliffenen Verhaltensmuster und den Diskussionsstil der westdeutschen Autonomen nicht in allen Punkten zu imitieren und ihnen gegenüber eine gewisse Unabhängigkeit zu wahren. Die Unterschiede zwischen Autonomen in Ost- und Westdeutschland verschwimmen jedoch mehr und mehr. Dazu trägt unter anderem bei, daß auch brandenburgische Autonome an bundesweiten Bestrebungen zur Vernetzung der linksextremistischen Szene mitwirken. Obwohl die Hausbesetzerszene nicht in ihrer Gesamtheit als extremistisch anzusehen ist, so bildet sie doch immer wieder den Nährboden und Rückzugsraum für autonome Gruppen. Durch angemessenes Handeln der kommunalen Behörden kann und muß die Hausbesetzerproblematik weiter entschärft werden. Wenn gesprächs- und kooperationswilligen Hausbesetzern Mietverträge oder Ausweichräume angeboten und dadurch befriedigende Übereinkünfte



erreicht werden, kann oftmals verhindert werden, daß sich aus einer unreflektierten jugendlichen Protesthaltung eine harte antidemokratische Gesinnung formt. Zugleich werden damit vorerst unbelehrbare Autonome von ihrem potentiellen Umfeld getrennt. Es liegt auf der Hand, daß die allgemeine soziale Entwicklung solche Prozesse erheblich beeinflussen wird.

Mitgliederzahlen* (z.T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1994	1995	1994	1995
Autonome	über 5.000	gleichbleibend	350	350
Anarchisten	wenige Hundert	gleichbleibend	30	30
DKP	unter 6.000	gleichbleibend	40	50
SDAJ	200	gleichbleibend	Einzelpersonen	Einzelpersonen
KPD	200	abnehmend	40	40
MLPD	2.300	steigend	40	50
JRE	1.100	abnehmend	keine Angaben	25
VSP	180	gleichbleibend	Einzelpersonen	Einzelpersonen

* Da das Bundesministerium des Innern für 1995 noch keine Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen und Personenzusammenschlüsse veröffentlicht hat, werden, als Vergleich zu den in Brandenburg für 1995 ermittelten Zahlen, im Blick auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland die Zahlen für 1994 und deren absehbare Modifikation für 1995 in Form von Trendangaben aufgeführt.

Linksextremistische Straftaten im Land Brandenburg*

	1994	1995
Körperverletzung	16	6
Brandstiftung	5	1
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Störung des öffentlichen Friedens	23	12
Sachbeschädigung	137	9
sonstige	35	27
gesamt	216	55

* Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des Landeskriminalamtes Brandenburg. Die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

3. Ausländerextremismus

Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland

Die spektakulärsten Aktivitäten extremistischer Ausländerorganisationen in Deutschland gingen auch im Jahre 1995 von kurdischen und türkischen Gruppierungen aus. Mitglieder und Sympathisanten der in der Bundesrepublik verbotenen "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK), der ebenfalls verbotenen türkischen "Devrimci Sol" ("Revolutionäre Linke") und der "Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML) machten durch Demonstrationen, Brandanschläge und die Besetzung türkischer Einrichtungen auf sich aufmerksam. Bei diesen Aktionen stand die Absicht im Vordergrund, Einfluß auf die türkische Innenpolitik zu nehmen. Außerdem sollte die Bundesrepublik Deutschland gedrängt werden, ihre Politik gegenüber der Türkei zu ändern.

Zugenommen haben die Aktivitäten extremistischer oder sogar terroristischer Gruppierungen, die als Islamisten bezeichnet werden. Sie leiten aus ihrem Islam-Verständnis eine undemokratische und gegen fundamentale Menschenrechte gerichtete politische Ideologie ab. In Deutschland haben sie vor allem ihre Propaganda verstärkt. Einige Gruppen, wie die aus der algerischen "Islamischen Heilsfront" ("Front Islamique du Salut" - FIS) hervorgegangene "Islamische Bewaffnete Gruppe" ("Groupe Islamique Armée" - GIA), verübten terroristische Anschläge in Europa. Die Gefahr, die von der GIA und ähnlichen Gruppen, so der ägyptischen "Islamischen Gemeinschaft" ("Jama'at al Islamiyya") ausgeht, ist durchaus ernst zu nehmen.

Das gilt auch für Gruppen, die in Verbindung mit Regierungsstellen ihrer Länder gegen Landsleute im Ausland, insbesondere Regimegegner, vorgehen.

Im September 1992 wurden in Berlin drei führende Mitglieder der iranisch-kurdischen "Demokratischen Partei Kurdistan-Iran" (DPK-I) und ihr Dolmetscher ermordet. Den mutmaßlichen Tatbeteiligten wird in diesem Zusammenhang auch vorgehalten, in Kontakt zu Behörden des Irans gestanden zu haben.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Aktivitäten der Gruppierungen, die den Friedensprozeß im Nahen Osten mit terroristischen Mitteln zu stören versuchen. Auch sie bedrohen – zumindest latent – die Sicherheit in Deutschland. Dies betrifft vor allem die so-

*"Arbeiterpartei
Kurdistans"*

"Devrimci Sol"

*"Islamische
Bewaffnete
Gruppe"*

nannte "Abu-Nidal-Organisation" (ANO), die sich 1973 von der FATAH Yasser ARAFATs abgespalten hatte, die "Islamische Widerstandsbewegung" (HAMAS), die mit dem Beginn der palästinensischen Intifada Ende 1987 auf den Plan getreten war, und die 1982 im Libanon entstandene schiitisch-extremistische Terrororganisation "Hizb Allah" ("Partei Gottes").

"Abu-Nidal-Organisation"

"Islamische Widerstandsbewegung"



*verbotene
kurdische
Zeitschriftentitel*

Sicherheitslage im Land Brandenburg

Auch 1995 waren im Land Brandenburg feste, kontinuierlich arbeitende Organisationsstrukturen extremistischer Ausländergruppierungen nicht erkennbar. Eine verschwindende Minderheit von Angehörigen, Anhängern oder auch nur Sympathisanten (bei einem ohnehin geringen Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung) bietet noch keine tragfähige Basis für eine dauernde Betätigung extremistischer Organisationen.


Insoweit sind für Brandenburg bis jetzt lediglich zwei links-extremistische Organisationen aus der Türkei von Belang.



“Arbeiterpartei Kurdistan” (PKK)

<i>Gründung:</i>	<i>1978</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Damaskus (Exil)</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1993</i>
<i>Publikationen:</i>	<i>“Serxwebun” (Unabhängigkeit), “Kurdistan-Report”</i>
<i>Anhänger bundesweit:</i>	<i>über 7500</i>
<i>internationale Teilorganisation:</i>	<i>“Nationale Befreiungsfront Kurdistan” (ERNK)</i>

*Verbot der PKK und der ERNK in Deutschland durch den
Bundesinnenminister am 26. November 1993*

DEVİRİMCİ SOL  *“Devrimci Sol” (“Revolutionäre Linke”)*

<i>Gründung:</i>	<i>1978</i>
<i>Sitz:</i>	<i>Türkei</i>
<i>im Land Brandenburg aktiv seit:</i>	<i>1993</i>
<i>Publikationen:</i>	<i>“Devrimci Sol” - Nachrichtenbulletin, “Devrimci Sol”</i>
<i>Anhänger bundesweit:</i>	<i>über 800</i>
<i>Verbot in Deutschland durch den Bundesinnenminister am 9. Februar 1983</i>	
<i>Spaltung Mitte 1994 in:</i>	<i>“Revolutionäre Volks- befreiungspartei/-Front” (DHKP/C) und “Türkische Volksbe- freiungspartei/-Front - Revolutionäre Linke” (THKP/C - Devrimci Sol)</i>

Seit sich in Brandenburg in wachsender Zahl türkische und kurdische Geschäftsleute niederlassen, stehen sie auch hier in Gefahr, von Landsleuten, die militanten Organisationen angehören, zur Zahlung von Spenden oder Schutzgeld erpreßt zu werden. Die kriminelle Beschaffung von Finanzmitteln wird vor allem von der türkischen **“Devrimci Sol”** und der **“Arbeiterpartei Kurdistans” (PKK)** praktiziert. 1995 wurden allerdings – nach Hinweisen in den Vorjahren – keine einschlägigen Vorfälle in Brandenburg bekannt. Eine gewisse Dunkelziffer ist jedoch nach den Umständen, die mit Erpressungen dieser Art gewöhnlich verbunden sind, nicht auszuschließen.

Dunkelziffer

PKK und **“Devrimci Sol”** sind trotz Verbots in Deutschland weiterhin tätig und steuern konspirativ propagandistische und gewalttätige Aktionen. In der revolutionär-marxistischen **“Devrimci Sol”** findet zudem zwischen zwei verfeindeten Flügeln ein erbitterter Machtkampf statt, der sich 1992 an der Person des langjährigen Führers Dursun KARATAS entzündet hatte.

Ziel der marxistisch-leninistisch ausgerichteten Kaderpartei PKK ist die nationale Selbstbestimmung der Kurden. Auf ihr Konto gehen offenkundig zwei größere Wellen von Brandanschlägen auf türkische Reisebüros in Deutschland, die den Türkeiurlaub treffen sollten. Diese und andere Gewaltaktionen gegen türkische Einrichtungen im Frühjahr und Sommer 1995 haben nicht auf das Gebiet Brandenburgs übergegriffen.

*Gewaltaktionen
gegen türkische
Einrichtungen*



*Autobahnblockade
militanter Kurden*

*intensive
Öffentlichkeits-
arbeit*

*verbotene
ERNK-Flagge*

Die PKK wendet indessen nicht nur massive propagandistische und gewaltsame Mittel an, sondern betreibt seit Jahren eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Mit Hilfe eines von ihr angeregten und beeinflussten kurdischen "Exilparlaments" versucht sie, die Anerkennung ihres Anspruchs auf ein "eigenes unabhängiges Kurdistan" zu erreichen. So bemühten sich Nebenorganisationen der PKK, die vom Tätigkeits- bzw. Vereinsverbot nicht erfaßt sind, um



Kontakte zu Behörden des Landes Brandenburg. Dennoch verfügt die Partei in Brandenburg, soweit erkennbar, über keine

eigenen Organisationsstrukturen. Vorerst bedient sie sich vorhandener Anlaufpunkte für die organisierte politische Arbeit. Hierzu zählen unter anderem örtliche Kreise von deutschen Linksextremisten, die zum Beispiel bei der Verbreitung von PKK-Propagandamaterial helfen. Zweifellos aber unternimmt die PKK Anstrengungen, eigene Stützpunkte auch im Land Brandenburg aufzubauen.

Ausblick

Die Tätigkeit extremistischer Ausländerorganisationen in Brandenburg wird derzeit nur in Einzelaktionen sichtbar, die in der Regel außerhalb des Landesgebietes initiiert werden. Diese Aktionen beziehen sich häufig – besonders dann, wenn sie im Rahmen von größeren, bundesweiten Kampagnen stattfinden – auf politische Entwicklungen und Ereignisse im Herkunftsgebiet der Extremisten. So haben Offensiven der türkischen Armee in den Kurdengebieten des Landes und im Nordirak die PKK stets zu gesteigerten Aktivitäten in Deutschland veranlaßt. Auch die labile Situation im Nahen und Mittleren Osten birgt für die Sicherheit in Deutschland Gefahren, die sich kurzfristig zuspitzen können.

Mit dem Wachsen der ausländischen Wohnbevölkerung in Brandenburg wird auch die Anzahl der Mitglieder und Anhänger extremistischer Organisationen zunehmen. Ferner ist zu erwarten, daß finanzkräftige Organisationen islamischer Fundamentalisten auf brandenburgischem Gebiet Fuß fassen und damit neue Ansatzpunkte für den Ausländerextremismus entstehen.

SPIONAGEABWEHR

Das wesentliche Aufgabenfeld der Spionageabwehr ist es, Erkenntnisse über die Vorgehensweise fremder Nachrichtendienste zu sammeln, auszuwerten und in entsprechende Gegenmaßnahmen umzusetzen.

Dies beinhaltet sowohl eine methodische Grundlagenarbeit wie auch die Einzelverdachtsfallbearbeitung. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse führen einerseits zur Entarnung von Agenten und dienen zum anderen der vorbeugenden Beratung spionagegefährdeter Wirtschaftsunternehmen und Behörden.

Überblick

Die Region Berlin-Brandenburg stand auch 1995 im Blickfeld fremder Nachrichtendienste. Bevorzugte Ausspähungsfelder waren die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

*Ausspähungs-
felder*

Insbesondere Geheimdienste aus der ehemaligen UdSSR sowie des Nahen und Mittleren Ostens verstärkten ihre Anstrengungen, Informationen über technisches Know-how und modernste Wirtschaftsgüter zu erlangen.

Der zumeist lautlose Angriff richtete sich dabei sowohl gegen multinationale Konzerne und Forschungseinrichtungen als auch gegen innovative Klein- und Mittelbetriebe.

Nachrichten- und Sicherheitsdienste in Rußland

Das KGB ist tot, doch seine Erben leben weiter. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich die Geheimdienste neu gebildet.

Derzeit existieren mindestens sieben Organisationen mit unterschiedlichen nachrichtendienstlichen Aufträgen, die sowohl im Inland wie auch im Ausland operieren.

*Auslands-
nachrichten-
dienste*

Zu den Auslandsnachrichtendiensten gehören der zivile Auslandsnachrichtendienst Sluschba Wneschnej Raswedki (SWR), der militärische Auslandsnachrichtendienst Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU) und die Bundesagentur für staatliches Nachrichten- und Informationswesen Federalnoje Agentstwo Prawitelstwennoj Swjasi i Informazii (FAPSI).

Die Arbeitsfelder reichen von der politischen über die wirtschaftli-

che und militärische bis hin zur wissenschaftlich-technischen Aufklärung. Schwerpunkt ihrer nachrichtendienstlichen Arbeit sind die westlichen Staaten und hierbei im besonderen die Bundesrepublik Deutschland.

Die Vorgehensweise bei Spionage ist äußerst variantenreich, vielschichtig und subtil. Sie reicht von der offenen Beschaffung und Gesprächsabschöpfung über den Einsatz von verdeckt arbeitenden Agenten bis hin zur Abtarnung über eigens gegründete Firmen.

So knüpft der russische Nachrichtendienst FAPSI (Bundesagentur für staatliches Nachrichten- und Informationswesen) unter diesen Aspekten gezielt Kontakte im Land Brandenburg, indem er sich als Kommunikationsdienstleistungsunternehmen anbietet.

Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse fließen unmittelbar den eigenen Nachrichtendiensten zur weiteren Verwertung zu.

Angesichts der schwierigen ökonomischen Situation im eigenen Land versucht der russische Auslandsnachrichtendienst, Defizite durch gezielte Informationsbeschaffung auszugleichen, um die eigene Wirtschaft zu verbessern. Daher ist eher mit einer Zunahme der Aktivitäten zu rechnen.¹

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens

Eine zunehmende Aktivität ist bei den Nachrichtendiensten des Nahen, des Mittleren und – in einem Fall – des Fernen Ostens festzustellen. Dies gilt insbesondere für den Iran.

Neben der Beobachtung und Verfolgung Oppositioneller gehören die Wirtschafts- und die Militärspionage zum Schwerpunkt der Nachrichtendienste. Die stärker werdende wirtschaftliche Bedeutung der Region Berlin-Brandenburg führt zu einer Zunahme der Aktivitäten.

Die Dienste nutzen dabei sowohl diplomatische und konsularische Vertretungen als Plattform für ihre Bemühungen als auch ein scheinbar undurchschaubares Netz von Unternehmensbeteiligungen und Firmenniederlassungen.

¹ Dies bestätigt die Aussage des russischen Präsidenten vom Februar diesen Jahres vor dem Sicherheitsrat in Moskau, in der er eine Forcierung der Industriespionage fordert, um das Leistungsdefizit dem Westen gegenüber im Technologiebereich abzubauen.

Ausblick

Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten fremder Geheimdienste in der Region Berlin-Brandenburg halten an. Im Bereich der Wirtschaftsspionage ist eine zunehmende Tendenz zu erkennen.

Wesentliche Aktivitäten anderer als der genannten Nachrichtendienste sind im Land Brandenburg nicht bekanntgeworden.

Spionage läßt sich wirksam nur im engen Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei sowie unter Mithilfe der Betroffenen, vor allem aus dem Bereich der Wirtschaft, bekämpfen.

Die Spionageabwehr versteht sich hier als Ansprechpartner und bietet dazu das Gespräch unter der Rufnummer (0331) 866 2582 an.



GEHEIMSCHUTZ

Auch im Jahr 1995 hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde an Sicherheitsüberprüfungen mitgewirkt. Sie hat die zuständigen Geheimschutzbeauftragten dahingehend beraten, nur die unbedingt erforderlichen Sicherheitsüberprüfungen vorzunehmen. Diese dürfen nur mit Zustimmung der betroffenen und einzubeziehenden Personen erfolgen.

Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AIZ	Antiimperialistische Zelle
AIW	Antiimperialistischer Widerstand
AIWZ	Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah
ANO	Abu-Nidal-Organisation
AWB	Afrikaner Weerstandsbewegung
BBS	Bulletin Board System
BBZ	Berlin-Brandenburger Zeitung
BKP	Berliner Kulturgemeinschaft Preußen
CL	ComLink
DA	Deutsche Alternative
DHKP/C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DNSB	Dänische Nationalsozialistische Bewegung
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DPK-I	Demokratische Partei Kurdistan-Iran
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ/DA	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
EPI	Edelweißpiraten
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAPSI	Bundesagentur für staatliches Nachrichten- und Informationswesen Rußlands
FAU-IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union
FIS	Front Islamique du Salut

FMJ	Förderwerk Mitteldeutsche Jugend
GIA	Groupe Islamique Armé
GRU	Militärischer Auslandsnachrichtendienst Rußlands
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
HNG	Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IHV	Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.
JF	Kürzel für Direkte Aktion/Mitteldeutschland, bedeutet wahrscheinlich: Jugendfront
JF	Junges Franken
JN	Junge Nationaldemokraten
JNS	Junges Nationales Spektrum
JRE	Jugend gegen Rassismus in Europa
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NAF	Nationale Armee Fraktion
NF	Nationalistische Front
NIT	Nationales Info-Telefon
NL	Nationale Liste
N.P.A.	Nationales Pressearchiv
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation
NTZ	Neue Thüringer Zeitung
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
RepBB	Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten
RJ	Arbeitskreise Republikanischer Jugend
RK	Revolutionäre Kommunisten
RZ	Revolutionäre Zellen bzw. Rote Zora

SAV	Sozialistische Alternative VORAN
SD	Süddeutsche Allgemeine
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
S.H.A.R.P.	SkinHeads Against Racial Prejudice
SJD	Sozialistischer Jugendverband Deutschlands
SN	SpinnenNetz
SpAD	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
SrA	Sozialrevolutionäre Arbeiterfront
SWR	Ziviler Auslandsnachrichtendienst Rußlands
THKP/C	Türkische Befreiungspartei/-Front – Revolutio- näre Linke
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten
UJV	Unabhängiger Jugendverband
UZ	Unsere Zeit
VFK	Völkischer Freundeskreis Berlin
VSP	Vereinigung für sozialistische Politik
WSDV	Wir sind das Volk

SAV	Sozialistische Alternative VORAN
SD	Süddeutsche Allgemeine
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
S.H.A.R.P.	SkinHeads Against Racial Prejudice
SJD	Sozialistischer Jugendverband Deutschlands
SN	SpinnenNetz
SpAD	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
SrA	Sozialrevolutionäre Arbeiterfront
SWR	Ziviler Auslandsnachrichtendienst Rußlands
THKP/C	Türkische Befreiungspartei/-Front – Revolutio- näre Linke
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten
UJV	Unabhängiger Jugendverband
UZ	Unsere Zeit
VFK	Völkischer Freundeskreis Berlin
VSP	Vereinigung für sozialistische Politik
WSDV	Wir sind das Volk